

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat, eingetragene in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren

betragen für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 27. November 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3. Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Missionare des Plünderens.

Die sensationellen Enthüllungen der französischen Socialisten über die skandalösen Plünderungen der „Christlichen“ Mächte in China kommen jetzt zur rechten Zeit, um das heuchlerische Entschuldigungsgeschrei der europäischen Bourgeoisie über die Humenheiten Englands in Südafrika zum Schweigen zu bringen. Daß England in Südafrika gehaust hat und noch haust, wie eine moderne imperialistische Macht in einem Kolonialkrieg nur haufen laun und zu haufen pflügt, steht außer allem Zweifel. Daß die herrschende Klasse der kontinentalen Mächte aber nicht das mindeste Recht hat, ob dieser Scheußlichkeiten auf England einen Stein zu werfen, das beweisen die Schandthaten, deren der Geheimbericht des französischen Geschäftskommandierenden in China, des Generals Bohron, die Chinatruppen der Ahalmächte, in erster Linie aber die eigenen Truppen und — die Missionare beschuldigt. Und es ist ein interessantes Zusammentreffen, daß in demselben Augenblick, wo die Socialisten in Frankreich der infamen Chinapolitik des Kabinetts Waldeck-Rousseau durch die Veröffentlichung des Geheimberichts die Maske vom Gesicht reißen, auch ein amerikanischer Missionar Enthüllungen über die Kriegsführung in China macht, die sich zum Teil über Vorgänge verbreiten, die auch Bohrons Bericht mitteilt, zum Teil aber auch weitere Thatsachen erwähnen.

Wie hat man sich im Reichstag darüber entsetzt, als von den socialistischen Rednern der China-Kriegszug als gemeiner Raubkrieg gebrandmarkt wurde, als man die Missionare für den Verzeiwungsanbruch des Volktaustandes verantwortlich machte. Was jetzt über die Art der Kriegsführung und das Verhalten der Missionare bekannt wird, rechtfertigt nicht nur die schärfsten Angriffe, die gegen die internationale Soldateska gerichtet worden sind, sondern charakterisiert auch die Missionen als eine Gesellschaft von Individuen, deren moralische Qualität sie zu allem andern, nur nicht zur sittlichen Erziehung, zur „Belehrung“ einer fremden Masse befähigt, die in ihrer Mehrheit sittlich zweifellos auf einer ungleich höheren Stufe steht.

Die Thatsachen, die der Geheimbericht Bohrons berichtet, lassen es auch nur zu begreiflich erscheinen, weshalb das französische Kabinett sich mit Händen und Füßen dagegen sträubte, auch nur der Kommission Mitteilung von den Stellen des Geheimberichts zu machen, die sich auf die Missionen bezogen. Denn wenn die Thatsachen der Kommission bekannt geworden wären, würde es Waldeck-Rousseau schwerlich gelungen sein, eine Mehrheit für die Chinakredite zu gewinnen, durch die jene Missionen entschädigt werden sollten, die sich selbst nach der Einnahme von Peking zu einer Räuberbande organisierten. Zum mindesten halten wir es für fraglich, ob sich die Kommissionsmitglieder zur Prämisierung und Belohnung der schamlosen Räuberbanden hergegeben hätten, als welche die Missionen nach der Darstellung Bohrons erschienen. Das Kabinett Waldeck-Rousseau freilich, für das der Geheimbericht Bohrons bestimmt war, hat keinen Anstoß daran genommen, den Chinaraub der frommen Väter mit fünf Millionen zu belohnen, sich zum Protektor einer Räuberbande aufzuwerfen! Unbegreiflich ist nur, wie das Kabinett es wagen konnte, es auf den Etat, die angedrohte Veröffentlichung durch die Socialisten, ankommen zu lassen. Offenbar hielt es die Drohungen Sembats für bloße Renommance, für einen schlaunen Trick, um ihr selbst das Geständnis ihrer Schmach zu erpressen. Zum Glück aber beschloß Sembat thatsächlich das Astenstück der europäischen Humenschnack, durch das jetzt in unaufsehbar offizieller Darstellung der edle Civilisationsfeldzug der Humenmächte in seiner ganzen Glorie enthüllt ist. Daß er die französische Regierung erst das ganze Maß ihres Eynismus enthüllen, daß er sie erst das Parlament zur Annahme der Entschuldigungskredite verleiten ließ, bedeutet eine raffinierte, aber wohlverdiente Verschärkung der moralischen Sädung, die er durch Veröffentlichung des Geheimberichts an Waldeck-Rousseau und seinen Spiegelfesseln vollzog.

Die Veröffentlichung des Geheimberichts erfolgte in der Dienstags-Nummer der „Petite Republique“. Der Wortlaut liegt also noch nicht vor, doch genügen bereits die kurzen Auszüge, die telegraphisch übermittelt werden, um die Kriegsführung der Mächte in ihrer wahren Gestalt wenigstens ahnen zu lassen.

Das Wollfische Depeschsbureau meldet aus Paris vom 26. November:

Im Laufe der gestrigen Kammer Sitzung hatte bekanntlich Sembat die Mitteilung des geheimen Berichts des Generals Bohron über die Plünderungen in China verlangt, die Kammer aber auf Verlangen des Ministerpräsidenten den Antrag Sembat abgelehnt. Heute veröffentlicht nun die „Petite Republique“ Auszüge aus diesem geheimen Bericht des Generals Bohron. Letzterer versichert hierin, daß die französischen Truppen sich viel besser benommen hätten, als die Truppen der andren Nationen. Es hätten zwar Plünderungen seitens Franzosen stattgefunden, doch habe es sich hier um vereinzelte Vorkommnisse gehandelt. Die Soldaten seien von Missionaren verleitet worden, für deren Rechnung sie die Plünderung ausübten. Eines Tages, so heißt es in dem Bericht weiter, begaben sich Missionare mit 40 Wagen und 300 eingeborenen Christen nach dem Palast des Prinzen Li, um diesen zu durchsuchen. Sie nahmen dort eine bedeutende Summe in Silberbarren an sich und gaben jedem der Marinesoldaten, die ihnen bei der Plünderung geholfen hatten, Checks bis zum Betrag von 2000 Franken. Andre Soldaten, die dies erfuhren, nahmen dann für ihre eigene Rechnung Silberbarren wie z. B. welche sie Privatleuten gegen Checks abtraten, da sie die Barren nicht selbst verwerten konnten. Den Soldaten diese Checks

zu lassen, würde geheißen haben, ihnen eine Prämie für ihre Plünderungen zu gewähren. Man versuchte ihnen die Checks wieder wegzunehmen, aber die Marinesoldaten weigerten sich, sie zurückzugeben, und schließlich wurden sie ihnen auch gelassen. Der Bericht fügt hinzu, daß ein Check von 5000 Franken vom Bischof Fabier ausgestellt wurde, an Stelle der Checks, welche die Missionare den Soldaten gegeben hatten, die ihnen bei der Fortschaffung der Barren aus dem Palast des Prinzen Li halfen.

Clemenceau, der ebenfalls von dem Geheimbericht Kenntnis erlangt hatte, glossierte im „Bloc“ die fromme Plünderung folgendermaßen:

„Von wem waren diese Soldaten und diese Matrosen dem Bischof Fabier zur Verfügung gestellt worden? Der General Bohron vergißt leider danach zu forschen, oder wenigstens es zu sagen. Und der Minister Loubet hat unglücklicherweise ebenfalls vergessen, danach zu fragen. Jedenfalls beschäftigten sich Mönche, Bischöfe, eingeborene Christen, französische Soldaten und Matrosen eifrig mit dem „Umziehen“. Sie luden Silberbarren auf ihre Fuhrwerke, die sofort an einen sicheren Ort gebracht wurden. Der Vater Fabier hatte Kenntnis von diesem Depot. „Das Interesse des Himmels“ erforderte, daß man sich dieses Schatzes zum Dienste des Evangeliums bemächtigte. Der General Bohron schätzt, natürlich ohne die Elemente für seine Angaben zu liefern, die auf diese Weise gestohlene Summe auf 3-400 000 Fr. Diese Zahl ist augenscheinlich ungenau, denn sie stände in gar keinem Verhältnis zu dem Trinkgelde der „Umzieher“. Man weiß nicht oder stellt sich so, nicht zu wissen, was den eingeborenen Christen davon abgehen wurde, dagegen gesteht der General Bohron zu, daß unsere Soldaten und Matrosen deren Ziffer er wohl bemerkt nicht angiebt jeder einen Check von 2000 Franken auf die Kongregation der frommen Schwestern von St. Vincent de Paul in Paris ausgefolgt erhielten: eine merkwürdige Kundgebung des Gelähdes der Armut. Ein Trinkgeld von 2000 Fr. per Kopf deutet augenscheinlich auf eine Operation von ganz außergewöhnlichem Umfange hin. Das Schweigen des Generals Bohron über die Zahl der Trinkgeldempfänger läßt leider keine Berechnung des Gesamttrinkgeldes zu. Diese Zurückhaltung ist um so auffälliger, als die Ausföhrung später militärischer Befehle sicher gestatet hat, sich Rechenschaft darüber abzulegen. Als man in den Lagerquartieren erfuhr, daß die Soldaten am helllichten Tage unter den Befehlen eines Bischofs geplündert hatten, daß keine Strafe darauf erfolgt war, und daß jeder „Umzieher“ mit einem Trinkgeld von 2000 Frank bedacht worden war, begann eine allgemeine Plünderung, die die Disziplin nicht aufzuhalten vermochte. Bald aber wurden Reklamationen laut. Viele, die Reid gegen ihre Kollegen empfanben, beklagten sich darüber, keinen Anteil an den Checks der Mönche erhalten zu haben, und der General Bohron legt dar, daß er sich gezwungen sah, den Artikel des Militärstrafgesetzbuches bezüglich der Plünderung zur Anwendung zu bringen. . . . Weiterhin erlaubt er sich die Bemerkung, daß die Soldaten einer gewissen Nation noch schlimmer gehaust hätten als die unsrigen. Die Veröffentlichung dieser Stelle wäre noch wichtiger als die des Briefwechsels des Generals Bohron mit dem Marschall von Waldersee, die ohne Ermächtigung des Letzteren erfolgte; dieses flagranter unkorrekter Vorgehen ist Herrn de Loubet auf Rechnung zu legen.“

So läßt es von General Bohron ist, daß er — wenn auch nur notgedrungen — so schwere Vorwürfe gegen seine eignen Leute — wenn auch unter Ausschluß jeder Dessenlichkeit — erhebt, so wäre es doch in der That interessant gewesen, wenn er sich auch ein wenig mehr über die „gewisse Nation“ ausgesprochen hätte, die viel schlimmer gehaust haben soll, als die französischen Plünderer. Auch dem Grafen Waldersee hätte es äußerst angenehm sein müssen, wenn Bohron weniger schweigsam gewesen wäre, da nach den Liebenswürdigkeiten, die Bohron Waldersee in seinen bekannten Briefen gesagt hat, eine besondere Censur über die deutschen Truppen auf alle Fälle wünschenswert erscheinen müßte. Im übrigen kann sich Waldersee dazu gratulieren, niemals wirklicher Oberkommandierender über die internationalen Plünderer gewesen zu sein. Solche Kulturträger beschligt zu haben, wäre ein wenig beneidenswertes Amt gewesen!

Dem Geheimbericht des Generals Bohron sei das Zeugnis eines Mannes beigelegt, das auch auf das Verhalten andrer Nationen ein trübes Licht wirft. Es ist ein amerikanischer Missionar, Herr Reverend Gilbert Reid, der im „Forum“, einer angesehenen amerikanischen Monatschrift, einen Artikel veröffentlicht. Das Zeugnis dieses Mannes ist um so weniger anzuzweifeln, als derselbe, wie man vielleicht von einem geistlichen Herrn erwarten könnte, nicht etwa die Kriegsgrenze bedauert und verabscheut, sondern vielmehr die Plünderung verteidigt. Verteidigt ist nicht das richtige Wort, Herr Reid baut eine ganze „Ethik der Plünderung“ auf. (So betitelt sich sein Artikel.) Mit brutaler Offenheit erzählt er die einzelnen Fälle und bemüht sich, nicht sie zu entschuldigen, sondern sie zu „ethisieren“.

Herr Reid hat die Belagerung von Peking mit durchgemacht und erzählt nun aus der Zeit nach der Einnahme der Stadt durch die verbündeten Truppen, wobei er lobend hervorhebt, daß die Missionare bei der Plünderung ihr volles Teil gethan haben. Zugleich spricht der Gottesmann sein Bedauern aus, daß die Schuldigen (d. h. die Chinesen) so wenig durch seine eignen Hände gelitten haben, jedoch — so fügt er mit Befriedigung hinzu — wenn einmal die Altäre begam, wurde nichts gesont:

„In den ersten vier Tagen war das Plündern in der That die Liebhaberei aller; die Truppen der verschiedenen Nationen sicherten sich ihren Teil durch Besitzwechsel.“ Für sie war nicht die Hauptfrage, welcher Chinese der schlechteste, sondern wessen Haus das reichste sei. Da war kaum ein Laden oder ein Haus, wo nicht jemand eingedrungen war. Die Chinesen suchten, wenn möglich, davon verschont zu bleiben, aber selbst,

wenn sie ausgeplündert worden waren, erhoben sie wenig Beschwerde, sie waren froh, mit ihrem Leben davon gekommen zu sein oder daß ihre Häuser stehen geblieben. Sie erwarteten es nicht anders, als daß die ganze Stadt für die Verbrechen ihrer Herrscher zu leiden hätte.“ Später, so erzählt Herr Reid weiter, als in Peking wieder mehr Ordnung vorzuherrschen begann, wurde das Verbot der Plünderung mehr als eine Form; die einzig erlaubte Plünderung war die von den militärischen Autoritäten angeordnete.“ Alles Eigentum der Voger wurde „offiziell konfiskiert“. (Dem Grafen Waldersee wissen wir, daß beim Zuziehen die andren Chinesen von Bogern nicht zu unterscheiden waren, bei den Plünderungen dürften solche „Verwechselungen“ wohl erst recht vorgekommen sein. N. d. V.)

Die Japanesen nahmen ungeheuer eine Million Taels von den Steuereinnahmen, die Franzosen erbeuteten 200 000 Taels in dem Palaste des Prinzen Li, dem Chef des Kabinetts. Wieviel die Russen im Sommerpalast erbeuteten, ist nach außen nicht bekannt geworden; die Amerikaner belegten den kaiserlichen Kornspeicher mit Beschlag.

Der englische Kommandeur, befürchtend, daß dieses wilde, unterchiedslose Plündern einen schlechten Einfluß auf die indischen Truppen ausüben werde, unterstellte alles Plündern dem Kommando von Offizieren. Der Ertrag war ein großer. Die Kriegsbeute-Niederlagen und Auktionen auf der britischen Gesandtschaft gaben populäre Zerfrennungen für diejenigen, welche die Strapazen und Schreden des Marsches nach Peking mitgemacht hatten, und die Erträge ergaben für Offiziere und Mannschaften, welche die ersten gewesen waren, die in die Zarenstadt eingedrungen und die Belagerten befreit hatten, eine kleine Belohnung.

Aus dem letzteren Satz geht hervor, daß es sich nicht etwa um „Kriegsbeute“, sondern um geplünderte Objekte handelte, die verkauft und daß der Erlös unter die Räuber verteilt wurde.

Wie in Peking, so wurde nach dem Zeugnis Reids das Plündern überall gehandhabt, wo fremde Truppen hinkamen, um zu besetzen und zu „bestrafen“.

Die Deutschen und die Franzosen waren besonders aktiv. Der Eifer derselben mag nach amerikanischen Ideen vielleicht etwas übertrieben sein, sie mögen die Chinesen zu hart behandelt haben, die von ihnen verhängten Strafen mögen der gerechten Abmessung entbehrt haben, aber . . . — um kommen eine ganze Reihe Entschuldigungsgründe. —

Nachdem Herr Reid dann noch erzählt hat, wie er mit einem andren amerikanischen Missionar in einen der prinzipalen Paläste eingedrungen und dort Auktionen veranstaltet, in welchen die Diplomaten, Generale und alle diejenigen, die zum Plündern zu „gewissenhaft“ waren, zu „mäßigen Preisen“ die erbeuteten Güter gelaufen, fährt er die Grundlagen seiner Ethik zusammen:

„Plündern heißt Kriegsbeute machen. Wenn kein Krieg ist, mag Plündern als Unrecht gelten. Ist Unrecht geschehen, so ist es der Krieg an sich gewesen, das Kriegsföhren, entweder durch die chinesische Regierung oder die vereinigten Truppen von Europa, Asien und Amerika und nicht in den nebenstehenden Resultaten der Zusammenbringung von Kriegsbeute.“

Soweit die Zeugnisse Bohrons und Reids, des Generals und des Missionars. Die Behauptungen, daß der Chinakrieg kein Humenkrieg gewesen, werden ja diesen Selbstbezeugungen gegenüber verstimmen. Wenn die Missionare sich an die Spitze der Räuberbanden stellten, wenn die Plünderung militärisch organisiert wurde und selbst hohe Offiziere und Generale geraubte Gegenstände „ersteigerten“, so kann man sich nicht mehr über die „Gemeinen“ wundern, die rafften, was sie nur irgend rafften konnten.

Der ganze Umfang des ostasiatischen Humenraubs wird schwerlich jemals an Tageslicht kommen: die diplomatische Delikatesse schließt hier den Wissenden den Mund. Das aber, was bekannt geworden ist, genügt vollaus. Man weiß jetzt, wie Christentum und Kultur in China verbreitet wurde. Man wendet sich angelekt ab von diesem Abgrund von menschlicher Niedrigkeit und Heuchelei!

Begründung des Zolltarif-Gesetzentwurfs.

II. Die „Begründung“ der Eisenzölle.

Im gestrigen Artikel haben wir versucht eine Uebersicht über die wichtigsten Ausführungen des „Besonderen Teils“ der offiziellen „Begründung“ zu dem Entwurf eines Zolltarifgesetzes zu geben; soweit diese Ausführungen sich auf die Getreide- und Viehzölle beziehen; heute lassen wir zur Vervollständigung der Uebersicht den wichtigsten Teil der Darlegungen folgen, durch welche die Regierung die geplanten Erhöhungen der Eisenzölle zu rechtfertigen versucht.

Nach einer kurzen Erörterung der verschiedenen Anordnung und Einteilung des jetzigen und des neuen Zolltarifs, giebt auch in ihrem auf die Eisenzölle bezüglichen Abschnitt die Begründung zunächst einen Uebersicht über die Zollgeschichte und die Entwicklung der Eisenproduktion:

„Die Zölle auf Eisen und Eisenwaren sind in der deutschen Zollgesetzgebung in den letzten sechzig Jahren vielfachen Veränderungen unterworfen gewesen, die durch den jeweiligen Wechsel der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und die besondern Verhältnisse der Eisenindustrie des In- und Auslandes bedingt waren.“

Während der Zeitabschnitt von Mitte der vierziger Jahre bis 1885 sich im allgemeinen durch hohe Schutzzölle auf Eisen und Eisenwaren kennzeichnet, begann von da ab das Bestreben nach Herabminderung der Zollsätze sich geltend zu machen. Nach verschiedenen

Zwischenfällen brachte der Zolltarif des Jahres 1873 die Aufhebung des Roheisen-Zolles sowie die Ermäßigung der übrigen Zollsätze und vom 1. Januar 1877 ab die Zollfreiheit für fast alle Erzeugnisse der Eisenindustrie. Jedoch tief noch vor diesem Zeitpunkt der allgemeine wirtschaftliche Rückschlag, der sich auch für die Eisenindustrie fühlbar machte, das Bedürfnis nach Erhaltung und Weiterhin nach Wiederherstellung und Erhöhung des Zollschatzes hervor. Nach kurzer Dauer der Zollfreiheit gelangte im Zolltarif vom 15. Juli 1879 das Ergebnis der Enquete des Jahres 1878 über die Lage der deutschen Eisenindustrie in der Festsetzung des Zolles für Roheisen auf 1 M., für Zuppenroheisen auf 1,50 M., für Stabeisen auf 2,50 M., sowie in der Einführung entsprechend höherer Zölle für Eisenwaren zum Ausdruck.

Nach den Ergebnissen der Produktionserhebungen standen im Jahre 1897 im Inland an guß- und schmiedeeisernen Halbfabrikaten zur weiteren Verarbeitung 4 329 528 Tonnen im Werte von 659 573 208 Mark zur Verfügung. Davon wurden 50,9 Proz. in Bergbaubetrieben, Hessehämmerien, Eisenkonstruktions-Werkstätten, Maschinen-, Lokomotiv-, Eisenbahnwagen- und Schiffbauanstalten, 40,1 Proz. in Blech-, Emailier- und Stanzwerken, in der Weichblech-Verarbeitungs-Industrie, in der Kleinisenindustrie, der Radelindustrie, der Nähmaschinenfabrikation, der Geschloß-, Geschloß- und Gewehr-fabrikation und in der elektrotechnischen Industrie verbraucht.

Die deutsche Eisenindustrie hat zwar einen hohen Grad technischer Vollkommenheit erreicht; indessen genügt dieser allein nicht, um die wirtschaftlichen Vorteile auszugleichen, deren sich das Ausland bei der Eisenverarbeitung und namentlich bei der Eisengewinnung erfreut. Hierzu gehört in erster Linie die vorzügliche Beschaffenheit der Erze in Amerika, Großbritannien, Spanien, Schweden und Oesterreich. Für Großbritannien kommt noch der überaus günstige Umstand hinzu, daß dort Kohlen und Erze sich häufig bei einander vorfinden, und unmittelbar an der Kiste gelagert sind; die Röhre des Meeres erleichtert den dortigen Eisenwerken nicht nur die Ausfuhr des fertigen Eisens, sondern auch den Bezug der nebenbei erforderlichen ausländischen, namentlich spanischen Erze. In Deutschland liegen die Erze und die Kohlenlager in der Regel weit von einander entfernt; auch fehlt es an Wasserkräften, auf denen die Erze billig an die Verhüttungstätten geschafft werden könnten. So muß z. B. ein großer Teil der lothringischen Erze auf dem kostspieligen Eisenbahnwege zur Verhüttung nach Westfalen befördert werden. Da, wo ausnahmsweise Erze und Kohlen nahe bei einander vorkommen, wie z. B. in Oberschlesien, sind die ersteren geringwertig und können nur zusammen mit ausländischen, namentlich schwedischen und ungarischen Erzen verhüttet werden, deren Bezug infolge der hohen Frachtkosten kostspielig ist. Ueber die Höhe der Frachtkosten, die auf die Rentabilität der Eisenwerke von großem Einfluß ist, lassen sich auch nur einigermaßen bestimmte Durchschnittszahlen nicht angeben. . . . Es wird jedoch angenommen, daß in Deutschland 25 bis 30 Proz. der Gesteinskosten des Roheisens auf Frachtkosten entfallen, während man in Großbritannien hierfür nur 9-10 Proz. rechnet. Allein infolge der geringeren Frachtkosten wird das Roheisen in Großbritannien etwa um 20 Proz. billiger als in Deutschland erzeugt.

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat die Eisenindustrie unter dem Schutze des Mac-Alester- und des Dingley-Tariffs sich auf das höchste entwickelt. Auch haben sich dort fast alle Zweige der Eisenindustrie zu überaus kapitalkräftigen Syndikaten vereinigt. . . . Dieser Zusammenschluß in Verbindung mit der Verarbeitung von Erzen von hervorragender Beschaffenheit und mit sehr günstigen Frachtverhältnissen infolge der Lage der Werke an den großen Binnenseen befähigt die amerikanische Eisenindustrie zur Herstellung ihrer Erzeugnisse mit sehr niedrigen Gesteinskosten. Durch außerordentlich hohe Zölle vor jedem ausländischen Wettbewerb auf dem heimischen Markte geschützt, ist sie in der Lage, im Inlande die Preise hoch zu halten und im Auslande ihre Erzeugnisse zu Preisen auf den Markt zu bringen, die unter den Selbstkosten des Auslandes und namentlich Deutschlands liegen. Der Vorprung, den letzteres früher vor den Vereinigten Staaten von Amerika durch seine billigeren Arbeitskräfte besaß, ist nenerdings durch das schnelle Steigen der Löhne in Deutschland mehr und mehr verloren gegangen. Wenn während der letzten Jahre, in denen sich der Zusammenschluß der Eisenerzeugung in den Vereinigten Staaten vollzogen hat, nord-amerikanisches Eisen vorerst nur in verhältnismäßig geringen Mengen auf den europäischen Märkten erschienen ist, so liegt der Grund hierfür darin, daß während der Hochkonjunktur der letzten Jahre auch in Amerika die Nachfrage nach sprunghafter gestiegen ist als die Produktion. In demselben Augenblick, in welchem diese Nachfrage nachlassen wird, wo für bereits Angelegenheiten vorhanden sind, muß mit dem verstärkten Erscheinen amerikanischer Erzeugnisse auf dem europäischen Markt gerechnet werden.

Es ist außerordentlich kennzeichnend, daß die „vorzügliche Beschaffenheit der Erze in Amerika, Großbritannien, Spanien, Schweden und Oesterreich“ den Arbeitern der Begründung allein schon genügt, um von unausgeglichenen „wirtschaftlichen Vorteilen“ zu sprechen, die angeblich diese Länder Deutschland voraushaben. Bekanntlich spielen bei der Roheisen-Erzeugung die Eisenerzpreise keineswegs die wichtigste Rolle, sondern die Kohlen- resp. Coakpreise. An den Produktionskosten von einer Tonne Roheisen sind durchschnittlich die Kosten des Erzes nur mit wenig über einem Viertel, die Kosten für Coak mit über zwei Fünftel, in manchen Betrieben bis über die Hälfte beteiligt; weit entscheidender als die Frage der Erzpreise ist also die Frage, wie an den Stätten der Roheisenerzeugung sich die Kohlen- und Coakpreise stellen. Des weiteren aber kommt in Betracht, wie hoch sich die Kosten der Hochöfenanlagen belaufen — die hohen Produktionskosten der russischen Hochöfen erklären sich z. B. zu einem nicht unbedeutlichen Teil aus den hohen Anlagungskosten, da die Materialien dazu vielfach aus England beschafft werden mußten — ferner ob ein geschulter Arbeiterstamm, ob billige Transportwege und -Mittel (Wasserstraßen) vorhanden sind u. dgl. Obgleich denn auch Spanien in manchen Gegenden, besonders in den baskischen Provinzen, vorzügliche Eisenerzlager besitzt, deren Erzeugnisse vielfach sogar im Rheinlande Verwendung finden, ist doch seine Eisen- und Stahlproduktion eine durchaus rückständige, und ebenso erhält Oesterreich-Ungarn trotz seiner „Vorteile“ und seines hohen Roheisen-Zolles von 1,00 M. (vertragsmäßig 1,30 M.) pro Doppelcentner noch immer ansehnliche Roheisen-Mengen aus Deutschland.

Daß England Roheisen billiger produziert, ist richtig, wenn auch die obige Abschätzung des Frachtkosten-Unterschiedes wertlos ist; die Begründung vergißt nur hinzuzufügen, daß wenn England in Roheisen auf dem deutschen Markt konkurrenzfähig (in 1899 betrug der deutsche Roheisenimport von England ca. 40, in 1900 ca. 58 Millionen Mark), dafür Deutschland weit mehr grobe, mittlere und feine Eisenwaren nach England liefert, als dieses nach Deutschland. Z. B. sandte beziehungsweise bezog im letzten Jahr (1900) Deutschland von England:

Deutschland exportierte nach England	Deutschland erhielt von England
Drahtstifte 8,04 Mill. M.	—
Eisenbahnstienen 3,00 „	—
Eisenbahnstiele 7,66 „	0,86
Grobe Eisenwaren 10,45 „	6,77
Feine Eisenwaren 9,33 „	1,21

Daß dieses Verhältnis, demzufolge Deutschland von England Roheisen empfängt, dieses aber zum großen Teil in der Gestalt von Fertigfabrikaten zurückliefert, ein ungünstiges ist, wird schwerlich jemand ernstlich behaupten wollen, und ebenso sicher ist, daß, wenn nicht der deutsche Roheisen-Preis durch den Zoll von 1 Mark pro 100 Kilogramm verteuert würde, der Export von Eisenfabrikaten nach England noch weit größer sein würde.

Noch seltener ist der Hinweis auf die amerikanische Eisenerzeugung. Richtig ist, daß darüber die Eisenerzeugung sich wesentlich billiger stellt als in Deutschland und in den letzten Jahren der Preis pro Tonne Roheisen durchschnittlich in Pennsylvania um 2/3 bis 3 Dollar (etwa 10 bis 12 M.) niedriger gewesen ist, als auf dem rheinisch-westfälischen Markt, aber diese Differenz wird mehr als völlig ausgeglichen durch die Fracht von Pennsylvania nach Deutschland. Thatsächlich ist denn auch bisher der amerikanische Export von Roheisen nach Deutschland so gut wie Null gewesen; was die Vereinigten Staaten nach dem deutschen Markt lieferten, waren fast ausschließlich feine Eisenwaren (vornehmlich feine Werkzeuge) und komplizierte Maschinen, auf deren Preis die Kosten des Rohmaterials von außerordentlich geringem Einfluß sind.

Indes der offiziellen Begründung genügen ihre oberflächlichen Angaben völlig zum Beweis, daß Zollerhöhungen für Eisenwaren nötig sind; es handelt sich nur darum, wie sie zu bemessen sind. Es heißt hierüber:

Bei der Bemessung der Zölle auf Eisen und Eisenwaren kann im allgemeinen davon ausgegangen werden, daß in erster Linie eine zweckmäßigere Bliederung des Tariffs und eine sich daran anschließende bessere Anpassung der Zollsätze an die Warenwerte im Verhältnis liegt. Dabei wird in Betracht zu ziehen sein, daß je weiter im Entwicklungsstadium der Eisenerzeugung die Umwandlung des Rohstoffs in Halbfabrikate und fertige Erzeugnisse vordringt, desto mehr diejenigen Vorteile sich verringern, welche das Ausland im Metallreichtum seiner Erze und in der günstigen Lage seiner Kohlen- und Erzfelder besitzt. Je mehr der Warenwert von dem Wert der auf die Ware verwendeten Arbeit abhängt, desto eher ist es der von der Natur weniger begünstigten deutschen Industrie im allgemeinen möglich, mit dem Auslande nicht nur auf dem heimischen Markte, sondern auch auf dem Weltmarkte erfolgreich in Wettbewerb zu treten. Während die deutsche Roheisen-Erzeugung sich aus natürlichen Gründen im wesentlichen auf die Verfertigung des einheimischen Marktes beschränken muß, sind die Eisen verarbeitenden Industrien fast durchweg zu Ausfuhrindustrien geworden, wie ein Blick auf die beigebenen Uebersicht zeigt. Trotzdem kann auf einen angemessenen Zollsatz für Eisenwaren schon mit Rücksicht auf die Zollbelastung des Roheisens und zum Ausgleich der Verschiedenheit der sozialen Lasten nicht verzichtet werden. Auch muß darauf Rücksicht genommen werden, daß im Ausland inwieweit sehr leistungsfähige Industrien entstanden sind. Deutschland ist dem Wettbewerb fremder Erzeugnissegebiete mehr als andre europäische Länder ausgesetzt, weil seine Zölle niedriger sind als die der übrigen Hauptexportländer für Eisenfabrikate. Während jedoch beim Roheisen und bei den diesem am nächsten stehenden Halbwerkzeugen die Verschiedenheit der Frachtkosten und der sozialen Lasten ausgeglichen werden muß, kann bei den Fabrikaten höherer Ordnung der Zoll sich mehr oder weniger auf den Ausgleich der sozialen Lasten beschränken. Bei Zugrundelegung der handelsstatistischen Einheitswerte der Einfuhr für 1900 stellt sich gegenwärtig der Zollsatz wie folgt:

	Einfuhrwert für 1 Doppelcentner	geltender Zoll für 1 Doppelcentner	der Zoll beträgt vom Wert Hundertstel
Roheisen	8,04	1,00	12,4
Eisenbahnstienen	12,00	2,50	20,8
Stabeisen	22,19	2,50	11,3
Kohleblech	19,98	3,00	15,0
Weichblech	30,00	5,00	16,7
Kohldraht	33,55	3,00	8,9
ganz grobe Waren aus Eisenguß	14,50	2,50	17,2
grobe Eisenwaren, roh, anderweit nicht genannt	70,00	6,00	8,6
feine Eisenwaren: aus Guß	150,00	24,00	16,0
aus Schmiedebarem Eisen	245,00	24,00	9,8
Rabellen	2 150,00	60,00	2,8

Diese verschiedene Belastung gilt es, wie die Begründung weiter versichert, auszugleichen — eine Ausgleichung, die natürlich nicht in der Richtung erfolgen darf, daß die übermäßigen Belastungen auf das Niveau der niedrigeren reduziert werden; vielmehr sind die geringeren Zollsätze auf das Niveau der hohen zu bringen:

Diese Einteilung trägt dem verschiedenen Materialwert und den sehr erheblichen Unterschieden im Arbeitswert der einzelnen Erzeugnisse nur in geringem Maße Rechnung. Der etwa dreimal höhere Wert des Stahlgusses gegenüber dem nicht schmiedbaren Eisenguß ist nicht überall genügend berücksichtigt. Ob eine Ware als ganz grob, grob oder fein anzusehen ist, richtet sich in erster Linie nach der Art der Verarbeitung ihrer Oberfläche; letztere bietet aber keineswegs immer einen richtigen Maßstab für die auf die Herstellung des Stücks selbst aufgewendete Arbeit. Bei Maschinen teilen dringt es die Lage der Bestimmungen mit sich, daß ein roher, mehrere Doppelcentner schwerer Teil für eine schmiedeeisnerne Maschine dem gleichen Zollsatz von 5 M. für 1 Doppelcentner unterliegt, wie ein auf das feinste abgeschliffenes oder poliertes Präzisionsstück von wenigen Hundert Gramm Gewicht. Dasselbe Stück fällt aber unter den Zollsatz von 8 M., wenn es für eine Lokomotive bestimmt ist.

Bei der Umgestaltung des Tariffs wird zunächst dem hohen Werte des Stahlgusses mehr als bisher Rechnung zu tragen sein. Die unzulängliche Berücksichtigung des Materialwertes des Stahlgusses im Jahre 1879 erklärt sich zum Teil aus dem Umstand, daß man damals mit einem Wettbewerbs auslandischen Stahlgusses noch kaum zu rechnen hatte. Abgesehen von dem Tiegelstahl, den ein inländisches Werk für seine Sonderzwecke erzeugte, wurde der in Deutschland verbrauchte Tiegelstahl aus Großbritannien, Schweden und Oesterreich-Ungarn eingeführt, und es war wenig Aussicht vorhanden, daß es gelingen werde, den Bedarf an solchem im eigenen Lande zu decken. Dagegen wurde der Bedarf an gewöhnlichem Flußstahl ausschließlich in Deutschland erzeugt und es war unvorstellbar, daß jemals eine Einfuhr davon in erheblichem Umfange stattfinden würde. Diese Verhältnisse haben sich inzwischen vollständig verschoben. Man hat in Deutschland gelernt, aus Tiegelstahl in vorzüglicher Beschaffenheit herzustellen, und ausländischer, namentlich nordamerikanischer Flußstahl tritt auf dem inländischen Markte in scharfen Wettbewerb mit den inländischen Erzeugnissen.

Die angemesseneren Berücksichtigung des Arbeitswertes bei dem einzelnen Erzeugnis soll nach dem Entwurfe durch die mehrfach vorgeschlagene Staffelung nach dem Einzelgewicht oder nach der Stärke oder durch sonstige, das Maß der auf die Herstellung verwendeten Arbeit kennzeichnende Unterscheidung erreicht werden. Ferner ist die Art der Oberflächenbearbeitung in beachtlicherem Maße, als es nach dem geltenden Zolltarif der Fall ist, für die Bemessung der Zollsätze herangezogen. Die Arten der Oberflächenbearbeitung haben inzwischen eine durch-

greifende Verschiebung erfahren. Infolge der Vervollkommenung der Werkzeugmaschinen ist das Abbreiten, Bohren, Hobeln usw. der Guß- und Schmiedestücke so billig geworden, daß es nicht mehr be- rechtigt erscheint, die zolltarifliche Unterscheidung in erster Linie auf die Art der Oberflächenbearbeitung zu gründen. . . .

Im Entwurfe ist deshalb im allgemeinen auf die Oberflächenbearbeitung nur insoweit Rücksicht genommen, als bei Waren, die im Handel nur in bearbeitetem Zustande vorkommen, der Wert der darauf verwendeten Arbeit den Warenwert erheblich beeinflusst. Bei Waren, die sowohl in rohem als bearbeitetem Zustande im Handel vorkommen, sind unter der gleichen Voraussetzung besondere Zollsätze für die rohen und für die bearbeiteten Waren gebildet. . . .

Betreffs der Roheisen-Erzeugung folgt dann noch „im einzelnen“ nachstehende Bemerkung:

Die inländische Erzeugung (ausschließlich der Gußwaren erster Schmelzung) und die Einfuhr an Roheisen und Bruchstücken (ohne Veredelungsverkehr für Rechnung von Inländern) seit dem Jahre 1872 ergibt sich aus nachfolgender Zusammenstellung, in der auch die jeweiligen Zollsätze ersichtlich gemacht sind (wir geben die Zusammenstellung, der Raumersparnis wegen, in verkürzter Fassung. Die Red. d. „Vorwärts“):

Im Jahre	Inland- Erzeugung Tonnen	Einfuhr Tonnen	Zollsatz für 1 Doppelcentner Mark
1872	1 927 000	663 000	0,25
1873	2 174 000	749 000	vom 1. Okt. ab frei
1874	1 836 000	549 000	frei
1875	1 982 000	625 000	—
1876	1 902 000	584 000	—
1877	1 899 000	541 000	—
1878	2 119 000	485 000	—
1879	2 201 000	888 000	vom 1. Juni ab 1 M.
1880	2 092 000	238 000	1
1885	3 647 000	223 000	1
1890	4 626 000	404 000	1
1895	5 433 000	200 000	1
1900	8 469 000	741 000	1

Diese Zahlen lassen erkennen, daß bei unzulänglichem oder fehlendem Zollschutze die Roheisen-Erzeugung infolge der übermäßigen Einfuhr sich nicht entwickeln konnte. In den Jahren 1872 bis 1879 war die einheimische Erzeugung zum Stillstande gebracht; die Einfuhr betrug bis zu einem Drittel der Erzeugung. Erst seit der Einführung des noch gegenwärtig geltenden Zolles von 1 M. begann ein gleichmäßiges, unausgesetztes Steigen der einheimischen Roheisen-Erzeugung, wogegen die Roheisen-Einfuhr nicht nur im Verhältnis zur Erzeugung, sondern auch an sich zurückging. Mit dem Einsetzen der neuesten Hochkonjunktur trat wiederum eine Steigerung der Roheiseneinfuhr ein, die aber offenbar nur darin ihren Grund hat, daß die einheimische Roheisenerzeugung dem plötzlichen Anwachsen der Nachfrage nicht zu folgen vermochte. Wenn schon nicht zu verkennen ist, daß auch andre Umstände zu dem Emporblühen der deutschen Roheisenerzeugung beigetragen haben, zum Beispiel die Erfindung des Thomasverfahrens im Jahre 1878, wodurch die Verarbeitung der phosphorreichen deutschen Erze erleichtert wurde, so ist doch unzweifelhaft die ruhige und gesunde Entwicklung in erster Linie dem Zollsatz von 1 M. zu verdanken.

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß die Beweisführung der „Begründung“ nicht nur vielfach eine absolut unfähige ist, sondern sich auch nicht scheut, mit unehrlichen Mitteln zu arbeiten, dann liefert ihn diese Stelle. Absichtlich wird verschwiegen, daß gerade nach der 1865 erfolgten Wendung zum Freihandel, besonders aber nach der 1868 vorgenommenen weiteren Reduktion des Roheisenzolls auf 1 M. pro 100 Kilogramm (vor 1865 = 2 M.) und der 1870er Ermäßigung auf 50 Pf. die Roheisenproduktion einen enormen Aufschwung nahm und in den acht Jahren von 1865 bis 1873 sich beinahe verdoppelte. In schlauer Berechnung setzt man vielmehr mit der Tabelle bei dem Jahre 1872 ein und folgert dann aus dem sogenannten „Stillstande“ der Produktion in den Jahren 1873/77, daß erst mit der Einführung des Ginnart-Zolles in 1879 ein „gleichmäßiges, unausgesetztes Steigen der einheimischen Roheisen-Erzeugung“ begonnen habe. Bekanntlich aber setzte 1874 der große Krach ein, der die Eisenindustrie, die in erheblichem Maße überproduziert hatte, hart bedrängte; erst 1878 traten wieder normale Verhältnisse ein, die denn auch sofort ein neues Aufblühen der Eisenproduktion zur Folge hatten.

Die Begründung verschweigt die dem Krach vorausgegangene rapide Zunahme der Produktion, ebenso den Krach selbst und die schon zwei Jahre vor dem Inkrafttreten des Bismarckschen Tariffs sich geltend machende Wiederbelebung des Eisenmarktes. Dieses Verschweigen ist nicht nur unehrlich, es ist auch im höchsten Maße einfältig; denn die wirtschaftlichen Vorgänge jener Jahre sind denn doch noch zu genau bekannt. Uebrigens leistet sich das Elaborat mehrfache derartige Beweisführungen, die, wenn man sie nicht auf eine polizeiwidrige Unfähigkeit der Ausarbeiter zurückführen will, nur den Ausweg offen lassen, daß die Herren glaubten, im Interesse der guten Sache vor kleinen Mogeleten nicht zurücktreten zu dürfen.

Berichtigung.

In unserem gestrigen Artikel „Die Begründung des Zolltarifs-Gesetzesentwurfes“ sind versehentlich mehrfach die hinzugefügten Glossen und Zwischenbemerkungen dem offiziellen Text der „Begründung“ angehängt worden, wodurch Veranlassung zu Mißverständnissen gegeben wird. Wir bitten deshalb folgende Korrekturen vorzunehmen:

Seite 1, Spalte 3, Zeile 50 von oben, fehlt hinter der „135,0“ das Gänsefüßchen (").

Seite 2, Spalte 1, Zeile 26 von oben, fehlt hinter den Worten „Küchgang erlitten“ das Gänsefüßchen.

Seite 2, Spalte 1, Zeile 42 von oben, fehlt hinter den Worten „ausgeglichen wird“ das Kolon (:).

Seite 2, Spalte 1, Zeile 40 von unten, fehlt hinter der Zahl „35,00“ das Gänsefüßchen.

Seite 2, Spalte 1, Zeile 39 von unten, muß es statt „Diese Art der Argumentation“ heißen „Dieselbe Art der Argumentation“.

Seite 2, Spalte 2, Zeile 31 von oben, fehlt hinter der Zahl „1,00“ das Gänsefüßchen.

Seite 2, Spalte 2, Zeile 87 von oben, fehlt hinter den Worten „geschäht werden kann“ das Gänsefüßchen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. November.

Der Reichstag

Ist nach der langen Pause von sechs Monaten und elf Tagen heute wieder zusammengetreten. Das Haus war recht gut besetzt; der Zolltarif, dessen erste Lesung schon am Montag erfolgen soll, übt bereits jetzt seine Anziehungskraft aus. Alle Fraktionen sind an der Arbeit, in langen Beratungen ihren Aktionsplan aufzustellen.

Eröffnet wurde die Sitzung durch ein kurzes Begrüßungswort, das Graf Vallestrom an die Erschienenen richtete. Dann hielt er auf die Kaiserin Friedrich eine lange Gedächtnisrede, die vom Hause stehend angehört wurde.

Statt im Anschluß daran sofort der Toten des Hauses zu gedenken, schob Graf Vallestrom eine geschäftsordnungsmäßige Bemerkung über das Protokoll der vorigen Sitzung ein, die, nüchtern wie sie war, in solchem Gegensatz zu dem geschraubten Stil der Einleitung stand, daß sie fast Heiterkeit erweckte. So viel Graf Vallestrom über die Kaiserin Friedrich zu sagen gehabt hatte, so wenig hatte er über den Tod des Präsidenten Mac Kinley, des Reichskanzlers Hohenlohe und der in der Zwischenzeit verstorbenen Mitglieder des Hauses zu sagen. Hier beschränkte er sich auf die unerlässlichen Formeln.

Nun hatte das Haus noch die betrübende Mitteilung entgegen zu nehmen, daß Herr von Frege wegen schwerer Krankheit sein Amt als Vizepräsident niedergelegt habe, dann konnte mit den Arbeiten begonnen werden.

Die Strandrungsordnung war rasch erledigt. Ohne Debatte wurde sie nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Die Seemanns-Ordnung, die mit den dazu gehörigen Gesetzen nun an die Reihe kam, wird den Reichstag um so längere Zeit kosten. Die Interessen der Reederei und der Seeleute stehen sich unversöhnlich gegenüber. Die Arbeiten der Kommission stellen ein ungenügendes Kompromiß dar, das weder die eine noch die andre Seite befriedigt. Unstre Genossen haben die selbstverständliche Pflicht, auch im Plenum alles daran zu setzen, um der Neuordnung der sozialen und Rechtsverhältnisse der Seeleute eine befriedigendere Gestalt zu geben. Schon jetzt haben sie eine große Anzahl von Anträgen vorbereitet. Aber auch die Gegenseite, die Semler und Baasche, sind nicht müßig, und so sind sehr umfangreiche Debatten zu gewärtigen. Der heutige Tag gab die erste Probe davon. Bei den §§ 3a und 4 unternahmen unsere Genossen Schwarz, Meyer und Herzfeld den Versuch, günstigere Bedingungen für die Seeleute an der Hand unserer Anträge herauszuschlagen.

Beim § 3a handelt es sich um Vorschriften über Art und Zahl der Kapitäne und Offiziere, die der Bundesrat erlassen soll. Wir verlangten, daß ähnliche Bestimmungen auch für die Mannschaften getroffen würden, damit dem Sparsystem, das die großen Schiffsahrt-Gesellschaften mit den Mannschaften und besonders mit den Heizern treiben, ein Riegel vorgeschoben würde. Unsere Anträge wurden leider abgelehnt.

§ 4 handelt von der Zusammensetzung der See-Kemter; die lebhafteste Debatte darüber kam noch nicht zum Abschluß.

Mittwoch steht die Interpellation der Nationalliberalen wegen des Insterburger Duells auf der Tagesordnung. Vorher ist die Wahl des ersten Vizepräsidenten vorzunehmen.

Marine-Etat.

Der Marine-Etat für 1902 beträgt 200 Millionen Mark. Er klebt, wie die „Nordd. M.G. Ztg.“ rühmend hervorhebt, finanziell nicht nur im Rahmen des Geldbedarfs zum Flottengesetz, wie er seiner Zeit in der Budgetkommission festgestellt ist, sondern noch um 3,4 Millionen Mark gegen den Anschlag für 1902 zurück. Auch bezüglich der einzelnen Forderungen deckt sich der Etat mit der Begründung zum Flottengesetz.

Der Abschluß des Marine-Etats für 1901 werde voraussichtlich nennenswerte Ueberschreitungen nicht ergeben, insbesondere werde das Rechnungsjahr 1901 Ueberschreitungen bei den Schiffbaukosten und Armenturen nicht aufweisen.

Diese beschwichtigende Notiz könnte den Anschein erwecken, als ob der diesjährige Etat niedriger ist als der vorjährige. Das ist aber nicht der Fall. Die „Norddeutsche M.G. Ztg.“ beruft sich immer auf den unverbindlichen Ueberschlag der Budgetkommission. Für den Etat 1901/02 wurden 207 484 179 Mk. verlangt, der Anschlag für 1902/03 übertrifft also noch trotz der inzwischen gänzlich veränderten Finanzlage um 1/2 Millionen.

Eine solche Marineforderung hält sich nicht innerhalb der Bedingungen und Voraussetzungen des Marinegesetzes, das auf der Annahme der Fortdauer der aufsteigenden finanziellen Entwicklung beruht. Nachdem diese Voraussetzung gefallen, versteht es sich von selbst, daß die Mehrheit des Reichstags — gerade im Sinne und in der Konsequenz ihrer Zustimmung zur Flottenvorlage — bis zur Verringerung der Finanzverhältnisse jede Forderung für Neubauten ablehnen möchte. Mühte — daß sie es nicht thut wird, ist freilich sicher. —

Die Rückwanderung der Industrie-Arbeiter.

Während unsere großstädtischen Agrarier immer, wenn von Arbeitslosigkeit die Rede ist, den von der Industrie nicht mehr gebrauchten Arbeitern den Rat geben, doch in die geeigneten Gebiete Ostpreußens zurückzuziehen, wo ja Leutenot herrsche, weigern sich die Agrarier in Ostpreußen selbst mit aller Entschiedenheit, diese landflüchtigen Arbeiter wieder aufzunehmen; denn sie fürchten, sie könnten in den Gutsbezirken Platinlands — Kultur verbreiten.

Dieser Tage beschäftigten sich die Landwirtschaftlichen Vereine des Kreises Thorn mit der Frage der Arbeitsnot.

Der Landrat v. Schwerin teilte mit, daß bereits 1000 Personen arbeitslos geworden seien, da die private Bauwirtschaft ebenso wie die staatliche und kommunale vollständig ruhe und die großen Ziegeleien ihren Betrieb eingestellt haben. Der Rothstand aber werde sich durch die Rückwanderung aus dem Westen noch verschärfen, und er frage darum, ob und wie viel Arbeiter von den Landwirten in ihre Betriebe eingestellt werden könnten.

In der Debatte wurde von den Rittergutsbesitzern v. Paryart-Wibsch und Oekonomierat Wegner-Ostoschewo hervorgehoben, daß die „städtischen Arbeiter“, namentlich solche aus Industriebezirken, sich für die Landwirtschaft wenig eignen, da sie zu sehr verbohnt, zu anspruchsvoll, zu vergnügungssüchtig seien, abgesehen davon, daß solche Leute wenig Lust verspüren, sich auf dem platten Lande anzupflanzen. Solche Arbeitskräfte, meinte Herr Wegner, würden möglicherweise auf die andre ländliche Arbeiterbevölkerung schädlich einwirken. Denn die jetzt schon unter den Arbeitern bemerkbare „Heberkultur“ werde durch die aus Industriebezirken zurückkehrenden Elemente sehr gefördert werden; auch sei zu befürchten, daß durch solche Fabrikarbeiter die Socialdemokratie auf platten Land verpflanzung werde. Zahlreiche Ausstände unter den Landarbeitern, besonders zur Zeit der Ernte, könnten eine Folge davon sein, und das wäre für die Landwirtschaft eine große Gefahr.

Also, die Herren wollen die „überkultivierten“ Arbeiter Westdeutschlands nicht — gegen dem Spruch, den einer dieser Agrarpolitiker einmal offen verkündigt hat: die dümmsten Arbeiter sind die besten. Nein, unsere Junker wollen lieber die billigen Kräfte aus dem äußersten Osten, die zwar nicht lesen können, die aber dafür um so gefügigere Werkzeuge schrankloser Ausbeutung sind.

Und dieselbe Gesellschaft, die mit solcher christlichen Schamlosigkeit jede Kulturerhöhung der Arbeit und wäre sie noch so gering, als einen schweren Angriff auf ihre Herrenrechte bekämpft, verlangt von

denselben Arbeitern den Zoltribut, damit die Grundbesitzer ihrer anspruchsvollen Verwöhntheit und Vergnügungssucht nach Herzenslust fröhnen könnten.

Die Arbeiter freilich sind bereits allzu sehr zur Kultur erwacht, als daß sie diesem barbarischen Junkerfingel noch die Mittel aufbringen werden, um ihre standesgemäße Herrschaft fortsetzen und mehren zu können. —

Deutsches Reich.

Die socialdemokratische Reichstagsfraktion

hielt am Dienstag nach Beendigung der Plenarberatung eine Fraktions-sitzung ab, in der die nächstliegenden parlamentarischen Angelegenheiten beraten wurden.

Zunächst beschloß die Fraktion, bei der am Mittwoch stattfindenden Wahl eines ersten Vizepräsidenten an Stelle des Abg. v. Frege nicht den von den Konservativen präferierten Abg. v. Stolberg, dessen Wahl das Centrum zustimmen will, zu wählen, sondern den Abg. Singer als ersten Vizepräsidenten in Vorschlag zu bringen. Die Fraktion widerstrebt gleichfalls dem Vorschlag des Präsidenten v. Vallestrom, die Wahl durch Acclamation vornehmen zu lassen, sondern fordert Zettelwahl.

Für die Besprechung der Duellinterpellation, die gleichfalls am Mittwoch auf der Tagesordnung steht, wurden die Genossen Haase und Wibel als Redner bestimmt.

Sodann verhandelte die Fraktion über den Vorschlag des internationalen socialistischen Bureaus in Brüssel, der die socialistischen Fraktionen der verschiedenen Parlamente auffordert, daß sie die Regierungen ihres Landes interpellieren mögen über ihre Stellung zu den Völkerrrechtsverletzungen Englands im Boerentriege, insbesondere zu der Hinrichtung von Frauen und Kindern in den Konzentrationslagern. Nach eingehender Beratung und in offener Sitzung wurde die Würdigung des Vorschlags erachtet es die Fraktion, gemäß den besonderen parlamentarischen Verhältnissen des deutschen Reichstages, für geeigneter, den Brüsseler Vorschlag in der Art zu verwirklichen, daß sie jene Frage bei der Specialberatung des Etats umfassend erörtern wird.

Ferner beschließt die Fraktion mit Einstimmigkeit, den Reichskanzler wegen der herrschenden Arbeitslosigkeit zu interpellieren. Es wurde zur Vorbereitung dieser Interpellation eine Kommission von fünf Mitgliedern eingesetzt.

In der nächsten Fraktions-sitzung, die am Mittwochabend stattfinden wird, wird die Fraktion ihre Stellungnahme zum Zolltarif und dessen parlamentarischer Behandlung erörtern. —

Der Senatorenkonvent hat Dienstag unter Vorsitz des Präsidenten über die Reihenfolge der Beratungsgegenstände verhandelt. Der Präsident entwickelte seinen Geschäftsplan dahin, daß er bis zur Weihnachtspause die Erledigung der ersten Beratungen des Zolltarifgesetzes nebst Tarif und des Etats für 1902 in Aussicht nehme.

Am Mittwoch soll die zweite Beratung der Seemannsordnung durch die Wahl des ersten Vizepräsidenten und die Beratung der von den Nationalliberalen eingebrachten Duellinterpellation unterbrochen werden.

Am 2. Dezember soll nach Vorschlag des Präsidenten mit der ersten Lesung des Zolltarifs begonnen werden.

Von konservativer Seite wurde mitgeteilt, daß die Fraktion an Stelle des Abg. v. Frege den Abg. Grafen v. Stolberg-Bernigerode zum ersten Vizepräsidenten vorschlägt. Die Vertreter der Konservativen verlangen, daß die vor der Vertagung abgetragene Verhandlung über das Brauntweingesez auf die Tagesordnung einer der ersten Sitzungen gestellt werde.

Von verschiedenen Seiten wurde auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die diesem Vorschlag dadurch entgegenstehen, daß das Brauntweingesez am 1. Oktober d. J. außer Kraft getreten ist.

Der Präsident erklärte noch auf eine Anfrage, daß er die Absicht habe, mit der Beratung des Zolltarifs am 2. Dezember auch dann zu beginnen, wenn die zweite Beratung der Seemannsordnung bis dahin nicht zu Ende geführt ist.

Der Senatorenkonvent stimmte den Vorschlägen des Präsidenten mit der Maßgabe zu, daß der Versuch gemacht werden sollte, das Brauntweingesez noch vor Weihnachten nach Beendigung der ersten Lesung des Zolltarifs und vor der ersten Beratung des Etats zur Erledigung zu bringen. Hiernach besteht die Absicht, vor der Weihnachtspause, deren Beginn für den 18. oder 14. Dezember in Aussicht genommen ist, den Tarif und den Etat in erster Lesung zu erledigen, und die Beratung der Seemannsordnung so weit als möglich zu fördern und wenn thunlich, der Erledigung des Brauntweingesezes näher zu treten. —

Ein weiteres Opfer des Insterburger Duells.

Diesmal ist es sogar ein General, der kommandierende General eines Armeekorps, den der Unmut der Krone über die Schieberei zu Fall gebracht hat. Graf Fink v. Finkenstein, der Kommandeur des 1. Armeekorps, beabsichtigt, wie Königsberger Blätter melden, Mitte Januar nächsten Jahres sein Abschiedsgesuch einzureichen. Da der General noch in den besten Jahren steht und die übliche „Erkältung der Gesundheit“ bisher noch niemand an ihm aufgefallen sein soll, so steht sein Abschiedsgesuch, dessen Einreichung ihm jedenfalls „nahgelegt“ worden ist, höchst wahrscheinlich mit der Insterburger Affäre in Zusammenhang. So wird denn die Duellmatterserei auch den Pensionssonds nicht unerheblich aufschwellen lassen. Ein striktes Zunehalten des durch die Kabinettsorder vom 1. Januar 1897 eingeschlagenen Kurzes würde der Armee eine Anzahl von Offizieren erhalten und dem Reiche materielle Opfer erspart haben.

Daß der Oberst v. Reihwiz ein Opfer des Duells geworden, steht jetzt außer allem Zweifel. Bereits 48 Stunden nach dem Duell wurde ihm das Kommando des Regiments abgenommen und einem Oberstleutnant Polster übertragen, dem auch in der die Verabschiedung Reihwiz betreffenden Kabinettsorder die Führerschaft des Regiments definitiv übertragen wurde. —

Die nationalliberale Fraktion beabsichtigt folgende Interpellation an den Reichskanzler zu richten:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu geben über die Vorfälle, welche zu dem am 4. November 1901 in Insterburg stattgehabten Zweikampf zwischen dem Lieutenant Maslowitz und dem Lieutenant Hildebrandt geführt haben, insbesondere darüber Mitteilung zu machen, ob die Bestimmungen vom 1. Januar 1897 zur Ergänzung der Einführungsvorschriften zu der Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere eingehalten worden sind?“

Welche Maßregeln denkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Vorschriften, daß mehr als bisher den Zweikämpfen der Offiziere vorgebeugt werden soll, wirksamere Geltung zu verschaffen?“

Nach dem Vorgehen der Krone beweist es gerade keinen besonderen Wagemut, den Reichskanzler dergestalt zu interpellieren. Oder ob die nationalliberalen Redner gleich der nationalliberalen Presse, deren Aeußerungen vom Jahre 1897 wir gestern citierten, auf den eigenartigen Widerspruch zwischen der Kabinettsorder vom 1. Januar 1897 und den Duellbegründungen anlässlich der Centenariofeier nachdrücklich hinweisen werden? —

Kaiserrede. Nach einem Bericht des „Lokal-Anzeiger“ sagte der Kaiser bei der Vereidigung der Marine-Recuten u. a.:

„Es sind Eurer heute so viele, wie nie zuvor, aber es sind viele neue gute Schiffe zu besetzen und Ihr seid berufen, an deren Bord auszugleichen, sei es in Krieg oder Frieden. Ich wünsche den Krieg ebensowenig wie mein seliger Herr Großvater, der aber, als ihm der Krieg aufgebrungen worden, hinauszuwandte an der Spitze seines Heeres und Befahren und Strapazen mit ihm teilte. Ich erwarte von Euch, daß Ihr, getreu Euren soeben geleisteten Eide, Euch Eurer Väter von 1870/71 würdig zeigt, wenn ich Euch in den Krieg führen möchte. Ihr dürft nicht denken, der Kaiser habe gut befohlen; die Soldaten müssen oft schweren Dienst ausführen, aber auch ich habe meinen Soldateneid geschworen, so gut wie Ihr, und muh meinen Dienst versehen, so gut wie Ihr, jeder an seiner Stelle.“

Nach dem Berichte der „Allg. Ztg.“ forderte der Kaiser in seiner Ansprache die Recuten zur genauen Beachtung des Zeneides auf, da er für die Thaten jedes einzelnen dem Volke gegenüber verantwortlich sei. —

Die preussische Universitätsverwaltung. Wenn es nach den Wünschen der Offiziere des Reiches Althoff ginge, so kommt aus dem Freiheitsfeldzug des Professor Rommies nichts heraus wie eine Enttäuschungspagoge gegen — den Räuber der Wahrheit, Herrn Michaelis.

Wir glauben schon, daß diese Erwartungen in Erfüllung gehen werden. Warum sollten die Universitäten, die gewohnheitsmäßig ihren ministeriellen Unterdrückern die höchsten akademischen Ehren verleihen, nicht auch geneigt sein, mannbast zu erklären, daß die Gräße des Prof. Michaelis auf die preussische Universitätsverwaltung ebenso taktlos wie unbegründet seien.

Inzwischen hat Herr Althoff das gerechte Schicksal erlitten. Das Centralorgan der Partei, die principiell jede Freiheit der Wissenschaft bekämpft, die katholische „Germania“ rühmt die Gerechtigkeit und Toleranz Althoffs. Sie versichert ihn, daß ihm bei Verfolgung seiner auf wahre Toleranz und ausgleichende Gerechtigkeit gerichteten Bestrebungen die Sympathien aller maßvoll und tolerant denkenden Kreise zur Seite stehen werden.“

Der Leiter der preussischen Universitäten als Centrumshelliger anerkannt. Das ist schlimmer als selbst der Artikel des Herrn Michaelis. —

Preussische Hundebenn. Mofes „Berliner Tageblatt“ bringt es fertig, obwohl die Rechtsauffassung der Stadtverordneten-Versammlung in Sachen der Bürgermeisterwahl zweifellos richtig ist, doch dafür einzutreten, daß die Kommune sich der Krone abermals unterwerfe, damit der Regierung aus ihrer Sachgasse herausgeholfen würde. Herr Kaufmann solle nunmehr die Kandidatur ablehnen.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist natürlich sehr zufrieden mit der Haltung des Berliner Tageblatts. Wird der eben bei den Wahlen von der Berliner Bevölkerung gebührend gestrafter Freisinn wirklich auch in diesem Fall dem Kampf um Recht feig ausweichen?

Herr Kaufmann ist rechtsverbindlich gewählt, eine rechtsgültige Nichtbestätigung liegt bisher nicht vor. Also kann eine Neuwahl überhaupt nicht stattfinden. Würde die Regierung an ihre eigene Rechtsauffassung glauben, so möchte sie unverzüglich das Verwaltungsstreitverfahren gegen die Stadt einleiten. Sie unterläßt das aber, weil sie weiß, daß sie nicht recht bekommen wird.

Berlin hat, meinen wir, keinen Anlaß, in der Sache irgend etwas zu thun. Es kann warten — selbst auf den erschrecklichen schwarzen Mann, den Staatskommissar. —

Das Brotwucher-Centrum. In einer gestern in Köln abgehaltenen von ca. 8000 Landwirten Rheinlands besuchten Versammlung, in welcher die Centrum's-Abgeordneten Dabach, Brandt, An Behoff, Mooren etc. teilnahmen, hielt Professor Dr. Wagner einen Vortrag über die Forderungen der Landwirtschaft bezüglich der Getreidezölle. Nach ihm sprach noch Herr v. Schorlemer-Mest. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, worin folgende Forderungen aufgestellt wurden: Für Weizen und Roggen ein Zoll von 7 M. 50 Pf., für Hafer und Gerste 8 M., für Weiz 17 M., für frisches Fleisch 35 M., Milch 8 M., Butter und Käse 35 M., für Wein 30 und für Quebrachholz 10 M. Die Sätze des Generaltarifs sollen um 20 Proz. höher als die des Minimaltarifs sein.

Diese Centrumskleute überließen also noch den Zollwucher der Regierung. Aber diese wahrhaftige Politik des „Verklagens“ wird ihren Zweck nicht erfüllen, nämlich den „mittleren“ Wucher, mit dem sie sich schließlich begnügen werden, dem Volke als beschreiben erscheinen zu lassen. —

Industrie und Brotwucher. In Erfurt beschloß eine Konferenz Grohndustrieller der Provinz Sachsen und Thüringens die Einberufung einer Versammlung sämtlicher Grohndustriellen in Berlin zu Anfang Dezember zwecks gemeinsamer Stellungnahme gegen den Zolltarif. (Die „familialen“ Grohndustriellen, die gegen den Zolltarif auftreten, dürfen nicht auffindbar sein.) —

Kolonialmörder? Die Kaufleute Haesloop-Bremen, Keltens-Rdin und Wittenberg-Hamburg sind laut Kameruner Privatdepeschen wegen Mißhandlung mehrerer Kamer, die deren Tod zur Folge hatte, verhaftet worden. —

Chamberlain-Syndakste. Eine Braunschweiger Firma bringt Syndakste in den Handel, deren Zuneuseite das Bild des englischen Ministers zeigen.

Die geschäftlichen Ausbeuter des Jingoismus sind liberal die gleichen. Während des Hunnenzuges waren in den Tengelangel die Schuften beliebt, die von drifftierten fleischenden Hunden in der Mitte des Körpers minutenlang gezerrt und gebissen wurden.

Während des spanisch-amerikanischen Krieges brachte ein spanischer Amerikaner Schuhsohlen in den Handel, denen auf der unteren Seite das spanische Wappen eingegrät war.

Diese gemeine Industrie der Verachtung macht nur die Urheber und Benutzer verächtlich.

Nebrigens sind die Konservativen gegenwärtig sehr bemüht, die englandfreundliche Regierung des Zollwuchers nicht zu verlegen.

Die „Kreuz-Zeitung“ fällt sich deshalb gemüßigt, die Angriffe der deutschen Wipolätter auf Eduard VII. energisch zurückzuweisen. Sie findet, daß solche „Verhöhnungen“ nicht nur die Empfindung jedes gebildeten Menschen verletzen, sondern auch „dem monarchischen Gefühl“ ins Gesicht schlagen.

Wir können dem monarchischen Gefühl der „Kreuz-Zeitung“ ihren Euard, und dem Eduard die Huldigung der „Kreuz-Zeitung“. Hoffentlich hält das monarchische Gefühl aber auch dann an, wenn die Politik des Brotwuchers doch noch berechtigt werden sollte. —

Das Vaterland. Aus München, 24. November, wird uns geschrieben:

Das „Vaterland“ Dr. Sigls ist, wie bereits mitgeteilt, in andrer Weis übergegangen und ein gewisser Teil der Centrumspresse kann seine Genehmigung darüber nicht verbergen. Man nimmt an, das Blatt stehe und solle mit seinem Begründer. Diese Erwartung dürfte wohl getäuscht werden. Dr. Sigl arbeitet schon seit vielen Monaten nicht mehr am Blatt mit, ohne daß dieses deswegen eine Einbuße erlitten hätte. Wenn nun angekündigt wird, es sei Vorsorge getroffen, daß das „Vaterland“ im Geiste seines Gründers weiter geführt werde, so dürfte das vor allem in der Richtung zutreffen, daß es nach wie vor das Organ der kleinen, demokratisierenden Geistlichkeit bleibt. Die Zahl der Aleriker, die nicht zum Centrumspantier gehören, ist größer, als die ultramontane Presse zugeben will. Und diese geistlichen Herren werden dem „Vaterland“ nach wie vor nicht nur treue Abonnenten, sondern auch sichtig Mitarbeiter sein. Auch der neue Besitzer, I. geistl. Rat Sturm, ist ein altiver Landpsarrer und seit langen Mitarbeiter des Blattes. Er gehört zu den langjährigen Freunden Sigls und des verstorbenen Dr. Kitzinger, welcher letzterer ihn auch in die „Waffen der Journalistik“ einweihte. Als über den unglücklichen Dr. Sigl die Katastrophe hereinbrach, vertrat er mit großer Energie dessen Interessen und eine Zeitlang hatte es

wirklich den Anschein, als ob die gänzliche Aenderung der Lebensweise, zu der er seinen Freund zu bestimmen wählte, den Fortgang der Krankheit aufhalte. Das Stürzen schließlich einmal das „Watersland“ übernehmen solle, entspricht einem langgehegten und mehrfach geäußerten Wunsche Sigis, dessen Erfüllung aber wohl anders gedacht war.

Die Angst vor des Königs Hof. Aus Liebe wird uns berichtet. Vor der Strafkammer in Altona stand ein Ackerknecht aus Altona, angeklagt der Selbstverstümmelung, weil er sich dadurch für den Militärdienst untauglich zu machen suchte. Der Angeklagte hatte verschiedene Leuten gegenüber geäußert, er habe einen Abkicken vor dem Militärdienst und werde schon dafür sorgen, daß er frei läme. Drei Tage vor der Aushebung schlug er sich beim Zuspätkommen eines Wahles den linken Daumen ab, und behauptete, es sei ein unglücklicher Zufall gewesen. Der Staatsanwalt verteidigt die Meinung, daß der Angeklagte sich absichtlich die Verlegung zugefügt und beantragte ein Jahr Gefängnis. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, weil die Sache nicht genügend aufgeklärt sei.

Die Finanzklemme. Die Thronrede, mit der der badische Landtag eröffnet wurde, sieht sehr trübe in die Zukunft. Sie führt u. a. aus:

Der in jüngster Zeit erfolgte Rückschlag im wirtschaftlichen Leben hat naturgemäß einen Rückgang der staatlichen Einnahmequellen zur Folge gehabt. Die Rechnungsbücher des ersten Jahres der abgelaufenen Budgetperiode haben deshalb den günstigen Stand der vorigen Jahre nicht zu behaupten vermocht. Noch weniger günstig verhielt sich das Rechnungsjahr 1901 zu verlanen. Der Staatsvoranschlag schließt mit einem ungewöhnlich hohen Fehlbetrag ab, welcher im ordentlichen Etat 2 005 282 M. und im Gesamtetat 14 844 178 M. beträgt. In betreff der Einführung der direkten Wahlen bemerkt die Thronrede, die Reform müsse, auf den bewährten Grundlagen der Verfassung weiter bauend, allen irdlichen Interessen des Landes und sämtlichen Gruppen der Bevölkerung eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung im Landtage sichern. Schließlich befragt die Thronrede, daß für alle Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern die direkte Wahl des Bürgermeisters und Gemeinderats eingeführt werden soll.

Ausland.

Die geheimnisvolle Affaire von Verona und die Socialisten.

Rom, 22. November 1901. (Fig. Ver.)

Im Januar 1900 wurde in der Etsch, in einen Sad eingeknütt, der Körper einer jungen Frau, „erfahrungsgemäß zerschneiden“, wie es in dem Gerichtsprotokoll hieß, gefunden und als der Leichnam einer gewissen Isolina Camilli recognoscirt. Der erste Verdacht fiel auf den Liebhaber der Isolina, den Lieutenant Trivulzio in Verona. Man erzählte, daß der Lieutenant mit einem seiner Kameraden in einer Nacht in dem kleinen Hotel Chiado seine Geliebte, welche schwanger war, betrunken gemacht und dann versucht habe, ihr die Leibesfrucht abzutreiben. Aber die Operation, die mit einer Zange vorgenommen worden, sei unglücklich verlaufen und das bedauerndwertige Opfer sei sofort gestorben. Den Rest mutmaßt man: der Körper ist entzwei geschnitten, in einen Sad gesteckt und in die Etsch geworfen.

Auf Grund dieser Berichte wurde der Lieutenant Trivulzio verhaftet. Aber der Corpzgeist der Armee wollte nicht zugeben, daß ein Offizier eines solchen feigen und widernatürlichen Verbrechens für schuldig befunden werden könnte, und so kam es, wahrscheinlich durch die Einschüchterungen seitens des Militärs, daß die Jengen verhaftet; die Untersuchung wurde nachlässig geführt, und schließlich wurde der Lieutenant aus der Haft entlassen und von seinen Kameraden und den Damen seines Geburtsortes als ein „Märtyrer für die Sache der Armee“ empfangen.

Aber die Socialisten von Verona wachten; sie setzten die Beschuldigungen gegen den Lieutenant Trivulzio, namentlich durch Artikel in ihrem Blatt „Verona del popolo“ fort. Der Lieutenant verklagte die Redactoren des socialistischen Blattes, insonderheit den Deputierten Todeschini, den Direktor des Journals. In diesen Tagen spielt sich der Prozeß in Verona ab, und neues Licht wird in die Angelegenheit gebracht, welche die Militärbehörden so gern im Dunkel gelassen hätten. Eine frühere Maitresse der Obdormanz des Lieutenants Trivulzio hat bekundet, daß ihr Liebhaber auf Geheiß des Lieutenants einen Sad aus dem Militärspital genommen und in die Etsch geworfen habe. In Legnago überraschten dieser Tage die Socialisten die Obdormanz, welche unter falschem Namen verfuhrte, sich seiner ehemaligen Geliebten zu nähern, wahrscheinlich, um sie zum Schweigen zu bringen. Ein anderer Zeuge hatte gesehen, wie zwei Männer, von welchen der eine die Stiefeln der Alpenjäger trug, einen Sad in den Strom warfen.

Der Prozeß wird in ganz Italien mit großem Interesse verfolgt; die Regierung hat mitgeteilt, daß sie den Verhandlungen mit großem Interesse folge, und daß, wenn es Schuldige giebt, diese unter allen Umständen zur Rechenschaft gezogen werden würden, auch wenn sie der Armee angehörten.

Oesterreich-Ungarn.

Gegen die preussische Kinderfoster. In Lemberg fand in der Nacht vom Montag auf Dienstag eine socialdemokratische Versammlung statt, in welcher über den Verlauf des Wiener Parteitages Bericht erstattet werden sollte. Da entgegen der Tagesordnung einzelne Redner sich in heftigen Angriffen auf die preussische Justiz wegen des jüngst vom Landgericht Wien in dem Schulinder-Prozeß gefällten Urteils ergingen, erklärte der Regierungsvertreter die Versammlung für aufgelöst. Die Teilnehmer zogen truppweise durch die Stadt in die Nochnachgasse, in welcher sich das deutsche Konsulat befindet. Das rasche Erscheinen der Polizeiwache trieb die Demonstranten, noch ehe sie dort angelangt waren, auseinander. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus sprach der Junggötze Holasly von „ungeheuren Greuelthaten“ der deutschen Regierung gegenüber polnischen Kindern und meinte, daß nach diesem Vorgehen der preussischen Behörden, das vergeblich bei den wildesten Vätern auf dem schwarzen Kontinent gesucht werde, die Behauptung Eisenlochs bezüglich der preussischen Freiheit der Wahrheit nicht entspreche. (Lebhafte Weisfall rechts.)

Frankreich.

Die China-Debatte. Nach der amtlichen Nichtigstellung stimmten in der Montags-Sitzung der Deputiertenkammer für die Anleihe von 265 Millionen 277, gegen dieselbe 225 Deputierte. Die Anleihe betrug 40 Socialisten, 27 Nationalisten, 65 Monarchisten, 38 Radikalen und 55 gemäßigten Republikanern. Melinc stimmte diesmal gegen das Ministerium.

Paris, 26. November. Deputiertenkammer. In der Dienstags-Sitzung wird die Beratung über den Anleihe-Entwurf fortgesetzt. Gauthier beantragt, daß im „Journal officiel“ eine detaillierte Aufstellung der für die Emission der Anleihe nötigen Ausgaben veröffentlicht werde. Finanzminister Caillaud bekämpft diesen Antrag. Der Antrag Gauthiers wird hierauf mit 293 gegen 215 Stimmen angenommen.

Der Minister des Auswärtigen, Delcassé, ist an der Grippe erkrankt. Die Interpellation Clovis Hugues über die Haager Konferenz ist deshalb vertagt worden.

„Ein Referendum über Milleand“. Zur Verichtigung von Dr. Ch. Kappaport in Nr. 275 schreibt unser Pariser Korrespondent: Der erste Punkt der Verichtigung ist überflüssig: eine Frage „lediglich bis zum Parteitag vertragen“ heißt auf deutsch daselbe, wie eine Frage dem Parteitag „unterbreiten“, nur das durch den ersteren, von mir gebrauchten christlichen Ausdruck zugleich besagt wird, daß die Antwaffsteller jeden anderen und früheren Ausweg abgelehnt wissen wollten, was thatsächlich der Fall ist.

Der zweite Punkt der Verichtigung hat mit meinen Ausführungen überhaupt nichts zu schaffen. Ich habe den „lediglich vorstreckenden“ Charakter des Generalkomitees ebensowenig „übersehen“, wie diejenigen Komiteemitglieder, die eine Entscheidung des Komitees verlangten, oder wie die — Mehrheit des Komitees, die „geschäberlich“ das Referendum anordnete, trotzdem die Partestatuten ein Referendum überhaupt nicht kennen. Die formale Unzulässigkeit aber einer Entscheidung des Komitees habe ich ausdrücklich erwähnt. Zum Glück setzte sich die Komitemehrheit über die formalen oder, wie Kappaport sagt, „legalen“ Mängelheiten ganz „rebellisch“ hinweg, weil eben Gefahr im Verzuge ist, weil die Milleand-Frage schon lange genug die Partei kompromittiert und sie mit jedem weiteren Tag immer mehr bloßstellt.

Wollte Kappaport seinen und den Revelinschen Verlagsantrag rechtfertigen, so hätte er gegen diesen Gedanken, der den Beschluß der Komitemehrheit diktiert hatte, argumentieren sollen, anstatt angebliche Irrthümer und Versehen meines Artikels „dringlichst“ zu verichtigen.

Paris, 25. November.

England.

London, 23. November. (Eigener Bericht.) Das freundschaftliche Verhältnis zwischen Eduard VII. und Wilhelm II. wird nächstens seinen Ausdruck finden in der Reise des deutschen Kronprinzen durch das Britische Weltreich. Eine längere Studienreise durch das demokratische Australien und das socialpolitisch so interessante Neuseeland würde auch den Söhnen der Ostelbier gut thun. Ihrem Geschmade gemäß würden sie freilich einen längeren Aufenthalt in den asiatischen Besitzungen Englands vorziehen.

Der Schatzkanzler Sir Hids-Beach wird gegenwärtig von den englischen Agrariern stark bearbeitet. Sie verlangen von ihm die Wiedereinführung des Registrierungsolls von 1 Schilling pro Quarter Getreide, der noch lange nach der Abschaffung der Kornzölle erhoben und von Gladstone beseitigt wurde. Dieser Plan ist allerdings nicht mehr neu. Doch im vorigen Jahre war er dem Schatzkanzler vorgelegt worden. Da indes damals andre Einnahmequellen zur Verfügung standen, wurde der Kornzoll abgelehnt. Der Fortgang des Krieges und die vom Schatzkanzler anerkannte Notwendigkeit neuer Steuern scheinen den Mut der Agrarier wieder belebt zu haben.

In einem Schreiben Lord Salisburys an eine konservative Organisation findet sich auch folgende Stelle: „Ich glaube, England ist das einzige Land, wo hervorragende Männer sich während eines großen Krieges wehrungen gehalten, als ob sie dem Feinde angehört. Was der Premierminister bedauert, ist seit langer Zeit mit Recht als das Beste Englands angesehen worden. Der grohartige Mut dieser hervorragenden „Reichsfeinde“ ist unter den gegenwärtigen Umständen noch das einzige Zeichen der politischen Reife Großbritanniens. Der Zufall wollte es, daß gleichzeitig mit Lord Salisburys Schreiben eine poetische Antwort auf das hämische Sonett Swinburnes erschienen ist. Der Freiheitdichter William Watson klagt in der „Daily News“ über den traurigen March der englischen Armee in Südafrika, die „ihren Weg mit erschlagenen Kindern und Säuglingen zeichnet“; er klagt über „das fremdartige und neue England, das im Selbstheil das Bischen der Welt ertränken möchte“.

Die große politische Versammlung, in der Lord Rosebery seine Programmrede halten soll, wird am 16. Dezember in Chesterfield stattfinden. In diesem Zwecke werden die Einrichtungen getroffen, den Wagenkutschen des dortigen Bahnhofs in einen großen Versammlungssaal zu verwandeln. Die Nachfrage nach reservierten Sigen ist bereits eine starke.

Amerika.

Ein Eingriff der Union. Eine Depesche aus Colon meldet: Die Marinesoldaten des Kriegsschiffes „Tova“ haben den Transitverkehr wieder hergestellt und beschaffen jetzt die Personenzüge. Ein heftiges Gesecht fand bei Empresso statt, auf beiden Seiten sind die Verluste schwer. Die Regierungstruppen unter dem Befehl des Gouverneurs Dr. Alban trüben nach Matahin vor und sind, wie gemeldet wird, inzwischen in San Pablo angekommen, wo ein weiteres Gesecht stattfand.

Ein venezolanisch-deutscher Zwischenfall. Nach Meldung des „Bureau Reuter“ aus Caracas soll Präsident Castro die Freilassung eines wegen Tötung eines Deutschen gerichtlich verfolgten Venezolaners angeordnet und damit eine politische Demonstration gegen Deutschland unternommen haben. Die venezolanische Regierung hat jedoch dem deutschen Geschäftsträger mitgeteilt, daß den zur gerichtlichen Verantwortung gezogenen Schuldigen beim „Wineta“-Zwischenfall in Puerto Cabello die höchste gesetzlich zulässige Strafe auferlegt worden sei.

Sociales.

Von entschlichem Glend zeugt folgende Mitteilung, der „Dresdener Zeitung“, die wahrscheinlich aus Lebereitsreisen stammt: In einer sächsischen städtischen Bezirksschule (eine nähere Bezeichnung giebt das Blatt leider nicht) veranstalteten mehrere Lehrer durch Befragen der Kinder eine stille Zählung, wie viel Kinder jetzt kein warmes Mittagsessen haben, und was diejenigen, die ein solches haben, meistens mittags essen. Es stellte sich heraus, daß ungefähr 25 bis 30 Prozent seit Monaten kein Mittagbrot haben, sondern statt dessen eine trodrene Vemme, das ist ein trodenes Stück Brot. Das sogenannte Mittagbrot der Glücklichsten bestand in rund 50 bis 60 Proz. aus Kartoffeln mit Leinöl; Fleisch, Speck, Wurst gab es nicht. Zu diesem herzerregenden Bericht gehören folgende Begleitworte der Herren Kerzle und Lehrer, durch deren Hände er gegangen ist: „Und von dem armen Volke wollen unsre Agrarier und Konservativen jetzt erhöhte Lebensmittelzölle nehmen! Sie müssen sich schämen!“ Es sind in verschiedenen Teilen Sachsens solche Zählungen vorgenommen worden; sie werden Aufsehen erregen, denn man wird sie nicht verborgen halten.

Fiskalische Socialpolitik. Wie der „Eisenbahn-Beamten-Zeitung“ mitgeteilt wird, hat die Verwaltung der sächsischen Staatsbahnen in einer vertraulichen Verfügung die Einschränkung des Erholungsurlaubs für die unteren Beamtenklassen in Anregung gebracht, obwohl gerade diese Beamten, ohne jede Entschädigung, alle Verkehrssteigerungen zu Fest- und Reisezeiten u. h. bewältigen müssen. Das genannte Fachblatt bemerkt zu der Verfügung mit vollem Recht:

„Solche Maßregel für einen Stand, dessen geistige und körperliche Kräfte durch einen anstrengenden Dienst bedeutend in Anspruch genommen werden, fördert die Berufsfruchtbarkeit nicht und erregt Unzufriedenheit zu Gunsten der Socialdemokratie. Daß diese ansehnend immer mehr Einfluss auf die Unterbeamten der sächsischen Staatsbahnen gewinnt, kann nach derartigen Verfügungen allerdings nicht überraschen. Das jetzige Vorgehen liegt weder im Interesse der Verkehrsfruchtbarkeit, noch ist es vom socialpolitischen Standpunkt aus zu billigen. Ganz besonders muß noch hervorgehoben werden, daß der Urlaub nur für die unteren Beamtenklassen eingeschränkt werden soll. Es sollen gerade die wieder bluten, die schon die kürzesten Zeiten und die längste Dienstzeit haben.“

Gegen socialdemokratische Bestrebungen schlägt sich der sächsische Staat dann durch Polizei. Da wird den Beamten einfach verboten, Socialdemokraten zu sein, und folglich giebt es keine socialdemokratischen Beamten.

Was sind die Sachsen doch helle!

Gerichts-Beilage.

In schroffen Widerspruch zu einer vielfach in Preßbeleidigungsprozessen geübten Gerichtspraxis hat sich ein Rechtsanwalt gestellt. Es handelt sich um ein gegen den Rechtsanwalt Dr. Ohlenschläger in Frankfurt a. M. angestelltes Beleidigungsverfahren, welches das Reichsgericht zum zweitenmale beschickte. Der Rechtsanwalt war angeklagt, die Eisenbahnverwaltung in Frankfurt a. M. durch einen Artikel im „Frankfurter Generalanzeiger“ beleidigt zu haben. Nachdem das erste Urteil vom Reichsgericht aufgehoben worden war, hat das Landgericht Frankfurt Herr Dr. O. am 3. Juni wiederum zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte war eines Sonntags über Wiesbaden nach Schwabach gefahren und hatte dabei über verschiedene Mißstände im Eisenbahnwesen zu klagen gehabt. Ein hierüber handelndes Eingeländ von ihm wurde von dem genannten Blatt aufgenommen. Das Landgericht hat Herrn Dr. O. den Schuß des § 193 (berechtigte Interessen) zugebilligt, aber in beiden Urteilen angenommen, daß er in der Form gefehlt habe und deshalb zu bestrafen sei. In der ersten Revisionsverhandlung am 3. April d. J. hatte der Reichsanwalt ausgeführt: „Es ist nicht gut denkbar, daß ein Mann, der den Mut hat, mit seinem Namen, in die Öffentlichkeit zu treten, die Absicht gehabt haben soll, zu beleidigen und sich mit sehenden Augen einer Beleidigungslage aussetzen. Es gehört doch ein gewisser Mut dazu, im Interesse des Publikums einen Mißstand öffentlich zu rügen und zwar mit voller Namensunterschrift. Es ist in Deutschland eine Seltenheit, daß jemand bei derartigen Gelegenheiten nicht anonym bleibt. Eine beleidigende Form ist in dem inkriminierten Artikel nicht zu finden.“ In diesem Sinne war dem auch das reichsgerichtliche Urteil ergangen. Trotzdem hat das Landgericht Herr O., wie oben bemerkt, in der neuen Verhandlung abermals zu 50 M. verurteilt. Bemerkenswert mag noch werden, daß das Landgericht die vom Angeklagten gerügten Mißstände als solche anerkannt hat. — Die von Dr. O. eingelegte Revision gegen das neue Urteil wurde heute vor dem Reichsgericht durch Rechtsanwalt Dr. Stulz aus Frankfurt begründet. Er legte dar, daß wiederum Form und Inhalt verwechselt worden seien und daß es an einer wirklichen Feststellung der Beleidigung fehle. — Der Reichsanwalt enthielt sich diesmal jeglicher Ausführung und beantragte einfach Aufhebung des Urteils und Verweisung der Sache an das Landgericht Wiesbaden. Das Reichsgericht entsprach diesem Antrage.

Sie wollen hoffen, daß die vom Reichsanwalt kundgegebenen Ansichten bei der Staatsanwaltschaft und bei den Gerichten Eingang finden. Mancher Beleidigungsprozeß, dessen für den Angeklagten ungünstiger Ausgang das öffentliche Rechtsbewußtsein tief bekränkt, würde dann vermieden werden. Selbstverständlich möchte noch ein Schritt weiter gegangen und dem Grundfay Geltung verschafft werden, daß es überhaupt keines mit gefunden Stimmen begabten Namens Ansticht ist, sich sehenden Auges einer Beleidigungslage aussetzen, gleichgültig ob dieser Mann als Verfasser mit seinem Namen hervortritt oder ob er das Amt eines verantwortlichen Redacteurs ausübt. In beiden Fällen ist es anerkanntswürdiger Mut, mit seinem Namen an die Öffentlichkeit zu treten, in beiden Fällen hat die deutsche Justiz aber bisher im vollen Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft Männer, die zu den Tapfersten und Besten ihres Volkes gehören, ins Gefängnis geschickt.

Der Prozeß Kriegshelm wurde gestern zu Ende geführt. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten von Kriegshelm in einem Falle der Urkundenfälschung und in zwei Fällen des versuchten Verurtheils für überführt und verurteilte ihn zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrverlust. Die Ehefrau von Kriegshelm wurde mangels hinreichender Ueberführung freigesprochen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 26. November. Dr. Arendt hat im Verein mit konservativen und freikonservativen Abgeordneten die folgende Interpellation eingebracht:

Ist es dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Kriegsteilnehmern, denen auf Grund des Gesetzes vom 1. Juli 1899 (Reichsgesetzbl. S. 309) die jährliche Weishilfe von 120 M. bewilligt ist, auch gegenwärtig wieder „mangels finanzieller Mittel“ die Auszahlung verweigert wird? Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um schleunigst und endgültig diesem Mißstande ein Ende zu machen?

Französische Deputiertenkammer.

Paris, 26. November. (Fortsetzung.) Im weiteren Verlaufe der Beratung über den Artikel 2 des Anleihe-Gesetzesentwurfs bringt Contant (Soc.) einen Antrag ein, von der chinesischen Anleihe jeder Familie, von der ein Sohn während des Lebens in China um das Leben gekommen ist, 10 000 Fr. zu bewilligen. Der Kriegsminister teilt diesem Antrage entgegen. Der Minister bittet das Haus, die Summen, welche etwa von der Entschädigung übrig bleiben würden, der Unterstützungskasse der Armee zuzuwenden, damit diese die Familien unterstütze, die im chinesischen Kriege ein Kind verloren hätten. (Weisfall.) Der Finanzminister bekämpft ebenfalls den Antrag. Dieser wird mit 283 gegen 188 Stimmen abgelehnt. Dumont (Radikal) stellt nunmehr den Antrag, von der Entschädigungssumme im voraus die zur Zahlung der Unterstützungen und Pensionen erforderlichen Gelder zu entnehmen, welche den Opfern der Expedition oder ihren Verwandten in aus- und absteigender Linie gewährt werden sollen. Der Finanzminister bekämpft auch diesen Antrag, derselbe wird jedoch mit 297 gegen 213 Stimmen angenommen.

Lafite bringt ein Amendement ein, dahingehend, in die Entschädigungssumme diejenige Summen aufzunehmen, welche erforderlich sind, um die Rechte der Offiziere und Mannschaften des Expeditionskorps zu wahren; man habe ihnen das Recht, Werte zu machen, genommen und einige Offiziere, welche Werte gemacht hätten, hätten dieselbe wieder herabgegeben müssen. Das entspreche nicht dem Geleh. Der Kriegsminister erklärt, die Regierung habe nur den Grundfay aufstellen wollen, daß das Deutemachen gesetzlich nicht gestattet sei. Das Princip sei gewahrt, wenn Offiziere, die sich Werte angeeignet hätten, geringe Teile derselben zurückerstattet hätten. Auf einer vollständigen Zurückzahlung werde er nicht bestehen. (Weisfall auf der Linken.) Lafite hält sein Amendement aufrecht. Lafite bringt einen Antrag ein, in welchem gegen die bedauerlichen Vorkommnisse protestiert wird, die eine Schande für das Land seien. (Weisfall auf der äußersten Linken.) Lebhafter Widerspruch auf der Rechten und im Centrum.) Lafite wird zur Ordnung gerufen. Sodann wird das Amendement Lafites mit 278 gegen 258 Stimmen abgelehnt und der Artikel 2 im ganzen angenommen. Die Sitzung wird alsdann aufgehoben. Fortsetzung Donnerstag.

London, 26. November. (W. H.) Gerichtlich verurteilt, es sei in dem gestrigen Ministerrate beschloffen worden, die Kritik der liberalen Presse dahin zu beantworten, daß die Regierung die Bedingungen, welche sie den Boeren anzubieten im Stande sei, veröffentlichten werde. Diese Bedingungen würden den Boeren nicht direkt zugestellt, aber dafür Sorge getragen werden, dieselben zur Kenntnis der Boeren zu bringen.

Reichstag.

97. Sitzung vom Dienstag, den 26. November 1901, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Pofadowsky. Präsident Graf Ballestrem begrüßt „alle Herren Kollegen auf das herzlichste“, gedenkt dann des Todes der Kaiserin Friedrich und rühmt sie als die Beschützerin „alles Guten und Edlen auf der Welt“, als die „legendreiche Herrin aller Armen und Edlen“.

Die Abgeordneten haben sich von den Plätzen erhoben und hören stehend die kurzen Erinnerungsworte, die der Präsident dem ermordeten Präsidenten Mac Kuleh, dem Fürsten Hohenlohe und den in der Zwischenzeit verstorbenen Abgg. Wender (C.), Wintermeyer (fr. Vp.), Dr. von Siemens (fr. Vg.), Johannsen (Däne), Dr. Schönlank (Soc.) und Dr. Vehr (natl.) widmet.

Der Präsident teilt noch mit, daß Abg. v. Frege (L.) sein Amt als erster Vizepräsident wegen „schwerer Krankheit“ niedergelegt habe. Nach der Verlesung der nächsten Tagesordnung soll auf die Sache zurückgekommen werden.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand derselben ist die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Strandungsordnung. Berichterstatter Abg. Dr. Semler (natl.).

Die Novelle wird ohne Debatte nach den Beschlüssen der Kommission unverändert angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Seemannsordnung mit den dazu gehörigen Gesetzen. Berichterstatter Abg. Dr. Semler (natl.).

§ 1 des Gesetzes wird in der Kommissionsfassung mit zwei lediglich redaktionellen Änderungen angenommen, ebenso die §§ 2 und 3.

Als § 3a hat die Kommission eine Bestimmung neu eingefügt, wonach der Bundesrat Vorschriften zu erlassen hat über Zahl und Art der Schiffsoffiziere, mit welchen die Schiffe zu besetzen sind, sowie über den Grad des Befähigungszeugnisses, das der Kapitän und die Schiffsoffiziere besitzen müssen.

Abg. Schwarz-Lübeck (Soc.) begründet einen Antrag Albrecht und Genossen, welcher verlangt, daß auch über Zahl und Art der Seeleute vom Bundesrat Bestimmungen zu erlassen sind.

Es ist unbedingt notwendig, daß auch über die Besatzungsverhältnisse der Schiffe bestimmte Vorschriften bestehen. Ein Schiff kann mit einem minderwertigen Kommandeur immer noch über See kommen, als mit einer minderwertigen Besatzung. Denn die Besatzung ist es, die die Arbeiten in Wirklichkeit ausführen hat. Deshalb müssen Bestimmungen über die Zahl der seemannisch geschulten Mannschaften entsprechend dem Raumgehalt des Schiffes erlassen werden. Es besteht jetzt die Meinung, die Zahl der Besatzung möglichst herabzusetzen. Es kommt vor, daß auf vier- oder fünfmastigen Schiffen nur 20-30 Mann vorhanden sind. Allerdings ist ja die Segelzeit, die Vorrichtungen der Takelage usw. sehr verbessert worden, aber ein so starkes Verkleinern der Besatzungszahl erscheint doch bedenklich. Viele Schiffe, die verschollen, oder untergegangen sind, hatten eine zu geringe Besatzung. Weiter müssen Vorschriften darüber erlassen werden, wie viele farbige Mannschaften neben der weißen auf einem Schiffe angestellt werden dürfen. Auf zahlreichen Schiffen giebt es heutzutage nur wenige europäische Mannschaften, die meisten sind Molanen, Chinesen usw., die der deutschen Sprache nicht fähig sind und infolgedessen die Kommandos nicht verstehen können. Auch die Zahl der Leichter muß besonders durch eine Vorschrift des Bundesrats festgelegt werden, um einer Ueberfüllung dieser Kategorie von Seemannern vorzubeugen.

Unterstaatssekretär Note:

Die Besatzungsfrage müßte durch ein besonderes Gesetz geregelt werden, dem Bundesrat kann unmöglich die Entscheidung über all die schwierigen Fragen aufgebürdet werden, die der Herr Vorredner berührt. Die Fassung der Kommission will lediglich die Frage des Befähigungszeugnisses für Kapitän und Schiffsoffiziere regeln. Aus diesem Rahmen fällt der Antrag Albrecht vollkommen heraus, und ich bitte Sie dringend, ihn abzulehnen.

Abg. Frese (fr. Vg.) wendet sich gleichfalls gegen den Antrag. Der Bundesrat kann unmöglich die Verantwortung für derartige Bestimmungen übernehmen.

Abg. Kirch (C.): Auch wir werden gegen den Antrag Albrecht stimmen. Der Grundgedanke des Antrages ist ein durchaus richtiger. Die Kommission hat sich ja auch auf denselben Standpunkt gestellt durch Annahme einer Resolution, die baldige Regelung der Besatzungsfrage durch ein besonderes Gesetz verlangt. Dem Bundesrat können wir diese Befugnis nicht erteilen.

Abg. Schwarz-Lübeck (Soc.):

Es handelt sich nicht nur allein um den Befähigungsnachweis der Offiziere, sondern auch um ihre Zahl und Art. Und in dieser Beziehung könnten sehr wohl auch Bestimmungen über die Seeleute angenommen werden. Man klassifiziert ja heute schon die Matrosen ebenso wie die Offiziere, es giebt Vollmatrosen, Halbmatrosen usw. Daß auf unseren großen Schiffen heute die genügende Besatzung vorhanden ist, waagt auch Herr Frese nicht zu behaupten. Im Interesse des Lebens der Besatzung ist dies aber dringend notwendig. Tatsache ist, daß bei den großen transatlantischen Dampfern die Mannschaft stark mit Arbeiten überlastet ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Stockmann (Sp.)

bittet ebenfalls, den Antrag Albrecht abzulehnen. Es ist freilich zuzugestehen, daß der Untergang mancher Schiffe durch eine ungenügende Zahl der Besatzung hervorgerufen ist, aber es ist doch fraglich, ob die Schuld in solchen Fällen immer den Reedern beizumessen ist. Auf ein solches Scharfspiel werden sich nur sehr wenige Reedereien einlassen. Mindestens ebenso wesentlich wie die Arbeit der Mannschaft ist doch auch die genügende Zahl und Qualifikation der Offiziere. Die Kommission hat mit Recht die Regelung der Mannschaftsverhältnisse in einer Resolution gefordert, aber im Rahmen dieses Gesetzes werden wir gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen. Gegen eine übermäßige Ansbetung der Seeleute durch die großen Reedereigesellschaften, die Abg. Schwarz rügte, ist in der neuen Seemannsordnung an anderer Stelle Vororge getroffen.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Albrecht und Genossen wird abgelehnt und § 3a in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 4 handelt von der Zusammenfassung der Seemannsämter. Nach der Kommissionsfassung sollen die Seemannsämter innerhalb des Reichsgebiets mit einem Vorsitzenden und zwei schiffahrtstüchtigen Beisitzern besetzt sein.

Abg. Cahenstey (C.) beantragt, daß einer der Beisitzer „den Kreisen der seefahrenden Seeleute entnommen sein muß.“

Herrler legt ein Antrag Albrecht (Soc.) vor, der sich in seinem ersten Teil mit dem Antrag Cahenstey deckt. Außerdem verlangt der Antrag Albrecht noch, daß die Verhandlung einschließlich der Verlesung der Urteile und Beschlüsse öffentlich und mündlich erfolgen soll. Endlich sollen die Schöffen außer den Reisekosten eine Vergütung von 5 M. für jede Sitzung, an der sie teilnehmen, erhalten.

Die Kommissionsfassung bestimmt weiter im § 4, daß im Auslande die Konsulate des Reichs für Hafenplätze die Seemannsämter bilden mit folgender Ausnahme:

„Ist ein Konsul Mitinhaber oder Agent der Reederei des Schiffes, so ist er von der Wahrnehmung der Geschäfte eines Seemannsamtes in Bezug auf dieses Schiff ausgeschlossen, wenn von dem beschwerdeführenden Schiffsoffizier oder der Mehrzahl der beschwerdeführenden Seeleute gegen seine Mitwirkung Widerspruch erhoben wird.“

Ein Antrag Albrecht (Soc.) will die Worte „wenn von“ bis „erhoben wird“ streichen und dafür setzen:

„In diesem Fall entscheidet der Schiffsrat, welchen der Kapitän unverzüglich aus den Schiffsoffizieren und einer gleichen Zahl von seefahrenden Schiffsteuten zu bilden hat.“

Abg. Cahenstey (C.) bittet um Annahme seines Antrages, erklärt aber, für den weitergehenden Antrag Albrecht nicht stimmen zu können.

Abg. Mehger (Soc.):

Die jetzige Art der Verhandlungen vor den Seemannsämtern nimmt die Interessen der Seeleute in keiner Weise wahr. Es kommt vor, daß den Leuten einfach eine Strafe zudiktirt wird und daß sie durch Drohungen veranlaßt werden, sich ohne weiteres mit dieser ihnen auferlegten Strafe zufriedenzulassen. Vielfach wird eine Verurteilung gegen die Entscheidungen der Seemannsämter auch unterlassen, weil die Leute keine Zeit haben, oder sich vor den Laufgerichten und Scherereien fürchten. Ein alter Kapitän hat in einer im Jahre 1897 veröffentlichten Broschüre über die Mißstände im Seemannsgewerbe erklärt, daß in keinem Hafen so viele Seeleute bei ihrem Eintritte in der Gerichtsbarkeit angeführt würden, wie in Hamburg.

Wieviel Trauer und Gland wird den Angehörigen dieser Seeleute bereitet, wenn die seelen Peinigen in das Gefängnis wandern müssen! Die hohen Strafen und die unangenehme Behandlung der Seeleute vor den Seemannsämtern bilden in allen Verhandlungen der Seeleute einen Gegenstand der Beschwerde und sind eine unerschöpfliche Quelle der Unzufriedenheit. Auch über die Beschränkung der Verteidigung wird allgemein geklagt. Wenn die Leute sich nicht ruhig der Entscheidung fügen, so werden sie verhaftet. Oft werden die Seeleute auch im groben Tone angefahren mit den Worten: „Wenn Sie den Mund nicht halten, so werden Sie verhaftet.“

Welche Summe von Gland und Unzufriedenheit steckt in den gewaltigen Strafsamten, die im Laufe eines Jahres von den Seemannsämtern verhängt werden! Gegenüber solchen Mißständen ist die Hinzuziehung eines Beisitzers aus den Kreisen der seefahrenden Seeleute und die Öffentlichkeit des Verfahrens vor den Seemannsämtern unbedingt notwendig, damit endlich der jetzt von den Seemannsämtern geübten Klassenjustiz ein Ende gemacht werde! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Pofadowsky:

Man hat kein Recht, die Rechtsprechung der Seemannsämter zu verdächtigen, wenn man nicht die Fälle nennt, für welche die Strafen festgelegt sind. Sollte es richtig sein, daß Kapitane sich herausgenommen haben, einen Seemann durch Drohungen zu verhindern, den ordentlichen Rechtsweg gegen die Entscheidung des Seemannsamtes zu beschreiten, so liegt darin das Vergehen der Rötigung, bei dem schon der Versuch nach dem Strafgesetze strafbar ist.

Gegen solche unlauteren Maßnahmen müssen die Seeleute den Strafrichter in Anspruch nehmen. Derartige Drohungen sind absolut ungesetzlich. Der Fall hier liegt aber anders. Die Seemannsämter sind Sachbehörden, keine Strafjustizbehörden. Sie haben lediglich die Seemannsämter festzustellen und zu untersuchen, ob ein Grund vorliegt, einem der Beteiligten sein Patent zu entziehen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Ist keine Strafe!) Das geschieht lediglich auf Grund der Gewerbeordnung, nicht des Strafgesetzbuches.

Was die Hinzuziehung eines Beisitzers aus dem Kreise der Seeleute anlangt, so hieße es ein vollkommen neues Moment in der Strafgesetzgebung hineintragen, wenn man die entscheidenden Instanzen nach Berufsgruppen zusammenfassen wollte.

Das wäre die Einföhrung einer Standesgerichtsbarkeit. Die verbündeten Regierungen haben gegen eine solche Bestimmung den allerentschiedensten Widerspruch erhoben. Es wäre auch bei der eigentümlichen Gestaltung des seemannischen Berufs eine schwere Gefährdung der unbedingt erforderlichen Disziplin, wenn unter Umständen ein Seemann entscheiden sollte über die Vergehungen der Kapitane oder der Schiffsoffiziere. (Sehr richtig! rechts.) Auch der Ausweg, daß man bei Vergehungen von Schiffsoffizieren etwa die Mitwirkung von Seeleuten anschlösse, würde das Prinzip der Standesgesetzgebung keineswegs einschränken. Ich bitte um Ablehnung aller gestellten Anträge. Nach § 111 dieses Entwurfes können Seeleute eine Verurteilung während der Reise auf See dem Kapitän vordringen, der zur Eintragung dieses Widerspruchs in das Schiffsbuch verpflichtet ist. Die Kautelen für die Seeleute sind also gegenüber dem bisherigen Zustande wesentlich vermehrt.

Abg. Kirch (C.) wendet sich gegen die über den Centrumsantrag hinausgehenden Anträge Albrecht. Es wird schwer sein, die geeigneten Kräfte für das Amt eines Schöffen zu finden.

Abg. Dr. Herzfeld (Soc.):

Nach den Beschlüssen der Kommission sind die Seemannsämter so zusammengesetzt, daß sie den Seeleuten, ja selbst den Schiffsoffizieren gegenüber nicht diejenige soziale Gerechtigkeit zu üben in der Lage sind, wie dies notwendig wäre. Das Moment der sozialen Fürsorge für die Seeleute kommt in der Kommissionsfassung nicht zum Ausdruck. Die See-Schöffen gerichte sind tatsächlich die einzige Instanz, die für die Seeleute in Betracht kommt. Die übrigen Instanzen kommen für sie nicht in Frage, denn es fehlt ihnen an Zeit und Geld. Deshalb muß diese einzige Instanz auch möglichst gut ausgestattet werden. Es ist ganz unabweisbar, daß die zwei „schiffahrtstüchtigen Beisitzer“ niemals aus den Kreisen der Seeleute genommen werden würden, wenn wir nicht eine solche Bestimmung ausdrücklich in das Gesetz aufnehmen. Von der Regierung in Hamburg und Bremen haben die Seeleute nichts zu erwarten, denn die ist aus den Reedern, den wirtschaftlichen Gegnern der Seeleute, zusammengesetzt. Was es mit der Disziplin zu thun haben soll, wenn ein Seemann über strafbare Handlungen des Kapitäns aburteilt, ist mir unverständlich. Gerade weil es sich vor diesen Gerichten nicht darum handeln soll, die Disziplin aufrecht zu erhalten, sondern darum, die soziale Fürsorge, welche die Seemannsordnung den Seeleuten geben will, durchzuführen, haben wir unsern Antrag in Bezug auf die Zusammenfassung der Seemannsämter gestellt.

Was nützen alle Bestimmungen über die Sonntagsruhe usw., wenn keine Justiz besteht, die für die Durchführung dieser Bestimmungen sorgt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn alle Bestimmungen im Interesse der Seeleute der Seemannsordnung nicht nur auf dem Papier stehen sollen, können Sie gar nicht anders, als unseren Antrag annehmen. — Daß es noch einen Abgeordneten im Reichstage giebt, der sich gegen die Öffentlichkeit des Verfahrens wendet, wundert mich nach den Erfahrungen, die wir bei dem Militärstrafverfahren gemacht haben, wirklich außerordentlich. Wer es mit der sozialen Fürsorge für die Seeleute ernst meint, für den muß diese Forderung einfach etwas Selbstverständliches sein. — Unausführbar ist unser Antrag nicht, aber es liegt in ihm ein Fortschritt, der bewirkt wird, daß die Seeleute sich auf der deutschen Flotte wohl fühlen können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Bundesratsvertreter für Bremen, Senator Dr. Pauli wendet sich entschieden gegen die Behauptung des Vorredners, daß der Senat von Bremen sich niemals von seinen Reedern abhängig

gezeigt habe. Daß von der Agitation unbefugte Seeleute (Heiterleit b. d. Sozialdemokraten) — ja wohl, dieser Zusatz ist sehr wichtig — in den Seemannsämtern vertreten sein sollen, kann in manchen Fällen ganz angebracht sein. Entschieden muß ich mich aber dagegen wenden, daß dies für alle Fälle durch das Gesetz festgelegt wird; insbesondere wäre es dann unangebracht und indirekt nicht im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin, wenn es sich um die Straffestsetzung für Vergehungen der Kapitane handelt.

Geheimrat v. Fouquieres:

Die sozialdemokratischen Vorwürfe gegen die Entscheidungen der Seemannsämter sind stark übertrieben. Die meisten Entscheidungen erkennen auf sehr niedrige Geldstrafen. Der Kommissionsbeschlus kommt den Wünschen nach Abänderung der bisherigen Verhältnisse in genügender Weise entgegen. Aber die Seemannsämter haben in keinem Fall eine Strafjustiz zu üben; die Anträge von Seemannsämtern auf Entziehung des Schiffahrts-Patentes sind sehr selten. Aber auch diese Patententziehung ist keine Strafe, sondern lediglich eine Verwaltungsmaßnahme. Die Hinzuziehung eines Beisitzers aus den Kreisen der Seeleute würde zu einer schweren Gefährdung der Disziplin führen. Die Organisationen der Seemannsämter im einzelnen müssen den Landesregierungen überlassen werden.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Ich bitte, sämtliche Anträge abzulehnen und es bei den Beschlüssen der Kommission zu belassen. Auch wir wünschen, daß die Seeleute ihr Recht finden, aber dies ist durch die Neuerungen der Kommissionsbeschlüsse genügend garantiert. In Hamburg herrscht gegen die Entscheidungen der Seemannsämter keineswegs eine allgemeine Entrüstung, wie fälschlicherweise behauptet worden ist.

Abg. Bargmann (fr. Vp.) erklärt sich für die Hinzuziehung eines Seemanns zu den Seemannsämtern und für die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr mit der Tagesordnung: 1. Wahl des ersten Vizepräsidenten des Reichstags; 2. Interpellation Wasser- mann betr. das Jüsterburger Duell; 3. Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Eisenindustrie und Coalspreise.

Wie schon bemerkt, ist die Eisenindustrie mit der Preisherabsetzung, die das Kohlenyndikat für nächstes Jahr oder richtiger gesagt Halbjahr festsetzte, nicht zufrieden. Man fordert größere Nachlässe, um billiger zu produzieren. Besonders sind es die Werke, die ihre Rohstoffe selbst fabrizieren, die eifrig gegen das Coals- und Kohlenyndikat zu Felde ziehen. Sie haben natürlich den größeren Vorteil gegen diejenigen reinen Walz- und puddelwerke, die daneben auch noch dem Roheisen-Syndikat ihren Tribut entrichten müssen. Diese doppelte Wehranlage der Werke hat, wie bekannt, schließlich zur Gründung eines Eisen-Einkaufvereins geführt. Der Verein wird Roheisen in großen Mengen einkaufen und damit dem Syndikat gefährlieh zu Leibe gehen. Vorläufig hält das Roheisensyndikat einige seiner Abnehmer durch den Prozeß über Erfüllung der Lieferverträge noch im Bann — es ist sogar abermals der Termin hinausgeschoben, um die Sache möglichst zu verschleppen —, sobald aber der Konflikt beendet ist, bekommt der Einkaufverein neuen Zugang. Heute gehören dem Einkaufverein 20 Werke an. Er hat also Aufträge zu vergeben, mit denen schon zu rechnen ist. Derselbe Weg geht gegen das Coals- und Coalsyndikat eingeschlagen werden. Es verlanget, daß die Interessenten der Eisenindustrie zu einem Kohlen- und Coals-Einkaufverein zusammenzutreten wollen. Diese Gründungen sind ein Zeichen der tiefen Mißstimmung über das Syndikalstreben, und wie im Eisen-Großgewerbe über die Geschäftsprognose des Kohlen- und Coals-Syndikats gedacht wird, bezeugt eine Zuschrift an die „Kölnische Volkszeitung“ aus diesen Kreisen:

„Der am 18. d. gefasste Beschluß des Ausschusses des Westfälischen Coalsyndikates, den Preis für Hochofencoals für das nächste Jahr nur auf 15 M. zu erniedrigen, hat in den Kreisen der beteiligten Hochofenbesitzer ungetrübten Ausdruck der Verwunderung hervorgerufen über die mangelhafte Einsicht, mit welcher diese Vereinigung in Begriffe ist, den Boden unter den Füßen sich zu untergraben. In erster Linie wird ja selbstverständlich durch diesen Beschluß, der übrigens insofern das schlechte Gewissen verärrt, als er einen sonst nicht üblichen Zusatz erhielt, daß der Preis unterschritten werden könne nur mit Zustimmung des Ausschusses, das Hochofen-Großgewerbe, soweit es eignen Coals nicht besitzt, gezwungen, in zweiter Linie aber auch das ganze deutsche Erwerbsleben, sowohl die Kohlen, als auch alle Eisen erzeugenden Werke; denn darüber wird heute kein Mensch im Zweifel sein, daß zu dem Preise von 15 M. nicht ein einziges Werk kaufen wird; vielmehr rechnet jedermann mit einer weiteren Erniedrigung des Preises. Die Verhältnisse finden eine interessante Beleuchtung durch die Vorgänge, welche im vorigen Jahre bei Festsetzung des Coalspreises für das Jahr 1901 in Belgien eintraten. Dort lagen die Verhältnisse insofern genau, wie bei uns, als die weiterverarbeitenden Werke in der denkbar schlechtesten Lage waren. Das belgische Coalsyndikat, eine richtige Zwillingsschwester unseres westfälischen, war kurzfristig genug, mit Gewalt den Preis von 24 Fr. nicht erniedrigen zu wollen. Das Ergebnis war, daß vor Ende Januar überhaupt kein Mensch in Belgien abgeschlossen hat, im Gegenteil: die Ofen wurden einfach vier Wochen lang gedämpft, und erst als man sich bequeme, einen Preis von 17 Fr. zu fordern, wurden die Abschlässe geöffnet.“

Die Folge war natürlich, daß die herrschende Unsicherheit den schlimmsten Einfluß auf den Markt der Fertigerzeugnisse hatte; die Werke konnten nicht liefern, und so ist auch darauf in etwa es zurückzuführen, daß Belgien so viel von seinen bis dahin beherrschten Märkten verloren hat. Nicht anders wird die Sache bei uns gehen; am Schluß werden die Folgen davon in erster Linie unsern heimischen Kohlenbergbau selbst drücken müssen. Es ist keine Frage, daß wenn das Coalsyndikat bei seiner jetzigen Haltung beharrt, ein wirtschaftlicher Kampf ausbrechen wird, wie er bei uns wohl noch nicht dagewesen ist. Dazu kommt, daß man heute in den Kreisen des Hochofen-Großgewerbes nicht daran denkt, auf Grundlage der alten Vertragskautelen, wie sie das Coalsyndikat aufgestellt hat, abzuschließen; insbesondere wird kein Mensch sich gefallen lassen, daß Verträge gethätigt werden, ohne genaue Festlegung dessen, wie viel Kohlenstoff der Coals enthalten muß, um die Beschaffenheit als Handelsware zu besitzen. Man wird unbedingt verlangen, daß die Gewähr geleistet wird, daß 88 Proz. Kohlenstoff im Coals enthalten sind, und daß das Recht besteht, Abzüge wegen geringerer Beschaffenheit zu machen. Selbstverständlich wird man auch verlangen, mit der alten Angewohnheit zu brechen, daß es heißt: der Coals ist ab Feste verkauft; Einwendungen, die man irgendwie gegen die Beschaffenheit macht, sind nicht maßgebend, falls sie nicht gemacht werden, ehe der Wagon von der Feste verladen wird. Als ob ein Werk in der Lage wäre, bei sämtlichen Duzend Feste, von denen es den Coals erhält, einen Vertreter hinzuziehen, welcher Einwendungen in dieser Hinsicht macht. Die Hochofenwerke werden sicher nicht abschließen, wenn nicht das Coalsyndikat von seinen alten Vertragsbedingungen, die bisher jeder Mensch unterschreiben mußte, ob er wollte, oder nicht, absteht.“

Das Briftensyndikat in Köln hat vor kurzem die Preise pro Wagon um 10 M. herabgesetzt und gestalltete sich das Geschäft dadurch lebhafter. Jetzt haben die anseherlich lebendern Werke eine Preisermäßigung von 15 M. eintreten lassen. Lebendern Werke fordern heute 80 M., die dem Syndikat verpflichteten Großhändler 98 M.

Die Großhändler schlossen sich zusammen, um bei den nächsten Abschlüssen ihren Interessen besser dienende Dispositionen zu treffen.

Die Gewinne der Standard Oil Co. Die Standard Oil Co. hat, wie bereits mitgeteilt, für das vierte Quartal d. J. eine Dividende von 8 Proz. erklärt und damit für das Jahr insgesamt eine Dividende von 48 Proz. oder 48 000 000 Dollar auf das Aktienkapital von 100 000 000 Dollar zur Verteilung gebracht.

Die hiesige Möbelfirma Ferd. Vogts u. Co. ist dem „Konflikt“ zufolge in Schwierigkeiten geraten und hat ihre Gläubiger zu einer stattfindenden Versammlung einberufen. Die Schwierigkeiten sind zurückzuführen auf Kreditentziehung seitens einer hiesigen Hypothekendarlehenbank. Es soll ein gültiges, alle Teile befriedigendes Arrangement in sicherer Aussicht stehen.

Einstellung des Hochofenbetriebes. Die Königin Marien-Hütte in Gainsdorf, das größte Eisenhüttenwerk in Sachsen, hat am Montagvormittag den gesamten Hochofenbetrieb eingestellt.

Kohlenförderung und Kohlenhandel im Oktober d. J. Die Kohlenförderung in Deutschland, die in den letzten zwei Monaten zurückgegangen war, zeigt im Oktober d. J. wieder eine Zunahme. Es sind 9 492 485 To. Steinkohlen gefördert gegen 8 740 862 im September d. J., ferner 4 190 499 (3 696 743) To. Braunkohlen, 755 942 (725 877) To. Coals und 821 951 (806 580) To. Britetts und Kohpreßsteine. Die Steinkohlenförderung ist also um 752 000 To., die Braunkohlenförderung um 484 000 To. gestiegen, Coals sind 80 000 To., Britetts 15 000 To. mehr gefördert als im Vormonat.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Die Waggon-Fabrik vorm. Herbrand verteilt eine Dividende von 5 Proz. (im Vorjahre 12 Proz.) — Die Oldenburger Eisenhütte schloß mit einem Reingewinn von 672 M. ab. — Die Neue Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft hatte im letzten Geschäftsjahre einen Betriebsergebnis von 162 M. — Die Schloßbrauerei Schöneberg erzielte einen Reingewinn von 340 986 M. Dividende 10 Proz. — Brauerei Pfefferberg verzeichnet einen Gewinn von 501 271 M. — Die Ebingener Leinenindustrie berichtet über einen Verlust von 73 709 M. In der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres ist nur die Hälfte des Betriebes in Tätigkeit gewesen. — Die Berliner Maschinenbau-Anstalt Schwarzkopff verteilt einen Reingewinn von 1 172 832 M. (im Vorjahre 1 539 074 M.) wie folgt: Dividende 10 Proz. = 1 080 000 M., Lantime an den Aufsichtsrat 54 614 M., Gratifikationen an Beamte 30 000 M., der Rest wird auf neue Rechnung gestellt. Das Werk in Venedig wird aufgegeben und befindet sich in Liquidation. Die Reorganisation der Betriebsverhältnisse in Wildau beanpruchte 7 021 601 M. Zur Zeit sind in Wildau 860 Beamte und Arbeiter beschäftigt. Die Direktion verlangt die Mittel zum Bau von 31 Wohnhäusern für ihre Beamten und Arbeiter. Diese Mittel sind genehmigt und die Bauten sofort in Angriff genommen und so gefördert worden, daß die Arbeiter- und Meisterwohnhäuser demnächst schon ihrer Bestimmung übergeben werden können. Im ganzen verfügt die Gesellschaft demnächst in Wildau über 266 Familienwohnungen und 134 Wohnungen für Unverheiratete.

Partei-Nachrichten.

Für den Reichstags-Wahlkreis Mülhhausen-Langensalza (3. Wahlkreis) nominierte eine Kreisorganisation der Genossen Grünwald-Erfurt als Kandidaten. Bisheriger Kandidat in diesem Kreise war der Genosse Kautzberger, der bei der letzten Wahl 4743 Stimmen gegen 5158 freisinnige und 7743 reichsparteiliche Stimmen erhielt.

Gemeindevahlen.

Einen glänzenden Sieg haben unsere Brandenburger Genossen bei den gestern und vorgestern stattgefundenen Stadtverordneten-Wahlen errufen. Man meldet uns telephonisch: Sämtliche sieben Kandidaten der dritten Abteilung wurden mit 2200 Stimmen gewählt, während die Gegner nur etwas über 700 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigten. Es wurde das erste Mal bezirksweise gewählt. Die gesamte dritte Abteilung ist nunmehr durch Socialdemokraten vertreten. Die Fraktion besteht aus 15 Genossen.

In Reiz wurde ein Socialdemokrat gewählt, während drei in die Stichwahl kommen.

Ein „Arbeiter-Jahrbuchlein“ für das Jahr 1902 hat die Socialdemokratische Partei der Niederlande kürzlich herausgegeben. Es ist gefüllt mit den Porträts der 7 socialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Kammer und enthält, neben einer Anzahl für die niederländischen Genossen wichtiger Notizen und wissenschaftlicher Mitteilungen, einen Bericht über die Tätigkeit der socialdemokratischen Fraktion in der zweiten Kammer in der Session 1900—1901 und eine Uebersicht über die wichtigsten Ereignisse in den übrigen Ländern. — Die Adressenverzeichnisse des Jahrbuchleins zeugen von der großen Ausdehnung der weitverzweigten Organisation und der wachsenden Macht der niederländischen Arbeiterbewegung. Es werden die Adressen von 44 an den verschiedenen Orten des Landes befindlichen Abteilungen der „Socialdemokratischen Arbeiterpartei“ mitgeteilt und dazu kommen noch 30 „Wahlvereine“ und 4 andre Organisationen, die sich der Partei angeschlossen haben. Unter den letzteren ist die „Socialdemokratische Lehrervereinigung“ besonders erwähnenswert, die einerseits im Sinne der modernen Gewerkschaften eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Lehrerschaft anstrebt, andererseits aber auch eine sehr nützliche Tätigkeit zur Verbesserung des Schulwesens entfaltet. Außer 11 Provinz-Vertrauensmännern, haben die Parteigenossen noch 30 „Propagandisten“ eingesetzt, die an den verschiedenen Orten des Landes die Agitation leiten. Ferner besteht ein „Socialdemokratischer Studienklub“, der in Amsterdam sein Sekretariat hat. — Die socialdemokratische Presse besteht aus einem Tagesblatt „Het Volk“, das in Amsterdam erscheint, 6 wöchentlich und einer täglich erscheinenden Zeitung. Außerdem erscheinen 32 Gewerkschaftsorgane. In 15 Städten des Landes sind die Arbeitervereine organisiert. — Im allgemeinen gewinnt man bei der Durchsicht des Jahrbuchleins den Eindruck, daß die Arbeiterbewegung auch in den Niederlanden in beständigem Fortschritt begriffen ist.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Die Minderjährigen-Vorschrift des sächsischen Vereinsgesetzes dient den Behörden jetzt zu Mahregeln, an die beim Erlaß der Bestimmung kein Mensch gedacht hat. Es wird folgender Ministerialentscheid in der Chemnitzer „Volkstimme“ veröffentlicht: Dresden, den 26. Oktober 1901.

Das Ministerium des Innern hat auf die Beschwerde, welche der Lagerhalter Wilhelm Enghardt in Oelsnitz i. E. unter dem 5./6. September d. J. gegen das von der Kreishauptmannschaft Chemnitz bestätigte Verbot einer für den 19. Juli in dem Gartengrundstücke des Gasthofs „zum braunen Hahn“ angemeldeten öffentlichen Volksversammlung erhoben hat, zu Gunsten des Beschwerdeführers nichts zu verfügen gefunden, da die angefochtene zweifelhafte Entscheidung der Kreishauptmannschaft vom 14. August dieses Jahres zu einem Einschreiten von Aufsichtswegen keine Veranlassung bietet, vielmehr ist der Kreishauptmannschaft darin beizupflichten, daß die Ortlichkeitsbehörden, in denen politischen Zwecken dienende Versammlungen abgehalten werden sollen, im Hinblick auf die einschneidende Vorschrift in § 1a des Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht so beschaffen sein müssen, daß die in der Versammlung gesprochenen Worte nicht auch außerhalb des eigentlichen Versammlungsraumes vernommen werden können.

Ministerium des Innern.

(gez.) v. Reiche.

Die Vorschrift in § 1a, das ist die Bestimmung, daß Minderjährige an politischen Versammlungen nicht teilnehmen dürfen. Nach dem sächsischen Vereinsgesetz bedürfen Versammlungen unter freiem Himmel, sobald sie auf Privatgrundstücken stattfinden, keiner Ge-

nehmigung, sind vielmehr ebenso zu behandeln, wie Versammlungen in geschlossenen Räumen. Die Polizei hat sich zwar schon immer Mäße gegeben, diesen Versammlungen mit verkehrspolizeilichen Bedenken zu rügen, aber die ziehen natürlich nicht immer; dagegen wird diese neueste, jetzt vom Ministerium sanktionierte Entdeckung immer ziehen. Nur wenn man ein Grundstück von der Größe des Tempelhofer Feldes, mit unübersteiglicher Mauer umgeben, zu Verfügung hat und die Versammlung inmitten des Platzes abhält, dann ist die Gewähr gegeben, daß nicht Minderjährige von außen zuhören.

Sachsen will sich seinen Ruhm, die klügste Polizei und die dümmsten Politiker zu haben, doch nicht nehmen lassen.

— **Durch Verbreitung eines Flugblattes gegen den Brotwucher** sollen zwei Parteigenossen aus Leipzig groben Unfug in Vorna verübt haben. Der grobe Unfug wurde in der „aufreizenden Sprache“ des Blattes entdekt. Sie wurden deshalb vom Schöffengericht in Vorna mit Strafe belegt. Wie hoch die Strafe ist, wird nicht berichtet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus den Gewerkschafts-Versammlungen. In der Versammlung der Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes in Rixdorf wurde bekannt gegeben, daß der Vorstand den Ausschluß des Mitgliedes Kurlewsky abgelehnt habe. — Der Verband der Graveure und Siseleure wählte die Mitglieder Leonhard und Gimbel zu Expedienten der Fachzeitung. Der bisherige Expedient hatte sein Amt niedergelegt.

Deutsches Reich.

Töpfermeister Stumm! In manchen bürgerlichen Zeitungen ist folgendes Inserat zu lesen:

40—50 Töpfer-Gesellen,

Berkschubarbeiter, stellt sofort ein die Ofenfabrik von

C. Reichart, Klein-Möhlau b. Maguhn.

Die Töpfer in dem genannten Orte sind ausgesperrt! In Klein-Möhlau, einem Dorfe von 350 Einwohnern, arbeiten nämlich soviel Töpfer wie oben angegeben. Die Töpfer sind gut organisiert. Sie sind — was für einen biederen Töpfermeister noch schlimmer ist — auch Socialdemokraten! Herr Reichart will aber nicht zugeben, daß in dem Dorfe, wo er gewissermaßen der Herr ist, sich die Socialdemokratie entwickelt. Um dieselbe anzurichten, entließ er 3 seiner Leute, die schlimmsten „Feger und Wähler“! Selbstverständlich legten hierauf sämtliche bei ihm arbeitenden Töpfer die Arbeit nieder. Darauf antworteten die übrigen dortigen drei Untermehrer mit einer Aussperrung ihrer Leute. Die Töpfer haben den Kampf aufgenommen und glauben auch, denselben siegreich zu Ende führen zu können. Im Interesse der Sache ist es aber nötig, daß kein Töpfer sich von einem derartigen Inserat verlocken läßt, nach Klein-Möhlau zu gehen.

Uebeldigung Arbeitswilliger. Das Schöffengericht in Uerdingen a. Rh. beschäftigte sich in einer seiner letzten Sitzungen mit dem verflochtenen Arefelder Sammetmacher-Streit. Zwei Frauen und ein Arbeiter sollten einige arbeitswillige Sammetmacher beleidigt haben. Das Urteil lautete bei den Frauen auf je 3 Wochen und bei dem Arbeiter auf 4 Wochen Gefängnis. Gegen das Urteil wurde Berufung angemeldet.

Bei der Gewerbeprüfungswahl in Firmasens siegte die Liste der Gewerkschaften über die des Christlich-Sozial-Demokratischen Volksvereins. Auf die Liste der Gewerkschaften fielen 1314 Stimmen, auf die der Gegner nur 290.

Versammlungen.

Generalversammlung des Central-Wahlvereins für Teltow-Weckow-Storkow-Charlottenburg.

Auf der Versammlung, die am 24. November um 5 1/4 Uhr in Schöneberg eröffnet wurde, waren 22 Orte durch 49 Delegierte vertreten, wozu noch der Vorstand, die Revisoren und die Delegierten zur Preh-, Agitations- und Lokal-Kommission kamen; im ganzen waren 59 Personen anwesend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Schönkank durch Erheben von den Plätzen.

Aus dem Bericht des Vorstandes, den der Vorsitzende Goetze erstattet, heben wir hervor, daß zwei Agitationstouren stattgefunden haben, von denen die zweite mit der Organisation des Einmüchens von Unterschriften unter die Petition gegen den Brotwucher verbunden war. Der vom Vorstand vorgeschlagene Weg hat sich als erfolgreich erwiesen, es sind 102 383 Unterschriften erhalten worden, darunter fast 9000 direkt vom Lande.

Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Eberhardt. Derselbe zeigt ebenfalls ein Vorwärtsgucken unserer Bewegung im Kreise. Während der Bericht des Vorjahres, abgesehen vom Bestand, eine Einnahme von 10 788,10 M. zeigte, ist diesmal eine Einnahme von 8627,22 M. zu verzeichnen gewesen. Dabei ist aber zu beachten, daß der Bericht sich nur auf dreiviertel Jahre erstreckt, weil der Verein erst mit dem 1. Januar ins Leben getreten ist, und ferner, daß viele Orte bei der Abfassung des Berichtes die Abrechnung vom 3. Quartal noch nicht vorgenommen hatten. Die Einnahmen sind daher gegenüber dem Vorjahre nicht unerheblich gestiegen, trotzdem der Wonsverkauf wegen der stärkeren Anspannung der Mitglieder in gewerkschaftlicher Beziehung und der ungünstigen Arbeitsverhältnisse stark zurückgegangen ist.

Entsprechend konnten auch die Ausgaben wachsen. Im Vorjahre betragen sie 9040,09 M., wovon 6451,35 M. zur Agitation verbraucht waren. In den dreiviertel Jahren wurden 9146,38 M. ausgegeben; davon wurden 1000 M. an den Parteivorstand in Berlin abgeführt und 6933,23 M. für die Agitation verbraucht.

Der Kassierer rügte, daß einzelne Orte die Einnahmen aus der Parteispedition nicht verrechneten, sondern zur Bildung von Specialfonds benutzten. Auch in der Diskussion wurde dies allgemein als durchaus unzulässig bezeichnet; es soll in Zukunft unbedingt unterbleiben.

Im übrigen wurde in der Diskussion getadelt, daß vom Parteitag in Lübeck nur in einer Versammlung Bericht erstattet wurde, in Zukunft soll dies, wie früher, in fünf Versammlungen geschehen. Weiter wurde allgemein gemißbilligt, daß die Protokolle vom Lübecker Parteitag an einzelnen Orten zu billigen Preisen (in Charlottenburg insoweit, in Schöneberg für 10 Pf.) abgegeben würden, als der Centralvorstand sie zur Verfügung stelle (30 Pf.); die Versammlung nahm eine Resolution an, in der für die Zukunft eine einheitliche Regelung für den ganzen Kreis verlangt wird.

Es folgten die Berichte der Preh-, Agitations- und Lokal-Kommission. Eine Diskussion schloß sich nur an den Bericht der Prehkommission, der von Goetze erstattet wurde. Er wies darauf hin, daß spätestens im Oktober 1902 der „Vorwärts“ in eigene Regie der Partei übernommen wird, womit wohl eine weitere Ausgestaltung verbunden sein wird. Freilich dürfe man weder in Bezug auf den Redaktionsstab noch auf die Gehaltsfrage sich von engherzigen Gesichtspunkten leiten lassen.

In der Diskussion wurde bezweifelt, daß der „Vorwärts“ in Zukunft eine eingehendere Berichterstattung aus den Vororten bringen werde, und speziell Vorchard wies darauf hin, daß es mit der Zeit nötig werden würde, eigene Blätter für die Vororte zu gründen; dieser Gedanke wurde jedoch allgemein verworfen, besonders scharf wandten sich Cuit und Schubert dagegen. Hoffmann meinte, der „Vorwärts“ könnte sehr bequem Raum für die Vororte gewinnen, wenn er den gewerkschaftlichen Teil erheblich einschränkte und die Berichte über Gewerkschafts-versammlungen den Gewerkschaftsblättern überließe. Demgegenüber betonten Cuit, Hendrichs und Vorchard, daß eine fortlaufende eingehende Orientierung über die Gewerkschaftsbewegung eine unabwendbare Pflicht des „Vorwärts“ sei; andern-

falls würde er den Lesern überhaupt keinen Einblick in die Arbeiterbewegung geben.

Auch die Gehaltsfrage der Redacteurs wurde gestreift und hierbei von einem Redner, Hoffmann, getadelt, daß „Vorwärts“-Redacteurs auch in andern Blättern Artikel veröffentlichten; allenfalls sei es zulässig, daß ein Redacteur einmal einen Artikel in der „Neuen Zeit“ schreibe, keineswegs aber dürften sie in Blättern schreiben, die, wie die „Socialistischen Monatshefte“, bei einem bürgerlichen Verleger erscheinen. Demgegenüber wiesen Wegler und Vorchard daraufhin, daß literarische Tätigkeit von Redacteurs keineswegs unter den Begriff der Ueberarbeit zu Zween des Gelderwerbes falle; je hervorragender ein Genosse ist — und es ist wünschenswert, daß der „Vorwärts“ von hervorragenden Genossen redigiert wird — um so angebrachter ist es, wenn er sich zu allen möglichen in der Partei auftauchenden Fragen äußert. Nicht immer kann dies in einer Tageszeitung, dem „Vorwärts“, geschehen, sondern je nach der Art der erörterten Fragen werde dazu eine Wochenchrift, wie die „Neue Zeit“ oder eine Monatschrift, wie „Socialistische Monatshefte“ geeigneter erscheinen. Was den Verlag der letzteren anlangt, so ist diese Frage ganz gleichgültig; es kommt lediglich auf die Haltung der Zeitschrift und den Inhalt der in ihr veröffentlichten Artikel an. In dieser Beziehung können sich die „Socialistischen Monatshefte“ durchaus neben die „Neue Zeit“ stellen.

Nach Schluß der Diskussion erfolgten die Wahlen zum Vorstand und den Kommissionen, deren Resultat wir bereits bekannt gegeben haben.

Die Berichte der Vorstände der örtlichen Wahlvereine und die Berichterstattung vom Lübecker Parteitag wurden von der Tagesordnung abgesetzt. Anträge lagen nicht vor. Die Versammlung wurde daher um 10 1/4 Uhr geschlossen.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am Sonntag, den 17. November, in Cobus Festsaal seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Die Abrechnung vom diesjährigen Stiftungsfest ergab einen Gewinn von 81,43 M. Aldam hielt Genosse Waldes Manasse einen lehrreichen Vortrag über: „Militarismus und Socialdemokratie“. Der Vorstand wurde beauftragt, in einzelnen Bezirken Versammlungen mit beschriebenen Vorträgen unter Teilnahme der Frauen einzuberufen. Dergleichen wurde auf die Arbeitsteilung des Vertrages hingewiesen und ermahnt, denselben strikte inne zu halten.

Nachdem auf die Erweiterung der Arbeitslosen-Abstempelung hingewiesen worden war, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Die organisierten Brauer hielten am 24. November ihre Monatsversammlung ab. Es war nicht nur der Saal des Gewerkschaftshauses gefüllt, sondern es fanden auch eine ganze Anzahl Neuzugewandene Mitglieder statt. Genosse Blatz referierte über: „Die Aufgaben der Gewerkschaft“. In der Diskussion wurde festgestellt, daß auf der Vorkraueri nach wie vor Sonntag 2 Stunden gearbeitet wird, daß die Brauerei Schweizergarten ihrem Personal einen Revue vorlegt, wozu die Betroffenen auf Bezahlung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit verzichten müssen u. a. m. Und das alles ein Jahr nach unrer glücklich beendeten Lohnbewegung, nach den feierlichsten und schieflichen Zusicherungen zu unserm Tarif seitens des Ringes der Brauereien. Und noch mehr, während die Arbeitslosigkeit gegenwärtig im kolossalen Maße steigt und die Aufhebung des von den Brauereien direkt einzustellenden Prozentsatzes von Arbeitstenden dringend geboten erscheint, mühen einige Brauereigewaltige diesen Prozentsatz nicht nur voll aus, sondern überschreiten ihn auch je nach Bedarf. 48 Fälle konnten sogar festgestellt werden, in denen die vorgeschriebene Meldung von direkt Eingestellten bei der Arbeitsnachweisleitung unterlassen worden war. — Eine recht merkwürdige Betriebsleitung scheint die Genossenschaftsbrauerei Friedrichshagen zu besitzen. Diese Brauerei, deren Bier fast ausschließlich von Berliner Arbeitern getrunken wird, glaubt es durchaus nicht nötig zu haben, ihre Arbeitsbedingungen anzuerkennen, insbesondere unsere Arbeitsnachweis. — Den noch anstehenden Bauauslagen wurde ein Voranschlag auf Sammellisten von 100 M. bewilligt, auch den späteren Ueberseh der Listen sollen sie erhalten.

Schöneberg. Am 19. November hielt der Socialdemokratische Wahlverein für Schöneberg seine Mitglieder-Versammlung ab. Dr. Vorchard sprach über das Thema: „Die Arbeiter und die Verwaltung der Kommune.“ — Der Referent behandelte in seinem Vortrage das Kommunalwahl-Programm der Socialdemokratie und ging mit der Stadtverwaltung scharf ins Gericht betreffs der Schulfrage, der Armenpflege und der Behandlung der Wohnungsfrage. Zum Schluß forderte er die anwesenden Genossen auf, dafür zu sorgen, daß die Vertretung unserer Partei ein solch starkes werde, daß man unsere Anträge eine größere Berücksichtigung angedeihen lassen muß. — An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Haupt, Meiling, Hoffmann, Däumig und Käter, die alle noch zur eifrigen Agitation zu der Stichwahl am 29. November aufforderten, damit unsere Kandidaten Vorker-mann und Obst den Sieg davontrogen mögen. — Zum Schluß wurden 15 Neuzugewandene vollzogen.

Die Kammmacher und Berufscollegen hielten am Dienstag bei Gold ihre Braucherversammlung ab, die von ca. 90 Kollegen, darunter einigen weiblichen, besucht war. Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen der Kollegen Ditz und Jüdnahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an: Die heute im Lokale von Gold tagende sehr stark besuchte Versammlung der Kammmacher und Berufscollegen erklärt sich mit den streifenden Kollegen der Firma Gerson, Ritterstr. 24, voll und ganz solidarisch, und verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Firma keine Hilfskräfte während dieses Kampfes erhält. Ferner verpflichtete sich die Versammlung, sich zu organisieren und dem dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande als treue Mitglieder zu dienen. — In begeisterter Stimmung gingen die Kollegen auseinander, nachdem noch zwei Kollegen in die Kommission gewählt worden, die jetzt aus 10 Mann besteht.

In Lichtenberg tagte am 19. d. M. eine Versammlung der Bauarbeiter, welche sich mit der Aufstellung der Kandidaten zur Gewerbeprüfungswahl zu beschäftigen hatte. Aufgestellt wurden 1. Zimmerer Oskar Sander, Friedrichsberg, Rieher Weg 13; 2. Bauhilfsarbeiter Hermann Finster, Friedrichsberg, Gürtelstr. 29a; 3. Maler Moritz Hentschel, Friedrichsberg, Frankfurter-Chaussee 29; 4. Maurer Bohlsmeier, Friedrichsberg. Nach einem Appell des Vorsitzenden, sich recht regen an der Agitation zur bevorstehenden Wahl zu beteiligen, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Rödenitz. Am 19. November hielt der hiesige socialdemokratische Wahlverein eine Versammlung im Hotel Kaiserhof ab, in der Genosse Schubert-Schöneberg über: „Die preussische Volksschule, wie sie ist und sein sollte“ sprach. In der Diskussion über den Vortrag nahm auch der Rektor einer hiesigen Volksschule das Wort. Seine Ausführungen gipfelten namentlich in Lobpreisungen auf die von ihm geleitete Schule. Nachdem noch drei Genossen dem Vorstande als Wahlkomitee beigegeben, und weitere drei Genossen als Rechnungsrevisoren gewählt waren, wurde noch auf die künftigen Vertragszähler hingewiesen und ihnen eine Frist bis Ende Dezember bewilligt.

Verein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins. Morgen 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Vortrag von Frau Dr. J. Springer über: „Alkoholfrage und Frauenfrage“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerst., tag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

N. 6. 25. Besten Dank für Ihren Hinweis, läßt sich leider nicht verwenden. Dem Zeugen würde nicht die Erlaubnis erteilt werden, in der Sache auszusagen.

Adolf M. 1. Der von Ihnen gewählte Testamentsinhalt entspricht nicht ganz den gesetzlichen Vorschriften, weil er das Pflichtteilrecht der

Mutter verlegt. Der Pflichtteil der Mutter beträgt 1/3 des Nachlasses ihrer Frau. Sie erreichen ihren Zweck am besten durch Kombination der No. 56 und 57, also etwa so: Ich usw. setzen als Erben ein: 1. und nebenbei, 2. meine, der Ehefrau Mutter, 3. die und die. Die Mutter soll sich mit dem Pflichtteil begnügen. Der Überlebende von und soll bis zu seinem Tode zur freien Verfügung über die Erbschaft, zur Verwaltung und Ausübung des gesamten Nachlasses berechtigt sein, so daß an die unter 3. genannten aufgeführten Erben nur das fällt, was bei dem Tode des Überlebenden von dem beiderseitigen Nachlass noch vorhanden ist. Die zu 3. Aufgeführten haben das beim Tode des Überlebenden vorhandene gleichmäßig untereinander zu teilen. Überlegen Sie sich, ob es sich nicht empfiehlt, dem Überlebenden die vollkommen freie Verfügung auch von Todeswegen zu lassen: die Voraussetzungen entfernterer Verwandten hat oft etwas Mißliches. Für diesen Fall würde Nr. 56 genügen. 2. Sie können bestimmen: Mein, der Ehefrau, Schwester u. soll das Doppelte als jeder der andern Erben mit der Auflage erhalten, die Hälfte dieser Summe zu Gunsten des geschiedenen H. zu verwenden. 3. Es ist eine solche Bestimmung überflüssig. 4. Sie nehmen das beim Amtsgericht I lagernde Testament am zweckmäßigsten zurück. Das neue Testament können Sie einem Notar oder dem Gericht (Amtsgericht II, Palaststr. 29/31) zur Aufbewahrung übergeben, brauchen das aber nicht, sondern können es bei sich aufbewahren. (S. 92 des Jahrbuch.)

W. v. u. G. G. St. Vorsitzender des Landwerber- und Bauvereins ist Herr Franz Schull, Rindorf, Reichstr. 202. — 5. Wetende. Ein Weib, das den früheren Ehegatten berechtigt, seinem geschiedenen Gatten die Einziehung einer neuen Ehe zu verweigern, gleich es nicht. Ist die Ehe wegen Ehebruchs geschieden, so verbleibt das Weib die Ehe zwischen dem Ehegatten. Jedoch ist Dispensation zulässig. — **H. W.** Mit einer Klage

gegen die Heilliche Gedamme bringen Sie nicht durch. Es empfiehlt sich aber eine Beschwerde beim Kassendirektor. — **Schneider.** Die Klage hätte nur dann sichere Aussicht auf Erfolg, wenn nachgewiesen wird, daß der Sohn vergeblich sich an den Vater gewendet hätte. Der unterfertigte Teil hätte die Kosten, auch die eines Anwalts, zu tragen. Ein Beispiel für solche Klage auf Erlass des für den Sohn veranlagten finden Sie Seite 214, Nr. 2 des dem Arbeiterrecht beigegebenen Jahrbuch. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **W. S. H. 999.** 1. und 2. Ja. 3. Nein. — **H. W. 100.** 1. Reichstr. 24. 2. Nein. Sie thun am besten, dieselbe mit dem Kassendirektor in Verbindung zu treten. 3. Ja. — **Max Paul.** Eine Beschränkung einer Ausweisung wegen Bestrafung tritt nicht ein. Es läßt sich nur ein Versuch um Aufhebung der Ausweisung an die Behörde richten. — **Wiel.** Am 22. Mai 1895 wurde ein Gesetz angenommen, welches den „völlig erwerbsunfähig gewordenen“ Kriegsteilnehmern einen Ehrenlohn von 120 M. jährlich verspricht. Dies Versprechen wurde nicht eingelöst, weil die hierzu erforderlichen Mittel nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt wurden. Auf Drängen des Reichstags wurde die zur Erfüllung des Versprechens angelegte Summe erhöht. Die Anregung der Sozialdemokraten, hinreichende Mittel einzusetzen, fiel auf unfruchtbaren Boden, ebenso ihre Anregung hat 120 M. 360 M. zu gewöhnen. Die Unzulänglichkeit der Mittel und der Umstand, daß der Begriff völliger Erwerbsunfähigkeit außerordentlich eng ausgelegt wurde, veranlaßte den Antrag Richter: Abhilfe zu verlangen und als Begriff der Erwerbsunfähigkeit den des Invaliden-Versicherungsgesetzes für ausreichend erachten zu lassen. Die allgemeine Sympathie, die dem Antrag am 11. Januar 1901 entgegengebracht wurde, gelang am 6. März desselben Jahres in eine Ablehnung des Antrages um. Die Mehrheit beschloß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger anderer Abgeordneten, den Reichstagsrat nur um Erhebungen zu ersuchen. Von den Erhebungen ist bislang nur das Eine an

licht der Öffentlichkeit gedrungen, daß die Regierung des „dankebaren Vaterlandes“ für eine künstliche Feuerung des Lebensunterhaltes um mehr als 120 M. jährlich zu haben ist. — **D. R. Reindorf.** Rein. — **J. W. Plan.** 1. Ein Handlungsgeselle und ein Handlungslehrling behält im Falle einer Erkrankung nach Art. 63 unverzinst, jedoch nicht über die Dauer von sechs Wochen hinaus, seinen Anspruch auf Gehalt und Unterhalt. Ist dies Recht durch Vertrag aufgehoben oder beschränkt, so ist es fränkerversicherungspflichtig. Die Streikfrage, ob ein D. auch dann fränkerversicherungspflichtig ist, wenn nur die gesetzliche Kündigungspflicht (Wochenentlohn, zum Quartalslohn) zu einer kürzeren besteht, ist, ist dem Oberverwaltungsgericht, Kammergericht und Reichsgericht in Uebereinstimmung mit unren Darlegungen bejaht. 2. Der Verfall des Arbeitgeberers ist einschließend. 3. Jeder größere Fabrikant ist Kaufmann. Sein gewerbliches Personal ist in der gewerblichen Klasse versicherungspflichtig. 4. Der Anspruch auf Zahlung der Kostenbeiträge verfährt in einem Jahr nach Ablauf des Jahres, in dem der Anspruch entstand. Die 1899 fällig gewordenen Beiträge sind also verjährt, die im Jahre 1900 fällig gewordenen verjährt mit Ablauf dieses Jahres. Ueberdies hat der Arbeitgeber in dem Fall, in dem er nicht angemeldet hatte, sämtliche Krankenkosten der Klasse zu tragen. — **Schauen** Sie sich eine Ausgabe des Krankenversicherungs-Gesetzes, 3. A. die im Güttingerischen Verlag unter Nr. 20 der deutschen Reichsgesetze erschienen, an. — **R. R. 100.** Das vorhandene Vermögen gehört dem Vater. Einer zweiten Heirat muß eine Auseinandersetzung mit den minderjährigen Kindern vorausgehen. Liegt kein Nachlaß vor, so entfällt bei dieser Auseinandersetzung auf die Kinder nichts. — **R. W. Steuer.** Ja: der Verdienst der Ehefrau wird dem Familienhaushalt zwecks Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens zugerechnet. — **H. S. 4.** Nur wenn minderjährige Kinder vorhanden sind, muß (durch das Amtsgericht) eine Auseinandersetzung stattfinden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, 27. November.
Opernhaus. Don Juan. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Emilia Galotti. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Geisha oder: Eine Theaterschicksale. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Mütter. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der rote Hahn. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die rote Kugel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. Die Heiden Feinde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshaus. Sein Doppelgänger. Soubor: Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reue. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Maskenball. Anfang 7 1/2 Uhr.
Serephonsbühne. Delleo Dissen-cron's Buxtes Brett. Anfang 8 Uhr.
Central. Schauspiel von Lolo Fuller und Sada Yacco mit ihrer Gesellschaft aus Tokio. Die Geisha und der Ritter. Réza. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Schiedsmann Hempel. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Pläne, die zweite Frau. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Kindervorstellung: Prinz Diamant.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Offenbach-Epilog. Pariser Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Helles-Alliance. Onkel Bräutigam. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Berlin W.—Berlin N. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Myos. Spezialitäten-Vorstellung. König Kana. Lustballett „Grigolatis“. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshaus. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater um 8 Uhr.) Ueber den Wolken. Im Hörsaal: Die Erdmetalle. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.
Passage-Panoptikum. Den ganzen Tag geöffnet. Die Togo-Neger- und Singhalessen-Karawane, 43 Personen, darunter 24 junge hübsche Togo-Mädchen. Die Schlacht bei Wörth etc.
6 Lilliputaner. Die einzig in der Welt dastehen. Nur noch kurze Zeit!
Castans Panoptikum. Neu!! LordKitchener De Wet, Botha. Die wunderbare Illusion: „Aller-seelen“ mit Musik- u. Gesang-Begleitung.
Carl Weiss-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Heute nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung. Keine Preise!
Prinz Diamant. Kindermärchen u. Gesang in 5 Bildern und einer Apotheke von H. Tschowkowski. Musik von H. Wäber. Abends 8 Uhr:
Pläne, die zweite Frau. Schauspiel in 5 Akten nach dem Roman in der Gartenlaube von E. Maritt. Donnerstag: Zum erstenmal: Der Lumpensammler von Paris.
Apollo-Theater. Abends 8 1/2 Uhr: Mit kolossalem Erfolg: **König Aqua.** Im 3. Bilde: Grosses Ballett unter Mitwirkung des Luftballetts: „Grigolatis“. Former: **La Roland.** Königin des Serpentinanzes und 8 auserlesene Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol-Theater. Zum 94. Mal: **Schön war's doch.** Gr. Berliner Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern. **Emil Thomas a. G. Josephi.** **H. Bender. — G. Kaiser.** **E. de Veré. — Frid-Frid.** **!! Bender als Saharet !!** Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Thalia-Theater. Dresdenerstr. 72/73. **Die Badepuppe.** Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Guido Thiescher, Paula Worm, Helmerding, Junkermann, Paulmüller, Wannovius, Junker-Schatz. Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntagnachmittags 3 Uhr: Kleine Preise. Das Geheimnis der alten Wamiel.
Schall und Rauch. Unter den Linden 44. Mittwoch, den 27. November: **Vorstellung** vor **Serenissimus.** Anfang 8 1/2 Uhr.

Passage-Theater.
Gastspiel von **Mme. Jourda** vom Theater „Vaudeville“ in Paris in ihrer berühmten Imitation von **Sada Yacco.**
Lotte Sebus. „Mascagni“. Italienisches Operntrio. 16 erstkl. Nummern!
Casino-Theater. Lothringenstr. 37. Das phänomenale Spezialitäten-Programm. Nur noch diese Woche! **Berlin N. — Berlin W.** Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.
W. Noacks Theater. Neuenhoferstr. 10. Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung. Donnerstag: **Der Waldteufel.**
Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsort! Täglich: Internationale Konzerte. Spezialität: Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften. **Special-Ausschank der Berliner Beck-Brauerei.** Vorzügliches Köche. Gut gepflegte Biere.
Reichshallen. Stettiner Sänger. „Bosco“. „Zindens-Hst“. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Passage-Theater.
Gastspiel von **Mme. Jourda** vom Theater „Vaudeville“ in Paris in ihrer berühmten Imitation von **Sada Yacco.**
Lotte Sebus. „Mascagni“. Italienisches Operntrio. 16 erstkl. Nummern!
Casino-Theater. Lothringenstr. 37. Das phänomenale Spezialitäten-Programm. Nur noch diese Woche! **Berlin N. — Berlin W.** Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.
W. Noacks Theater. Neuenhoferstr. 10. Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung. Donnerstag: **Der Waldteufel.**
Deutsche Konzerthallen. An der Spandauer Brücke 3. Vornehmst. Vergnügungsort! Täglich: Internationale Konzerte. Spezialität: Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften. **Special-Ausschank der Berliner Beck-Brauerei.** Vorzügliches Köche. Gut gepflegte Biere.
Reichshallen. Stettiner Sänger. „Bosco“. „Zindens-Hst“. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Achtung! 32. Kommunalwahlbezirk (Rosenthaler Vorstadt).
Donnerstag, den 28. November 1901, abends 8 1/2 Uhr, bei **Dietrich, Brunnenstraße Nr. 34:**
Kommunalwähler-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Nachwahl im 32. Bezirk.
2. Diskussion.
3. Aufstellung eines Kandidaten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Das Komitee.
Verein abstinenten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins.
Donnerstag, den 28. November, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Platz 15:
Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. „Alkoholfrage und Frauenfrage!“
Referentin: Fräulein **Dr. Jenny Springer.** 2. Diskussion.
Zahlreiches Besich, besonders der Frauen Berlins, erwartet. **Der Vorstand.**
„Es werde Licht!“
Verein zur Unterhaltung u. Belehrung.
Donnerstag, den 28. November 1901, abends 8 1/2 Uhr: im **Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45:**
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **V. Bartels:** „Die Schule, Wissen und Bildung.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 292/30
Männer, Damen und Herren, sehr willkommen. **Der Vorstand.**
Orts-Krankenkasse der Gürtler.
Die Wahl von 98 Vertretern der Arbeitgeber zur Generalversammlung findet am **Samstag, den 1. Dezember** er., vormittags 11 Uhr, im **Graumanns Salon** (kleiner Saal), Rammstraße 27, statt.
Die Deputierten der Arbeiter, welche für die von ihnen beschickten Kassensmitglieder Beiträge aus eignen Mitteln zahlen, werden zu dieser Wahl hierdurch ergeben eingeladen. — Leitung über gezahlte Beiträge legitimiert.
Für Arbeitnehmer findet daselbst (im großen Saal) Neuwahl von 202 Vertretern der Kassensmitglieder zur Generalversammlung statt.
Der Wahlakt beginnt um 9 Uhr vormittags und endet um 2 Uhr nachmittags. — Wähler sind sämtliche großjährige Mitglieder. — Nur Mitgliedsbuch legitimiert.
Berlin, den 27. November 1901.
Der Vorstand: G. Knoll, Vorsitzender.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Steuerrath **Hermann Landgraf** verstorben ist. 240/1
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Verleidergasse 10 aus nach dem Johannis-Richhof in Pflanzsee statt.
Der Vorstand.
Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter.
Vorwaltung Berlin O.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Steuerrath **Hermann Landgraf** am 24. November verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 28. November, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause Verleidergasse 10 aus nach dem neuen Johannis-Richhof (Pflanzsee) statt.
Um rege Beteiligung ersucht 182/19 **Die Cassenverwaltung.**
Am 24. November starb nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftföher **Robert Lertz** aus Nordhausen im Alter von 62 Jahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 27. er., nachmittags 3 Uhr, von dem Trauerhause Deumeystr. 24 nach dem neuen Johannis-Richhof in Schöneberg statt. 22506
Das Personal der Firma **H. S. Hermann.**
Codes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau und unsere gute Mutter **Anna Grosser** nach schwerem Leiden am Montag früh 7 Uhr entschlafen ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, 28. November, nachmittags 4 Uhr, vom Kirchdorfer Gemeinde-Richhof, Rudowersstraße aus statt. Um stille Beileid bitten. **Otto Grosser** nebst Kindern.
Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer (Ortsverwaltung Berlin VI.)
Todes-Anzeige.
Am 22. d. M. verschied das Mitglied unserer Kasse, der Zimmerer **Gustav Schmiele** im Alter von 44 Jahren.
Die Beerdigung findet am 28. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemaner-Richhofs aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 259/17 **Der Vorstand.**
Dankfagung.
Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Pauline Hornmuth** geb. Haberlandt sage ich allen Freunden, Bekannten und Kollegen meinen herzlichsten Dank. Insbesondere meinen Sangesbrüdern von der Typographia für den schönen Gesang. 22826
Gustav Hornmuth, Buchdrucker.
Gänsefedern
mit allen Dingen, ungerissen 1,30 bis 1,50, gerissen 2,00—3,50. (27245)
Paul Pagelow, Wrielen (Oderbruch).
Wer Stoff hat!
fertige unter Garantie taubelosen **Stoffes**, gute Zusätze, **Anfang 18 M., Winterpaletot 18 M.**
Alexander Schmidt, Wienerstr. 1—6, Ecke Schlichterstraße, vorn 1 Tr.
Eingang von **Stalitzerstraße** aus. **Wri Stoff** Anfang von 27 M., Winterpaletot v. 28 M. an (22844)
Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden, **Seyditzstr. 9.** Sprechstunden: 1/2, 12—1/2, 1/2, 1/2, 1/2.

Ediller-Theater (Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr: **Die Mütter.**
Schauspiel in 4 Akt. v. Georg Hirtfeld.
Donnerstagabend 8 Uhr: **Lysanders Mädchen.**
Soubor:
Die Komödie der Irrungen.
Freitagabend 8 Uhr: **Die Mütter.**
Central-Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Nur noch 4 Gastspiele.
Schauspiel **La Lolo Fuller** und **Sada Yacco**, genannt die japanische Duse mit ihrem aus 30 Japanern bestehenden Schauspiel-Ensemble des Kaiserl. Theaters in Tokio.
Morgen und folgende Tage: Gastspiel **Sada Yacco** und **Lolo Fuller.**

Palast-Theater (früher Feen-Palast) Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Berlin amüsiert sich über das sensationelle **Rovitäten-Programm.**
Um 9 Uhr! Um 9 Uhr!
Die abendlich mit jubelndem Beifall ausgenommene große **Ausstattungsurkunde**
Grossstadtzauber
Gustav Puffig: Direktor R. Winkler. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf vom v. 11—1 Uhr.

Palast-Theater (früher Feen-Palast) Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Berlin amüsiert sich über das sensationelle **Rovitäten-Programm.**
Um 9 Uhr! Um 9 Uhr!
Die abendlich mit jubelndem Beifall ausgenommene große **Ausstattungsurkunde**
Grossstadtzauber
Gustav Puffig: Direktor R. Winkler. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf vom v. 11—1 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. „Bosco“. „Zindens-Hst“. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag und Dienstag **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**
Nach jeder Souree: **Tanz.**
Neu! Neu! Neu!
Lehmanns Heimkehr.
Entree 50 und 75 Pf. Wochenends Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbeiträge gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Sätze zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Quer durch Paris (A. Travers Paris).
Schlußakt: Nordseebad Scheveningen.
Soubor: Riesen-Programm.
Mr. Thompson vollständig neue
Elefanten-Nummer.
Die neuesten Originalaufnahmen des Direktors **Albert Schumann.**
Mr. Chester Johnstone, der phänomenale Amerikaner mit seinem vollständig neuen Akt, sowie die übrigen neu engagierten Spezialitäten.

Ein Gewerkschaftsbeamter,
der zugleich das Arbeitersekretariat der neutralen Gewerkschaften der Kreise **Altena-Iserlohn** zu verwalten hat, wird spätestens zum 1. Februar 1902 gegen ein Honorar von 1500 M. pro Jahr gesucht.
Gewisse Reflexionen, die außer den einschlägigen Bureauarbeiten die sozialpolitische Gelehrsamkeit genau kennen und vor allem auch für **Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung** brauchbare Kräfte (als Redner) abgeben, wollen ihre Bewerbungschriften mit kurzen Lebenslauf und näheren Angaben über ihre letzte Tätigkeit in der Arbeiterbewegung gef. umgehend einreichen.
Kreis-Gewerkschaftskommission für Altena-Iserlohn.
Adresse: Vorsitzender **Ad. Grünrock, Redacteur** des „Genossenschaftigen“ zu Hohenlimburg i. W.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Spezialitäten. **J. H. Hätt.**
Sonntags 5 Uhr. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**
Wo amüsiert man sich grossartig?
In **Schnegelsbergs Festsälen** Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
Fnd.: **Max Schindler.**
Heute: **Grosser Ball** verbunden mit **Cigarren-, Bomben-Regen** und diversen Ueberraschungen. 27172*
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Cirkus Busch
Mittwoch, 27. Novbr., abends 7 1/2 Uhr: **Große brillante Vorstellung.** Vorzügl. Programm und Brandenburg.
Hoffmanns Volksgarten Westend
Sind Säfte für Sonnabende zu Festlichkeiten unter constanten Bedingungen zu vergeben. 26219*

Ein Gewerkschaftsbeamter,
der zugleich das Arbeitersekretariat der neutralen Gewerkschaften der Kreise **Altena-Iserlohn** zu verwalten hat, wird spätestens zum 1. Februar 1902 gegen ein Honorar von 1500 M. pro Jahr gesucht.
Gewisse Reflexionen, die außer den einschlägigen Bureauarbeiten die sozialpolitische Gelehrsamkeit genau kennen und vor allem auch für **Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung** brauchbare Kräfte (als Redner) abgeben, wollen ihre Bewerbungschriften mit kurzen Lebenslauf und näheren Angaben über ihre letzte Tätigkeit in der Arbeiterbewegung gef. umgehend einreichen.
Kreis-Gewerkschaftskommission für Altena-Iserlohn.
Adresse: Vorsitzender **Ad. Grünrock, Redacteur** des „Genossenschaftigen“ zu Hohenlimburg i. W.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Spezialitäten. **J. H. Hätt.**
Sonntags 5 Uhr. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**
Wo amüsiert man sich grossartig?
In **Schnegelsbergs Festsälen** Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.
Fnd.: **Max Schindler.**
Heute: **Grosser Ball** verbunden mit **Cigarren-, Bomben-Regen** und diversen Ueberraschungen. 27172*
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Größe Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** etc. werden unter Garantie des guten **Stoffes** zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im **Tuchgeschäft** bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**
Geld! Wer Darlehen oder Hypothek sucht, verlange Prospekt von **H. Bittner u. Co., Hannover B.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer (Ortsverwaltung Berlin VI.)
Todes-Anzeige.
Am 22. d. M. verschied das Mitglied unserer Kasse, der Zimmerer **Gustav Schmiele** im Alter von 44 Jahren.
Die Beerdigung findet am 28. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemaner-Richhofs aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 259/17 **Der Vorstand.**
Dankfagung.
Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Pauline Hornmuth** geb. Haberlandt sage ich allen Freunden, Bekannten und Kollegen meinen herzlichsten Dank. Insbesondere meinen Sangesbrüdern von der Typographia für den schönen Gesang. 22826
Gustav Hornmuth, Buchdrucker.
Gänsefedern
mit allen Dingen, ungerissen 1,30 bis 1,50, gerissen 2,00—3,50. (27245)
Paul Pagelow, Wrielen (Oderbruch).
Wer Stoff hat!
fertige unter Garantie taubelosen **Stoffes**, gute Zusätze, **Anfang 18 M., Winterpaletot 18 M.**
Alexander Schmidt, Wienerstr. 1—6, Ecke Schlichterstraße, vorn 1 Tr.
Eingang von **Stalitzerstraße** aus. **Wri Stoff** Anfang von 27 M., Winterpaletot v. 28 M. an (22844)
Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden, **Seyditzstr. 9.** Sprechstunden: 1/2, 12—1/2, 1/2, 1/2, 1/2.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer (Ortsverwaltung Berlin VI.)
Todes-Anzeige.
Am 22. d. M. verschied das Mitglied unserer Kasse, der Zimmerer **Gustav Schmiele** im Alter von 44 Jahren.
Die Beerdigung findet am 28. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemaner-Richhofs aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 259/17 **Der Vorstand.**
Dankfagung.
Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Pauline Hornmuth** geb. Haberlandt sage ich allen Freunden, Bekannten und Kollegen meinen herzlichsten Dank. Insbesondere meinen Sangesbrüdern von der Typographia für den schönen Gesang. 22826
Gustav Hornmuth, Buchdrucker.
Gänsefedern
mit allen Dingen, ungerissen 1,30 bis 1,50, gerissen 2,00—3,50. (27245)
Paul Pagelow, Wrielen (Oderbruch).
Wer Stoff hat!
fertige unter Garantie taubelosen **Stoffes**, gute Zusätze, **Anfang 18 M., Winterpaletot 18 M.**
Alexander Schmidt, Wienerstr. 1—6, Ecke Schlichterstraße, vorn 1 Tr.
Eingang von **Stalitzerstraße** aus. **Wri Stoff** Anfang von 27 M., Winterpaletot v. 28 M. an (22844)
Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden, **Seyditzstr. 9.** Sprechstunden: 1/2, 12—1/2, 1/2, 1/2, 1/2.

Wer Stoff hat!
fertige unter Garantie taubelosen **Stoffes**, gute Zusätze, **Anfang 18 M., Winterpaletot 18 M.**
Alexander Schmidt, Wienerstr. 1—6, Ecke Schlichterstraße, vorn 1 Tr.
Eingang von **Stalitzerstraße** aus. **Wri Stoff** Anfang von 27 M., Winterpaletot v. 28 M. an (22844)
Dr. Schünemann, Spezialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden, **Seyditzstr. 9.** Sprechstunden: 1/2, 12—1/2, 1/2, 1/2, 1/2.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis, Rosenthaler Vorstadt. Heute, Mittwochabend 7 1/2 Uhr, findet eine Flugblatt-Verbreitung statt. Die Parteigenossen wollen zahlreich bei Rosin, Stuppinerstraße 42, erscheinen.

In Wilmersdorf

finden heute, Mittwoch, von 10-2 Uhr und von 4-8 Uhr die Wahlen zur Gemeindevertretung im Victoria-garten, Wilhelmstraße, statt. Als Kandidaten sind von unserer Seite aufgestellt Hausbesitzer August Ratusch, Redakteur Wilhelm Schröder und Gastwirt Paul Hilpert.

Arbeiter, Handwerker! Folgt dem anfeuernden Beispiel, das Euch durch Berlin, Charlottenburg, Spandau und Schöneberg gegeben ist, sorgt dafür, daß auch in Wilmersdorf heute die Sozialdemokratie siegt! Die Verhängung des Wahlergebnisses erfolgt heute abend in Wittes Volksgarten, Berlinerstraße 40. Wähler ist jeder Deutsche, der ein Jahr am Orte wohnt und 24 Jahre alt ist. Als Legitimation empfiehlt es sich, die letzte Steuerquittung vorzuzeigen.

Ober-Schöneweide. Der Wahlverein hält heute seine Versammlung ab. Vortrag des Genossen Litfin.

Schöneberg. Am Donnerstag, den 28. November, abends von 7 1/2 Uhr ab, findet im ersten Bezirk eine Flugblatt-Verbreitung statt. Es ist unbedingt nötig, daß die Parteigenossen sich vollständig daran beteiligen, damit wir auch in diesem Bezirk in der Stichwahl den Sieg davon tragen. Ausgabe der Flugblätter: **Ständer, Hohenstaufenstr. 80.**

Tokales.

Der Andrang zu den städtischen Siechenanstalten, der in den letzten Jahren bedeutend gewachsen ist, hat die Verwaltung im vorigen Jahre genötigt, die Hospitaliten in größerer Zahl als sonst in sogenannte **Außenpflege** zu geben, d. h. sie in Familien unterzubringen und dafür eine laufende Unterstützung zu zahlen. Dieses Verfahren soll weiter beibehalten werden. Am eine regelmäßige und wirksame Verlegung der Siechenanstalten zu ermöglichen, sollen alle halbe Jahre sämtliche Hospitaliten vom Arzt eingehend daraufhin untersucht werden, ob ihr Zustand eine Außenpflege gestattet. Im Jahre 1900/1901 sind bereits etwa 150 Personen in Berlin und Umgegend in Außenpflege gegeben worden, und nur so ist es möglich geworden, den beträchtlichen Mehrzusatz von Hospitaliten unterzubringen. Man sieht, zu wie bedeutlichen Mitteln gegriffen werden muß, weil es vermieden werden ist, rechtzeitig an eine Erweiterung der städtischen Siechenanstalten zu denken. Bedenklich ist das jetzt von der Verwaltung angewandte Mittel deshalb, weil die Unterbringung der Siechen in Familien durchaus keine hinreichende Sicherheit für eine richtige Pflege bietet. Es sind natürlich nur die weniger bemittelten Familien, die solchen Kranken gegen Zahlung eines kostguten Aufnahmehonorars. Wenn wir auch gern annehmen wollen, daß es an dem guten Willen, den Kranken eine ausreichende und zweckmäßige Pflege angedeihen zu lassen, in der Regel nicht mangelt, so dürfte doch das Können leider recht oft hinter dem Willen zurückbleiben — ganz zu schweigen von den Fällen, in denen überhaupt das Verständnis für die Erfordernisse einer richtigen Pflege fehlt. Auch wo die Unterbringung der Siechen in „Außenpflege“ nur in einer Mäßigkeit an die Angehörigen oder Verwandten befehrt, werden die Verhältnisse meist nicht günstiger liegen.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 29. November d. J., nachmittags 5 Uhr, stehen u. a. folgende Gegenstände: Berichterstattung des Ausschusses für Rechnungssachen über die Jahresabschlüsse für das Etatsjahr 1900 betreffend die städtischen Wasserwerke, die städtischen Markthallen, den Viehmarkt, den Schlachthof, die Fleischschau auf dem Schlachthof und die Fleischschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch, die Hauptkasse der städtischen Werke über die Kassenverwaltung und den Gesamt-Jahresabschluss dieser Kasse, die Verwaltung des Hafens am Urban, die Verwaltung der städtischen Abfalldeponie und den Verwaltungsjahresbericht der Sparkasse. — Berichterstattung über die Vorlage betreffend die Umgestaltung der Straße Unter den Linden. — Berichterstattung über eine Petition betreffend Preisermäßigung für Motorenöl. — Berichterstattung über die Vorlage betreffend den Abschluß eines Vertrages mit dem Moabit Elektrizitätswerk und den Ankauf von Terrain zur Erweiterung des Vieh- und Schlachthofes und für den Fleisch-Erzeugermarkt. — Vorlagen betreffend die Verlegung des Friedrich-Werderischen Gymnasiums nach Moabit und die Gründung der XIII. Realschule zu Ostern n. J. — Außerdem findet in dieser Sitzung, und zwar um 6 Uhr, durch den Herrn Oberbürgermeister die Einführung und Verpflichtung der zu unbefoldeten Stadträten gewählten Herren Emil Gehride und Kalisch statt.

Statistisches vom Berliner Postwesen. Ueber den Umfang des Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs der Stadt Berlin, ohne die zum Berliner Bezirk gehörigen Vororte, bringt die neue amtliche Statistik Angaben aus dem Jahre 1900. Die Einnahme an Porto- und Telegraphengebühren betrug mehr als 47 1/2 Millionen Mark, während z. B. die Stadt Hamburg nur 18, Leipzig 11 1/2, Dresden 5,8, Köln 7, Dresden 7,8, Frankfurt a. M. 8 1/2, Hannover 4,8, Königsberg 2 1/4, Magdeburg 3, Straßburg 2 Millionen Mark eingebracht haben. Die Einnahmen der Post in Berlin betragen demnach mehr als die Einnahmen in Hamburg, Leipzig, Köln und Dresden zusammen. Beim Briefverkehr und noch mehr beim Paketverkehr tritt die schon beim ganzen Ober-Postdirektions-Bericht Berlin beobachtete Tatsache, daß der Berliner weit mehr Sendungen aufweist, als er empfängt, in die Augen. Briefsendungen sind in Berlin 408 Millionen aufgegeben und nur 295 Millionen eingegangen. Es gehören dazu Briefe, Postkarten, Druckfachen u. Eingangsbriefe für Berlin sind 9,8 Millionen gewöhnlicher Palette, ausgeliefert wurden nicht weniger als 20 1/4 Millionen Stück. Berlin erhält dafür aber auch bedeutend mehr Geld und Geldwert, als es verliert. Durch Postanweisungen wurden 919 Millionen Mark ausbezahlt, aber nur 531 1/2 Millionen einbezahlt. Ebenso beträgt die Zahl der eingegangenen Wertpapiere 323 Millionen, die der ausgehenden 302 1/2 Millionen. Postnachnahmen gingen 1 1/2 Millionen, Postantragsbriefe 152 886 ein. Die von den Berliner Verlagspostanstalten in Berlin gedruckten Zeitungsummern haben die Zahl von 371 1/4 Millionen erreicht. Telegramme gingen fast 4 Millionen ein, während 4,2 Millionen aufgegeben wurden. Die Zahl der von den Fernsprechanstalten der Stadt vermittelten Gespräche beträgt 120 1/2 Millionen; auf jede Sprachstunde kommen demnach etwa 3000 Gespräche im Jahre oder ungefähr 8 an jedem Tage.

Aus dem Reiche des Wüßtiens. Zu ärmlichen Ausstritten kam es — wie eine Korrespondenz berichtet — vorgestern in einer bei Buggenhagen stattgehabten öffentlichen Volksversammlung, bei der es sich um die „Entscheidung des Plurimediums Anna Rote“ handelte. Der „Spirituist“ Manasse erklärte die sogenannten Materialisationen und Blumenapparate für Schwindel, er sei dazu dienten, den Spiritismus, dessen überzeugter Anhänger er sei, zu discredibilisieren. (Lebhafte Widerspruch. Chorufe.) Man dürfe von den

Geistern nicht zu viel verlangen. (Gelächter.) Bei den Sitzungen halte Frau Rote die Hände unterhalb eines zugebedeckten Tisches. (Widerspruch.) Man habe bei ihr eine Russelinpuppe mit Phosphororganen sowie ein weißes Tuch mit Oeffnungen für Augen, Mund und Nase gefunden, ebenso verschiedene andre Gegenstände, deren sie sich bei den angeblichen Geistererscheinungen bediene. (Große Unruhe.) Ihr Kleid habe einen doppelten Boden, die Blumen aus der Geisterwelt stammten, wie wiederholt nachgewiesen wurde, aus den Blumen-geschäften der Stadt, in der sie gerade aufträte. Die Kusche, eine „Doppelgängerin“ hätte die betreffenden Einkäufe gemacht, sei zu durchsichtig. Die Protokolle über die Blumenapparate seien gefälscht und der Impresario Jänisch stehe diesen Machinationen nicht fern. (Stürmische Unterbrechungen. Zuruf: „Verleumdung!“) In der Debatte gerieten die Anhänger und Gegner des Plurimediums hart an einander. Es wurde geäußert, gelächelt und gepöffelt. Impresario Sprachlehrer Jänisch erklärte, es sei gegen die Echtheit seines Mediums nichts bewiesen, er besitze 2000 Protokolle über Blumenapparate der Frau Rote. (Unruhe.) Nur Unkenntnis und Bosheit könnten die Echtheit der Erscheinungen aus dem Geisterreiche bezweifeln.

Der spiritistische Unsinn wird zur Zeit vornehmlich in den hochadeligen Kreisen gepflegt, die sich ja auch auf den Sport des Geistesbetens gelegt haben.

Gestern fand die Uebergabe der Gemeinde-Doppelschule in der Wielestraße statt. Die Schule enthält 88 Klassen und eine überwölbte Aula. Die Turnhalle ist im Schulgebäude selbst untergebracht worden, um die Größe des Schulhofes nicht zu beschränken. Wegen seiner großen architektonischen Wirkung wird das Gebäude das Rathaus von Moabit genannt.

Die Polizeiverordnung betreffend Einschränkung des Straßenhandels, welche schon am 1. September d. J. in Kraft treten sollte, dürfte in diesem Jahre überhaupt nicht mehr zu Stande kommen, da noch immer zeitraubende Verhandlungen zwischen den städtischen Deputationen untereinander sowie zwischen dem Magistrat und dem Polizeipräsidium einerseits und den Interessenten andererseits schweben. Die zahlreichen kleinen Leute, welche um die W e i t h a u s z e i t ihren Lebensunterhalt im Straßenhandel zu verdienen pflegen, dürften über diese Verzögerung der einschneidenden Polizeiverordnung nicht ungehalten sein.

Die Betriebseröffnung der elektrischen Hochbahn. Nachdem die Eröffnung der Strecke Marienfelde — Hallesches Thor der Elektrischen Hochbahn am 15. Dezember bereits feststand, hat man sich neuerdings entschlossen, die gesamte Strecke bis zum Potsdamer Platz fertig zu stellen und am Ende des Jahres zu eröffnen. Die weitere Strecke Potsdamer Platz — Rollendorferplatz resp. Zoologischer Garten wird dann nicht lange auf sich warten lassen. Der Betrieb der Hochbahn wird das erste Jahr hindurch nicht von der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen, der die Hochbahn gehört, sondern von der Firma Siemens u. Halske, die sie gebaut hatte, geleitet. Es ist zu dem Zweck bei Siemens u. Halske eine besondere Betriebsabteilung eingerichtet, deren Leitung dem Oberingenieur Reichel übertragen worden ist. Die im Betriebe der Bahn zu vergebenden Stellen: Schaffner, Wagenführer usw. sind alle bereits besetzt. Der Andrang zu den Stellen war sehr stark. Als Wagenführer sind nur Schlosser und Maschinenbauer angenommen worden.

Die Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen hat ihre Versuchsfahrten auf der Strecke Marienfelde — Jossen der Militär-Eisenbahn, bisher von der Bitterung begünstigt, ohne Unterbrechung mit beiden Wagen, dem von Siemens u. Halske und dem der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, fortgesetzt. Die Versuche gelten jetzt in der Hauptfrage einer Erprobung der Einrichtungen für die Dauer nach den Erfordernissen, wie sie später die Praxis stellen wird. Zu diesem Zweck werden täglich Dauerfahrten ausgeführt. Mit den bisher erreichten Geschwindigkeiten wird, abgesehen von dem Anfahren und Halten, die ganze 3 1/2 Kilometer lange Strecke in demselben Tempo ohne Schwankungen durchfahren. Die bei diesen Dauerfahrten gewonnenen Ergebnisse der Messungen des Stromverbrauchs, der Spannung, des Luftwiderstandes u. s. w. ergeben so zuverlässigere Zahlen als bei einem Wechsel der Geschwindigkeiten. Die bei den Dauerfahrten ermittelten Angaben haben die früher gewonnenen Zahlen bestätigt. Die Versuchsfahrten sollen in diesem Herbst noch so lange fortgesetzt werden, als es die Bitterung erlaubt und während des Winters die Ergebnisse der Beobachtungen verarbeitet werden.

Durch Ueberfahren getötet wurde gestern abend der 27 Jahre alte Schankwirt Georg Niemann aus der Dresdenerstr. 39. Als er an der Ecke der Dresdener- und Weihenburgerstraße den Fahrdamm überschreiten wollte, wurde er von einem Wagen überfahren. Der Verunglückte starb halb darauf auf der nachbarten Unfallstation in der Schönhauser Allee. Der Anführer, der rasch davongefahren war, konnte nicht festgestellt werden. — Der Unglückliche, welcher gestern in der Potsdamerstraße durch Ueberfahren getötet wurde, ist der in Schöneberg wohnhafte gewesene Zimmermann Franz Stawitzki.

Kauferwässh. Von den letzten beiden königlichen Parforcejagden wird der „Kreuz-Ztg.“ folgendes berichtet: 19. November. Trotz des nachlässigen und regnerischen Wetters fanden sich am Sonntag 77 K o t t e und die Gräfin Wartenleben ein. Die Jagd begann mit 27 Koppel oberhalb der Sandbucht und endete nach einem beschreibenden Galopp von 34 Minuten nahe bei Beelitzhof. Den Ueberläufer hob Lieutenant v. Plessen vom Garde-Jäger-Bataillon aus, General Graf Wartenleben gab den Fang. Graf zu Dohna, Kommandeur des Leib-Garde-Husaren-Regiments, vertrat den Master und verteilte die Brüche. 22. November. Wegen der Verdrängung der Reuten in Potsdam hatte der Master Graf Hohenzollern zur heutigen Jagd das Stelldichein zu 2 Uhr am Forsthaus zu Wannsee angelegt. Nur 42 K o t t e, mit der Gräfin Wartenleben in ihrer Mitte, folgten den 26 Koppel, die auf dem T-Stein auf eine jährige Wade angelegt wurden. Die F ä h r t e stand gut, und mit vollem Halse jagte die Meute über das E-Gestell hinweg in die Dichtung der Dohls- und Havelberge. Hier endete die Jagd an einem Drahtgitter; Halali erscholl, schnell war Lieutenant v. Gahlung vom 1. Garde-Dragoon-Regiment vom Pferde und hob aus. General v. John gab den Fang und verteilte die Brüche. Gleich zu Beginn der Jagd hatte der Master Graf Hohenzollern das Unglück, daß sein Pferd in ein tiefes Stammloch trat und zu Fall kam, so daß er der Jagd nicht folgen konnte. Zu den nicht auf Parforcejagden eingerichteten Kreisen der Bevölkerung wird es wohl wenige Leute geben, die die Sprache dieses Berichtes verstehen. Es scheint sich um eine Art „Judenteutsch“ zu handeln.

Im Streit erochen. Der 25 Jahre alte Stellmacher Paul Kengel aus Alt-Moabit 39 befand sich Montagabend in dem Pagenhof-Ausschank von Mayke in der Turnstr. 48. Als hier der 29-jährige Schlosser Paul Potesch aus der Wilmersdorferstr. 48 einen sogenannten „Landwehrtrupp“ zum Besten gab, weigerte K. sich, mitzutrinken. Darüber kam es zum Streit. Als dann Potesch schließlich aufbrach, lautierte Kengel ihm draußen auf und tempelte ihn an. K. griff Potesch zum Messer und rief es Kengel in den Oberarm. Während Potesch das Weite suchte, brachte ein Schützmann den Gestohlenen in ein Krankenhaus. Eine starke Blutspur bezeichnete den ganzen Weg. Gestern morgen starb der Verwundete infolge des starken Blutverlustes. Kriminalbeamte des 64. Reviers ermittelten Potesch in der Fabrik von Ludwig Löwe, in der er arbeitete, und nahmen ihn fest.

Ein Kind verbrüht. Die Schneiderin Frau Krause aus der Kremmerstr. 2 ließ gestern morgen ihr vier Jahre altes Töchterchen Margarete allein in der Küche, als sie auf einen Augenblick zu den hellwichtigen Eheleuten, bei denen sie wohnt, in die Stube ging.

Sie war kaum weggegangen, als die Kleine sich an einem Behälter, der mit heißem Wasser auf einem kleinen Ofen stand, zu schaffen machte, bis er herabfiel. Der Inhalt ergoß sich dem Kinde über den Körper und verbrühte es besonders schwer am Rücken und am Unterleib. Die Rettungswache 3 in der Kastanienallee leistete die erste Hilfe und ließ die Verunglückte nach dem Lazarus-Krankenhaus bringen.

Die Bernauer Mordaffäre wird nun doch noch die Gerichte beschäften, nachdem die infolge der Beobachtung des Pensionairs Stern notwendig gewordene Unterbrechung in der Untersuchung wieder aufgenommen worden ist und in kürzester Zeit zu Ende geführt werden wird. Die Beobachtung des Verbrechers war erforderlich gewesen, weil sein Verteidiger sich auf ein vor fünf Jahren angefertigtes ärztliches Attest, in welchem St. als geisteskrank bezeichnet wird, berief und Stern den wilden Mann spielte. Bei einer Aufnahme der Anklage hätte das Gericht unter den abwaltenden Verhältnissen ungewissheit eine Vertagung der Verhandlung und Beobachtung des Angeklagten verfügt, wodurch naturgemäß eine bedeutende Verschleppung des Verfahrens herbeigeführt worden wäre. Nunmehr wird die öffentliche Verhandlung gegen Stern Ende Januar oder Anfang Februar stattfinden.

Wenig bewährt hat sich die an den Straßenbahnwagen verfahrensweise angebrachte Schutzvorrichtung bei einem Unfall, der sich am gestrigen Dienstagvormittag gegen 11 Uhr in der Stralauerstraße, Ecke der Klosterstraße, ereignete. Hier versuchte das sechs-jährige Mädchen Bertha Kof, das ihren dreijährigen Bruder an der Hand hielt, noch kurz vor dem herannahenden Kraftwagen 1965 der Linie Schlesischer Bahnhof-Charlottenburg — Gleise zu überschreiten. Als die Kleine den heransausenden Wagen dicht vor sich sah, ließ sie den Knaben los und sprang schnell zurück. Der Fahrer setzte sofort die elektrische Bremse in Tätigkeit, wobei die Schutzvorrichtung ausgeschaltet wurde, doch erfasste das Mädchen das Kind, welches zwischen Schutzvorrichtung und Sandstreifen zu liegen kam. Der kleine Kof erlitt erhebliche Verletzungen an der linken Kopfseite und wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Selbstmorde. Der 23-jährige Buchhalter Wilhelm Arnold hat sich gestern nachmittag in seiner Wohnung, Melanchnonstr. 4, wegen eines nervösen Leidens erschossen. — Der 27 Jahre alte Kunstmalers G. stürzte sich gestern, nachdem er sich die Pulsader des linken Arms durchschnitten hatte, aus dem vierten Stock eines Hauses der Auguststraße auf den Hof hinab und blieb mit zerschmettertem Schädel tot liegen.

Vermit wird seit drei Wochen der 49 Jahre alte Drechsler Gustav Händel, der aus Götlich gebürtig ist und zuletzt in Weich wohnt. Wer etwas über den Verbleib des Verschwindenden weiß, wird gebeten, sich bei Drechslermeister Gau in Weich, Chausseestr. 40, zu melden.

Von einem Automobil überfahren und schwer verletzt wurde gestern, Dienstagnachmittag gegen 2 Uhr der 46 Jahre alte Handelsmann Hermann Herpel aus der Gollnowstr. 11, der ein Geschäftsgesellschaft mit Anspornen und dergleichen betreibt. Herpel wollte gegenüber dem Hotel Alexanderplatz den Fahrdamm der Neuen Königstraße überqueren, um nach der Alten Schützenstraße zu gelangen, als von Alexanderplatz her ein Geschäftsaufomobil von Jrael aus der Spandauerstraße in die Neue Königstraße einfuhr. Da gerade ein Straßenbahnwagen an der Haltestelle stand, so warf der Automobilführer seinen Wagen, ohne die ohnehin zu große Fahrgeschwindigkeit zu mäßigen, nach der linken Straßenseite. Hier rampte der Kraftwagen außer einem vor dem Hotel stehenden Laternenpfahl auch den Handelsmann um und ging über ihn hinweg. Erst als das Unglück geschehen war, hielt der Fahrmann, um sich von der Polizei feststellen zu lassen. Herpel trug sechs Verletzungen am Kopfe und außerdem eine an der Brust davon. Nachdem er auf der Unfallstation an der Ecke der Alten Schützen- und Keilbergstraße verbunden worden war, brachte ihn ein Schutzmänn mit einer Droschke nach dem Krankenhaus am Friedrichshain.

Fortgesetzte Diebstähle im Passage-Panoptikum beschäftigen seit einiger Zeit die Kriminalpolizei. Von dem im Zwischenstock des Instituts aufgestellten Panorama sind wiederholtliche Figuren gestohlen worden, wobei es den Dieben ganz gleichgültig war, ob sie Preußen oder Franzosen aus den Schlachtstreifen entfernten. In in der verflochtenen Woche verschwand spurlos ein ganzes Regiment Preußen — im Werte von 120 M. Troy aufmerksamster Beobachtung ist es bisher nicht gelungen, der „Defecture wider Willen“ oder der Entführer derselben habhaft zu werden, vielmehr werden die Diebstähle noch immer fortgesetzt. So wurde gestern aus der plastischen Darstellung der „Besetzung von Lesbos“ mitten aus dem Hafen von Mytilene ein französisches Panzergeschiff, welches mit 15 M. bewertet ist, geraubt. Da in letzter Zeit jugendliche Taschendiebe vielfach in der Passage bemerkt und mehrere derselben verhaftet worden sind, so nimmt die Kriminalpolizei an, daß die eigenartigen Diebe mit dieser Bande identisch sind.

Im Berliner Aquarium ist wieder eine Anzahl Becken und Behälter neu besetzt worden und unter diesen nimmt das große neben den Riesenfalmandern belegene Seewasserbecken durch die Fülle und Seltenheit der Arten und die Schönheit der Gattungen und Arten die Aufmerksamkeit des Besuchers am meisten in Anspruch. Unter mit mehreren Species von Seemadeln, die aus dem Mittelmeer und aus den nördlichen Meeren angekommen sind und die sich durch ihre Größe, Gestalt und Farbe unterscheiden, ist dieses Becken bevollständigt worden mit ausgesucht schönen Exemplaren von drei Gruppen der Stachelhäuter, nämlich mit mehreren Arten Seeurnen, See-Igeln und See-urten. Außerdem fehlt der Besucher hier die Abteilungen der niederen Seetiere vertreten durch die in den leuchtendsten Farben prangenden Korallen, deren eigenartiges Rot, Weiß und Orange den Blick schon von weitem auf sich lenkt. Eine entsprechende Mannigfaltigkeit der Formen und Farben finden wir in zwei der unteren Seewasserbecken durch die dort untergebrachten Meeresschiffe aus den südpazifischen Meeresteilen, sowie aus der Nordsee und Ostsee.

Im Zoologischen Garten sind als Geschenke des Herrn Dr. L. Drowski in Tripolis mehrere Verber-Pfäße eingeführt, muntere Tiere, etwas kleiner als unser deutscher Meißter Meinede, mit hellerer Rückenfarbe und schwarzer Unterseite. Schon Alfred Rehm hat darauf aufmerksam gemacht, daß dem Fische der Kopf nach dem Lande angepaßt zu sein scheint. Er meint sogar, mehr als andern Tieren. Nach den neuesten Forschungen ist er genau so, wie alle Säugetiere, dem von Ratiäie so häufig betonten Gesetze der geographischen Formenbildung unterworfen. Er sieht im Donau-Gebiet schon wesentlich anders aus, als in Mitteldeutschland, zeigt besondere Merkmale in Südeuropa und wieder andre in Nordafrika. Während er im hohen Norden der alten und neuen Welt ein dichtes Haarkleid trägt, welches sehr kostbares Pelzwerk liefert, ist er in den Mittelmeerländern für den Pelzhändler nur noch von geringem Interesse, weil seine Wollhaare dem milderen Klima entsprechend dort nicht so als Wärmespender zu wirken braucht, wie in nördlichen Gegenden.

Feuerbericht. Ein großer Dachstuhlbrand brach in der heutigen Nacht in der Sternstraße 9 gegenüber dem Sophienstädtischen Realgymnasium aus. Das Feuer hatte schon eine große Ausdehnung angenommen, ehe die Feuerwehre eintraf. Obgleich nun drei Dampfpietzerrohre in Tätigkeit traten, konnte doch nicht verhindert werden, daß der gesamte Dachstuhl eingestürzt wurde. Vorher mußte Riemannstraße 13 ein Wohnungsbrand abgelöst werden. Eineststraße 132 und Pulverstraße 13 hatten Schäldecke und Balkenlage Feuer gefangen.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburger Stadtverordnetenwahl.

Bei den gestern, Dienstag, stattgehabten Stichwahlen für die Stadtverordneten III. Abteilung erhielten in:

I. Wahlbezirk: Gastwirt August Wötger (Soz.): 782 Stimmen. Fabrikbesitzer Ray (unpolitisch) 940 Stimmen. Mit hin gewählt: Ray (unpolitisch).

In der Hauptwahl am 6. d. Mts. waren auf den Sozialdemokraten 579, auf Ray (unpolitisch) 417 und auf den liberalen Kandidaten 324 Stimmen gefallen.

VI. Wahlbezirk: Apotheker Vogel (Soz.) 590 Stimmen, Rentier Braune (lib.) 501 Stimmen. Mit hin gewählt: Braune (lib.).

In der Hauptwahl am 6. d. Mts. waren auf den Sozialdemokraten 523, auf den Liberalen 345 und auf den Holzhändler Krüger (unpolitisch) 280 Stimmen gefallen.

VII. Wahlbezirk: Maurer Karl Jander (Soz.) 534 Stimmen, Schlossermeister Rehl (lib.) 574 Stimmen. Mit hin gewählt: Rehl (lib.).

In der Hauptwahl waren auf Jander (Soz.) 481, auf Schlossermeister Rehl (lib.) 369 und auf Rentier Paß (unpol.) 224 Stimmen gefallen.

VIII. Wahlbezirk: Monteur Fischer (lib.) 578 Stimmen, Rechtsanwalt Dr. Kiel (unpol.) 671 Stimmen. Mit hin gewählt: Kiel (unpol.).

In der Hauptwahl waren auf den Liberalen 405, auf den Unpolitischen 405 und auf Kaufmann Sabor (Soz.) 125 Stimmen gefallen.

Aus Friedrichsfelde schreibt man uns: Einen langjährigen Kampf um Versammlungsorte führen die Parteigenossen in den Vororten Biesdorf, Kaulsdorf, Rahlsdorf und Dahlwitz. Vor 4 Wochen war es uns gelungen, die Zusage des Wirts zum „Heidekrug“ im benachbarten Ricketal zu erhalten, doch als der Wirt den Revers unterzeichnen sollte, zog er nach achtstägiger Bedenkzeit sein Wort zurück. Am Sonntag vereinbarte Genosse Pinstler aus Friedrichsfelde mit dem neuen Wirt Paul Hahn vom Waldrestaurant Kiefern (früher Ragdeburg) — welches bisher in der Lokalfeste als frei geführt war — eine Versammlung zum 1. Dezember d. J. Als nun die Genossen am Sonntag früh mit dem Verteilen der Handzettel und Plakate zur Versammlung in Rahlsdorf und Dahlwitz beginnen wollten, kam die Post, daß auch dieser „ganz sichere“ Wirt seine Zusage zurückgezogen hatte, angeblich weil das Lokal in der Zeit vom 20. November (Sonntag) bis Sonntagabend, den 28. November verkauft wurde, und der neue Wirt durchaus gegen uns sei, und überdies auch in den nächsten Tagen schon das Lokal übernehme. Nach Erkundigungen an direkter Quelle zieht der Wirt, welcher zur Zeit die Kantine im Posthof, Köpenickerstraße zu Berlin, inne hat, erst im Februar nächsten Jahres dorthin. Welche Einflüsse auch hier eingewirkt haben, Pflicht eines jeden Arbeiters und Parteigenossen ist es, die Lokale in genannten Orten zu meiden und genau die Lokalfeste zu beachten. Die Parteigenossen wollen besonders die Bauflächenbesitzer in Rahlsdorf und Kiefern, deren Zahl ca. 800 beträgt, hierauf aufmerksam machen.

Wilmerdorf. In einer von liberaler Seite einberufenen Kommunalwähler-Versammlung, in der eine große Zahl Parteigenossen anwesend war, referierte Reichstags-Abgeordneter Gaulte über die bevorstehende Gemeindevahl. Der Redner kritisierte aufs Schärfste die augenblicklich bestehenden Zustände in der Gemeinde und bekämpfte die „reichtesten“ Wähler. Auch die in Vorschlag gebrachten Kandidaten gaben ihr Programm zum besten. Von unserer Seite wurde in die Debatte eingegriffen und das Verhalten der Liberalen scharf kritisiert. Die liberale Organisation, bestehend aus den Grundbesitzer-Vereinen Wilmerdorfs und den Gastwirten, ist der Meinung, daß, wenn jeder zur Wahl kommt, Sozialdemokraten nicht in Betracht kommen. Es ist Pflicht der Parteigenossen, diesen Plan zu vereiteln; darum erhebe jeder am heutigen Tage am Wahltag, um unseren Kandidaten den verdienten Sieg zu sichern.

Vermischtes.

Von Löwen zerrissen wurde, wie man dem „Berl. Tagbl.“ aus Essen (Ruhr) meldet, der Löwenbändiger Nordstedt, der unter dem Artistennamen Macdonald auftrat. Er führte, wie üblich, in dem Tierpark bei Steele seine sieben Löwen vor, die aber diesmal dem Bändiger nicht gehorchten, sondern ihn angriffen und in wenigen Augenblicken töteten.

Ein Monument Heinrich Heines wurde am Sonntag auf dessen Grabe auf dem Friedhof von Montmartre in Paris errichtet. Zuerst dem Reichstages-Komitee hatten sich zahlreiche französische und ausländische Schriftsteller und Künstler zu der Einweihung eingefunden. Der Akt wurde eingeleitet durch eine Ansprache des österreichischen Deputierten Konstantin Rostke, der u. a. mitteilte, unter welchen Umständen die Marmorbüste, ein Werk des dänischen Bildhauers Gesselius, in die Hände des Komitees übergegangen war. Darauf würdigte Gaston Deschamps in längerer Rede die Bedeutung Heinrich Heines. Zum Schluß nahm der bekannte deutsche Schriftsteller Dr. Max Nordau das Wort. Er sprach die seltsame Ansicht aus, Heine habe „aus freiem Willen“ Frankreich als sein zweites Vaterland adoptiert.

Ein Eisenbahnzusammenstoß wird aus Rußland gemeldet: Bei der Station Stepnoja der Wladikavkasbahn stieß ein Postzug mit einem rangierenden Güterzuge zusammen, wobei zwölf Waggons entgleisten. Drei Passagiere erlitten Verletzungen.

Aus New York, 25. November, meldet „Reuters Bureau“: Hunderte von Fahrzeugen, meistens kleine, sind während eines Sturmes, der hier kürzlich wütete, sich jetzt aber gelegt hat, gesichert oder erlitten Schaden; viele Häuser waren abgedeckt und auch sonst viel Schaden an der Küste angerichtet. Fünf Personen ertranken beim Scheitern zweier Barken.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 27. November 1901. Etwas kälter, zeitweise auffrischend, vielfach neblig bei schwachen nordwestlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Jahres-Abschluss
der
Kasse der Landes-Versicherungsanstalt Berlin
für das Jahr
1900.
(Betriebsfonds-Hauptverwaltung.)

Der Rechnung	Kapitel Titel	Einnahme	Ist-Einnahme			
			im Einzelnen		im Ganzen	
			M.	Pf.	M.	Pf.
I	Beiträge		6 996 556	89		
II	Zinsen		1 539 340	96		
III	Miete und Pacht für Grundbesitz:					
1	Grundstücke für Zwecke der Verwaltung	28 570				
2	Heilstätten, Genesungshäuser, Invalidenhäuser etc.	16 230				
3	Sonstige Grundstücke					
	Summe Kapitel III		40 100			
IV	Strafgelder		7 263			
V	Renten (§§ 125 bis 127 des Gesetzes)		1 921	80		
VI	Beitragsersstattungen (§§ 127, 128 Absatz 6 des Gesetzes)			831	68	
VII	Heilverfahren:					
1	Zuschüsse von Krankenkassen (§ 18 Abs. 3 d. Ges.)	77 147	77			
2	Zuschüsse von Trägern der Unfallversicherung (§ 21 des Gesetzes)					
3	Zuschüsse von anderer Seite	1 170	64			
4	Durchführung des Heilverfahrens (ausschliessl. Titel 5)	2 510	88			
5	Unterstützungen an Angehörige der Versicherten:					
a)	solcher, die der reichs- oder landesgesetzlichen Krankenfürsorge unterlagen	35 468,38	M.			
b)	solcher, die dies. Fürsorge nicht unterlag	320,46	„			
	Summe Titel 5		85 788	84		
	Summe Kapitel VII		116 617	63		
VIII	Invalidenhauspflege:					
1	Renten für die gemäss § 25 des Gesetzes verpflegten Personen					
2	Zuschüsse von anderer Seite					
3	Durchführung der Invalidenhauspflege					
	Summe Kapitel VIII					
IX	Ausserordentliche Leistungen (§ 45 des Gesetzes)			172	77	
X	Allgemeine Verwaltung:					
1	Gehälter, Belohnungen (Remunerationen) etc. der Beamten (mit Ausschluss der Kontrollbeamten) und Vergütung für Schreibhilfe	6 90				
2	Vergütungen, insbesondere Tagegelder und Reisekosten, Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst:					
a)	an Vorstandsmitglieder u. Anstaltsbeamte					
b)	an Mitglieder des Ausschusses					
	Summe Titel 9					
3	Aufwendungen für Geschäftsräume (Miete, Reinigung, Heizung, Beleuchtung, Steuern etc.)	975				
4	Bureau- u. Kassenbedürfnisse (Drucksachen, Postgebühren, Bekanntmachungen, Buchbinder, Botenlohn etc.)	42	15			
5	Inventarien					
6	Beiträge zu Pensions-, Witwen- und Waisenkassen, sowie sonstige Versicherungsbeiträge (für Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung etc.)	1 647	10			
7	Pensionen und Unterstützungen für ausgeschiedene Beamte etc. und deren Hinterbliebene					
8	Andere nicht vorgesehene Einnahmen und Ausgaben					
	Summe Kapitel X		2 871	24		
XI	Erhebungen bei Gewährung oder Entziehung von Renten und bei Beitragsersstattungen			6	20	
XII	Rentenstellen					
XIII	Schiedsgerichte, Beschwerde-, Berufungs- und Revisionsverfahren:					
1	Persönliche Aufwendungen					
2	Sächliche Aufwendungen					
3	Verfahren					
	Summe Kapitel XIII					
XIV	Beitragshebung und Kontrolle:					
1	Beschaffung der Quittungskarten, der Beitragsmarken und Verkauf der letzteren (§§ 130, 131 Absatz 2 und 3 und 132 Absatz 2 des Gesetzes)	318	95			
2	Mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen (§§ 148 und 151 des Gesetzes)					
3	Kontrolle (§ 162 des Gesetzes)					
	Summe Kapitel XIV		318	95		
XV	Rechtshilfe (§ 172 Absatz 2 des Gesetzes)			24	75	
XVI	Andere nicht vorgesehene Einnahmen und Ausgaben			174	47	
XVII	Vermögensanlagen:					
1	Wertpapiere	16 127	60			
2	Darlehen etc.	305 124	74			
3	Grundstücke	708	58			
	Summe Kapitel XVII		321 955	92		
	Summe der Einnahmen		9 028 126	103		
	Hierzu: Bestand aus dem Vorjahre		701 735	28		
	Sind zusammen		9 729 861	131		
	ab: Summe der Ausgaben		9 177 080	99		
	Mithin Bestand		552 780	32		

Der Rechnung	Kapitel Titel	Ausgabe	Ist-Ausgabe			
			im Einzelnen		im Ganzen	
			M.	Pf.	M.	Pf.
I	Beiträge		41 434	53		
II	Zinsen		2 224	70		
III	Miete und Pacht für Grundbesitz:					
1	Grundstücke für Zwecke der Verwaltung					
2	Heilstätten, Genesungshäuser, Invalidenhäuser etc.					
3	Sonstige Grundstücke	18	79			
	Summe Kapitel III		18	79		
IV	Strafgelder		2 399 023	90		
V	Renten (§§ 125 bis 127 des Gesetzes)			410 406	70	
VI	Beitragsersstattungen (§§ 127, 128 Absatz 6 des Gesetzes)					

Abschluss II.		Wertpapiere usw.	Bar.
I. a) Nach den Tagebüchern der Kasse haben im Jahre 1900 betragen:			
1.	Die Einnahmen	14 339 437,37	M.
2.	Die Ausgaben	13 968 904,26	„
b) Nach den Zu- und Abganglisten der Kasse haben im Jahre 1900 betragen:			
1.	Die Einnahmen:		
a)	Betriebsfonds	50 552 700,79	M.
b)	Voreinnahmen	19 000,00	„
c)	Vorschüsse	50 749 700,79	M.
2.	Die Ausgaben:		
a)	Betriebsfonds	328 786,36	M.
b)	Voreinnahmen	190 000,00	„
c)	Vorschüsse	1 001,20	„
		519 787,56	„
Mithin verbleibt am Schlusse des Rechnungsjahrs 1900:			
a)	Barbestand		572 533,11
b)	Bestand in Wertpapieren usw.	50 229 913,23	M.
		50 602 446,34	M.
II. a) Die Jahresrechnung pro 1900 — „Betriebsfonds“ — schliesst ab mit einem Bestande von			
		552 780,32	M.
Hierzu treten die am Schlusse des Rechnungsjahrs 1900 vorhand. Voreinnahmen mit			
		500,00	„
zusammen			
		553 280,32	M.
In Abzug zu bringen sind dagegen die bis zum Schlusse des Rechnungsjahrs 1900 nicht beglichenen Vorschüsse mit			
		180 747,21	„
Am Schlusse des Rechnungsjahrs 1900 verbleibt also ein Barbestand (wie oben)			
		572 533,11	M.
b) Die Zu- und Abganglisten pro 1900 schliessen mit folgenden Beständen ab:			
a)	Betriebsfonds	50 230 914,43	M.
b)	Voreinnahmen		
c)	Vorschüsse	50 230 914,43	M.
		1 001,20	„
Am Schlusse des Rechnungsjahrs 1900 verbleibt also als Bestand in Wertpapieren usw. (wie oben)			
		50 229 913,23	M.
		572 533,11	„

Vorstehende Rechnungsabschlüsse werden hierdurch gemäss §§ 18 und 20 der Satzungen der Landes-Versicherungsanstalt Berlin mit dem Bemerkungen veröffentlicht, dass die Jahresrechnung für 1900 von dem Ausschusse der Anstalt in der Sitzung vom 25. Oktober 1901 abgenommen worden ist.
Berlin, den 18. November 1901.

Der Vorstand
der Landes-Versicherungsanstalt Berlin.
Dr. Freund. Dr. Sträter.